

**Sonderthema:
Die 68er**
Eine Protestgeneration verändert das Land

REBELLION IM WESTEN
Die Wurzeln der 68er-Bewegung in
der Bundesrepublik Deutschland

SEITE 3

AUFRUHR IM OSTEN
Der Prager Frühling 1968 und
seine langfristigen Folgen

SEITE 10

Das Parlament

Berlin, Montag 08. Januar 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 2-3 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Vom Klerus unerwünscht

Hassan Rohani Der Iran erlebt die wohl heftigsten Proteste seit den Präsidentschaftswahlen 2009. Die Lage vieler Menschen ist trotz boomender Wirtschaft desolat, Präsident Hassan Rohani (69) ist es seit seinem Amtsantritt im August 2013 nicht gelungen, die Not vieler Iraner zu lindern. Rohani, einst Chefunterhändler im Atomstreit mit dem Westen, steht jetzt von zwei Seiten unter Druck: dem aufbegehrenden Volk einerseits und dem erzkonservativen Klerus und den Revolutionsgarden andererseits. Bei letzteren kommt der innenpolitische und protestwille Modernisierungskurs des Präsidenten gar nicht gut an. Nun ist mehr denn je fraglich, ob er seine politischen Ziele erreichen kann. Gegen den Klerus kann Rohani sich kaum wenden – als schiitischer Rechtsgelehrter ist er Teil davon. *joh*



ZAHL DER WOCHE

12,4

Prozent der Iraner waren 2017 laut Internationalem Währungsfonds (IWF) arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit ist Schätzungen zufolge mehr als doppelt so hoch. Dabei wächst die Wirtschaft seit zwei Jahren kräftig, allein 2016 um 12,5 Prozent. Die Inflation fiel deutlich auf zehn Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Die Feinde haben sich vereint.«

Ajatollah Ali Chamenei, Irans geistliches Oberhaupt, über die derzeitigen Unruhen im Land, für die er „ausländische Mächte“ verantwortlich macht.

IN DIESER WOCHE

- THEMA Interview** Der Alt-68er und spätere Politiker Wolfgang Wieland im Gespräch **Seite 2**
- USA** Proteste gegen Rassentrennung als Vorläufer der Unruhen in Europa **Seite 5**
- Etablierung** Wie die 68er die Gesellschaft und sich selbst verändert haben **Seite 6**
- Widerstand** Bedrängte Professoren begehren gegen linke Intoleranz auf **Seite 9**
- Ortstermin** Der Vietnamkongress des SDS im Februar 1968 in West-Berlin **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Ein bisschen Revolution

1968 Deutschland hat sich seitdem vielfach gehäutet. Allerdings dreht sich der Zeitgeist spürbar

Es ist wie verhext: Kaum glaubt man einmal mehr, „68“ historisieren zu können, taucht es aus der Versenkung auf, befiehlt von den einen, glorifiziert von den anderen, jedenfalls quicklebendig wie eh und je. Sie bedienten sich ähnlicher Protestmethoden gegen das „Establishment“ wie die Außerparlamentarische Opposition (APO) seinerzeit, rühmten sich jüngst Vertreter der AfD, nur diesmal mit dem richtigen Vorzeichen; ihre Partei positionierte sich nämlich ausdrücklich rechts gegen multikulturelles Denken und ein „links-rot-grün versuchtes 68er Deutschland“. Den Rechtspopulisten von heute und ihrer These, die einstige Protestgeneration sei für die Globalisierungsfolgen und die sozial „Abgehängten“ verantwortlich, sei nur mit einem Ruf nach „mehr 68“ zu begegnen, erwidert hingegen etwa die Politologin Petra Dobner. Was bleibt, 50 Jahre nach „68“? Gewiss bescherte der Mauerfall 1989 uns allen die bei weitem nachhaltigste, tiefste Zäsur. Liest man die Geschichte der alten Bundesrepublik seit 1949 jedoch als eine von vielerlei kleineren und größeren Anfängen (und Abschieden), die in der Summe ein großes Neues ergeben, ragt „68“ zweifellos unübersehbar heraus – als Chiffre für „Anfang und Aufbruch“ auf vielerlei Ebenen, kulturell, gesellschaftlich, politisch zugleich. Als Leitwerte galten nun nicht länger Gehorsam, Disziplin, Pflichterfüllung oder Autorität, vielmehr ein gleichberechtigtes Verhältnis der Geschlechter, antiautoritäre Erziehung, Partizipation, Transparenz, Liberalität und Buntheit. Erst all das zusammen, ineinander verwoben und nicht wirklich greifbar, macht den bleibenden Mythos aus – und liefert den Zündstoff für ewig neue Konflikte.

Mentale Revolte Gewiss die empfindlichste mentale Herausforderung steckte in der Frage an die Elterngeneration nach ihrer Vergangenheit in der Hitler-Zeit. Erst diese Zuspitzung verlieh „68“ bei uns den Charakter einer nachholenden „Stunde Null“. Prompt vermisste die Aufbaugeneration (das reichte bis Helmut Schmidt und Helmut Kohl) die Anerkennung ihrer Verdienste. Ungerechnet diese junge Demokratie und ihre Institutionen sollten als „formal“ und hohl gelten? Tatsächlich mischten sich in diese mentale Revolte, den Widerstreit unterschiedlicher Wertewelten, bei manchen zweifellos auch Verachtung für den Rechtsstaat und demokratische Verfahren, oder Ressentiments gegen das „Establishment“ generell, wie es damals schon hieß. Viele Verletzungen selbst bei den Verständnissvollen, die das Land liberaler und offener wollten, sind bis heute nicht recht verheilt. Dennoch: Die Protestgeneration erkannte ihr Grundmotiv nicht zuletzt in Brandts Ostpolitik wieder, die Verantwortung für die eigene Geschichte zu übernehmen und einen strikt europäischen Weg einzuschlagen. Kanzler Willy Brandt, ein Exilant und keineswegs ein 68er, griff mit seinem Wort von der Demokratie, die erst richtig anfangen, das Motiv von der „Stunde Null“ insgeheim auf. Jetzt zeigte sich, dass sich die Adenauer'sche Kanzlerdemokratie zu einer Konfliktdemokratie im angelsächsischen Sinne – wie Ralf Dahrendorf es bereits 1965 vorschlug – mauserte. Staat und Gesellschaft rückten nahe zusammen, die „diskursive“ Republik wollte mitsprechen. Natürlich neigten die 68er zur Legendenbildung in eigener Sache. Sicher war der Liberalisierungs- und Modernisierungsschub bereits vorher angelegt. Unter dem Strich bleibt aber, dass die Bundesrepublik sich tatsächlich vielfach häutete. Auf die Frage nach dem, was von „68“ geblieben ist, hat Jürgen Habermas wunderbar trocken erwidert: „Rita Süßmuth“. Etwas von diesem Aufbruch, hieß das, sei in sämtliche Poren der Gesellschaft eingedrungen. In jedem



Zwei Studenten tragen bei der Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg am 9. November 1967 ein Transparent vor den Professoren her. Der Slogan wurde zu einer der Kernparolen der 68er-Studentenbewegung.

Deutschen stecke nicht nur ein Lutheraner, wandelte daher der Rechtsphilosoph Christoph Möllers jüngst einen vielzitierten Satz ab, sondern auch ein 68er. Nicht zuletzt: Die Rebellion erfasste nicht nur den Westen, sie erreichte auch Prag, Warschau, Budapest, Ost-Berlin. West und Ost konnten einander entdecken. Der Provinzialisismus der frühen Jahre kam ans Ende. Zu einem ehrlichen Bild dieser „Umgründung“ gehören auch die autoritären, antidemokratischen Versuchungen, die von „68“ ausgingen, die Verehrung selbst noch für Pol Pot, vor allem aber die blutige Geschichte der Rote Armee Fraktion (RAF) bis hin zum „deutschen Herbst“ 1977. Joschka Fischer, seit 1998 Außenminister, hat im Streit über seine Frankfurter „Straßenkämpferjahre“ und seine Nähe zu Weggefährten, die in den Terrorismus abglitten, bemerkenswert offen davon gesprochen, er habe Glück gehabt, weil er sich gerade noch für einen anderen Weg, den durch die Institutionen, entschied.

Aus der Revolte gingen Bürgerinitiativen, Kernkraftgegner, Friedens- und Frauenbewegung hervor, schließlich 1980 die neue Partei der Grünen. Mit Gerhard Schröders rot-grüner Koalition kam die Protestgeneration doch noch in den höchsten Ämtern der Republik an. Beinahe in letzter Sekun-

de konnten sich die Generationen, die disparaten Wertewelten, die höchst gegenläufigen Politikmodelle miteinander versöhnen, nahezu jedenfalls. Aber nicht die Ausfransungen und Verirrungen, sondern wohl eher die gesellschaftlichen und kulturellen Erfolgspuren führten dazu, dass von Anfang an die Deutungen von „68“ aufeinander prallten. Es stimmt ja: Die Republik hat sich seitdem beinahe runderneuert. Vor allem die Kultur des Erinnerens an die Nazi-Vergangenheit (aber auch an das DDR-System) hat sich bis ins Parlament hinein fest etabliert. Heute erregt es die Gemüter einer konfliktproben Republik nicht mehr, wenn sich junge Leute im Protest gegen Castor-Transporte an Bahngleisen festketten oder altgewordene Liberale wie Burkhard Hirsch oder Gerhart Baum zum Widerstand aufrufen gegen die Kontrollsucht des Staates im Zeitalter von Google, Amazon und NSA. Kaum ein Murren war noch aus der CDU zu hören, als die Kanzlerin sich über Nacht bereit erklärte, die „Ehe für alle“ durchzuwinken. Das Scheidungsrecht ist längst entmottet, in der Ehe gilt der Mann nicht länger als Vormund, Vergewaltigung wird strafrechtlich geahndet. Gleichheits- und Teilhaberechte haben sich weithin (nicht bei den Löhnen) festschreiben lassen.

Im Streit über die „Willkommenskultur“ bei der Aufnahme von knapp einer Million Flüchtlinge 2015 flackerte allerdings der Vorwurf wieder auf, die 68er und ihre Jünger wollten Deutschland und das Christliche insgesamt abschaffen. Jetzt war es Angela Merkel, die sich auf gemeinsame Werte berief und befand, ohne diese wäre die Bundesrepublik nicht mehr ihr Land. Die Individualisierung im Alltag, Bastelbiografien, die Ungezungenheit junger Paare, antiautoritäre Kitas, ja selbst das zivilisierte Auftreten von Polizisten im Alltag – auch im europäischen Vergleich nimmt sich das Land von 2018 nicht autoritär oder national engstirnig aus. Nichts von diesen Metamorphosen, von der Liberalisierung, auch nicht der ökonomische Push lässt sich immer in gerader Linie zurückführen auf „68“ und die Kapitalismuskritiker von einst. Aber so weit kann man gehen: Mit Recht ist das Datum zur Chiffre dafür geworden, vieles von diesem Sprung nach vorn ermöglicht zu haben, ob ge-

wollt oder nicht. Allerdings dreht sich der Zeitgeist spürbar. Übertrieben ist es kaum, von einer Krise der Demokratie zu sprechen, auch in Europa. Wenn die Impulse der 68er letztlich auf Demokratisierung, Politisierung des Gesellschaftlichen, Entnationalisierung hinausliefen, so steht genau das heute in Frage. „68“ erweckte, grob gesagt, die demokratische Zivilgesellschaft zum Leben. Aber autoritäre Sehnsüchte und populistische, nationalistische Stimmen, die sich heute als Zivilgesellschaft deklarieren, könnten die Demokratie mehr gefährden, als es RAF und Sektierertum und intellektueller Hochmut mancher 68er vermochten. Ironie der Geschichte: Spätestens das macht deutlich, was auch die 68er und ihre Erben dringend zu verteidigen haben: Dass nämlich die schönste Graswurzeldemokratie, eine starke Zivilgesellschaft von „unten“, ohne funktionierende Institutionen, ein stolzes Parlament, strikte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit schwerlich überleben kann. *Gunter Hofmann*

Von Anfang an prallten die Deutungen der Rebellion aufeinander.

Grob gesagt, erweckte »68« die demokratische Zivilgesellschaft im Lande.



Bei der „Schlacht am Tegeler Weg“ kam es im November 1968 in West-Berlin zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

EDITORIAL

Erbe und Aufgabe

VON HELMUT STOLTENBERG

Ein halbes Jahrhundert ist eine lange Zeitspanne im Leben der Menschen, eine lange Zeit auch für ein Land. Die DDR etwa war nach gut 40 Jahren am Ende, Bismarcks Kaiserreich nach 47, die Weimarer Republik brachte es auf 14 Jahre und die NS-Diktatur statt auf 1.000 auf mörderische zwölf. Das mag zur Erklärung beitragen, warum 1968, das nun 50 Jahre zurückliegt, vielen so fern scheint. Das Erbe der damaligen Protestbewegung aber ist ungebrochen aktuell. Das belegen nicht zuletzt jene, die es heute etwa aus einem autoritären oder extremistischen Weltbild heraus – gleich welcher Ideologie oder Religion – in Frage stellen. Für sie wirkt „68“ offenbar als Feindbild sogar akuter, als es anderen noch ausdrückliches Vorbild ist – eine Folge der Wirksamkeit, mit der der Aufbruch von damals das Land in den folgenden Jahrzehnten prägen sollte, im Guten und auch im Schlechten. Viele dieser Prägnenzen sind längst so selbstverständlich, als zählen sie zur DNA unserer offenen, pluralen Gesellschaft. Aber auch Selbstverständlichkeiten lassen sich in Frage stellen – auch das haben die Aufbegehrenden von damals vorgemacht. Wenn der „Geist von 68“ noch 50 Jahre danach wahlweise beschworen oder verdammt wird, geht der Streit darum im Kern um das Selbstverständnis und Lebensgefühl dieser Gesellschaft, deren Wertekonsens schon im Grundgesetz festgeschrieben ist: Werte wie die Würde jedes Menschen, wie die Gleichstellung der Geschlechter, wie die Glaubensfreiheit. Sie wurden nicht erst 1968 erfunden, aber um ihre Durchsetzung musste auch damals gerungen werden. Dass etwa ein Polizeihauptmeister nach einem Einsatz gegen „Gammeler“ die Annahme einer Anzeige verweigert („Anzeige gibt es nicht“) mit der Begründung, „Das Grundgesetz ist heute außer Kraft“, wie 1967 aus Hannover berichtet, scheint in unseren Tagen nicht vorstellbar. Die Werte unserer Verfassung zu erhalten, ist gleichwohl nicht nur eine Phrase politischer Sonntagsreden, sondern auch Alltagsaufgabe. Nicht zuletzt ist dabei auch das Parlament gefragt – schließlich gilt das Ringen um befriedende Antworten, im demokratischen Diskurs, als eine Stärke des Parlamentarismus. Dafür den Beweis zu erbringen, ist der Bundestag gerade in kontroversen Zeiten gefordert.

Der Verfasser ist Autor der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

»OFFENE GESELLSCHAFT« AUCH OHNE 68?

Etwas viel der Ehre

PRO



Daniel Goffart, »Focus«

Ja, sie haben ihre Nazi-Väter zum Reden gezwungen. Ja, sie haben die freie Liebe propagiert und den Muff unter den Talaren aus den letzten 1.000 Jahren gelüftet. Aber wäre unsere offene Gesellschaft ohne die 68er nicht entstanden? Bei allem Respekt vor der Zivilcourage der damaligen „Rebellen“ – ihnen ein halbes Jahrhundert später diese fast historische Bedeutung zuzumessen, wäre doch etwas viel der Ehre. Die 68er haben sicher einen Anteil daran, dass wir heute in einem modernen, weltoffenen und liberalen Deutschland leben. Aber die meisten dieser positiven Prägungen gehen auf andere Ursachen zurück. Dazu zählen Wohlstand, föderale Machtverteilung und ein funktionierender Rechtsstaat. Erst auf diesen Grundlagen gedeihen dann Werte wie Bürgersinn, ehrenamtliches Engagement und Zivilcourage.

Je besser ein Staat in diesem Sinne funktioniert, um so mehr Raum entsteht schließlich für Respekt und Toleranz – sei es gegenüber Religionen, Weltanschauungen oder Lebensstilen. Und nicht zuletzt: Errungenschaften wie Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung und Achtung vor der Natur fanden erst später Eingang in den gesellschaftlichen Mainstream. Außerdem waren die 68er nicht gewaltfrei und gegenüber anderen Meinungen auch nicht tolerant, das wird bei der versuchten Heiligensprechung zum 50-jährigen Jubiläum gerne vergessen. Auf den Straßen flogen Steine, in den besetzten Hörsälen wurden Andersdenkende niedergebrellt. Und ob die sexuelle Revolution in den Kommunen wirklich der wichtigste Beitrag zur Gleichberechtigung der Frauen war, kann auch bezweifelt werden. Insofern möchte man den Alt-Linken zurufen: Genossen, bitte bleibt bescheiden!

Sie waren das Enzym

CONTRA



Stefan Reinecke, »die tageszeitung«

Die 68er haben genervt. Sie haben sich in x-autobiographischen Erzählungen zur Generation an sich stilisiert, an der gemessen alle anderen Leichtgewichte waren, bestenfalls Epigonen. Sie waren talentierte, medienfixierte Selbstdarsteller. Auch die Erzählung, dass sie im Alleingang die finstere postfaschistische, vermufte Republik entrümpelten, gehört zu dieser Selbstüberhöhung. Die „Fundamentalliberalisierung“, die Jürgen Habermas diagnostizierte, geht nicht nur auf das Konto einiger Aktivisten. Die 68er wären nicht erfolgreich gewesen, hätte die Republik sich nicht langsam von einer fordristischen Industriegesellschaft in einen postmodernen, individualistischen Konsumkapitalismus verwandelt, hätte die Republik sich nicht langsam von einer fordristischen Industriegesellschaft in einen postmodernen, individualistischen Konsumkapitalismus verwandelt, hätte die Republik sich nicht langsam von einer fordristischen Industriegesellschaft in einen postmodernen, individualistischen Konsumkapitalismus verwandelt, hätte die Republik sich nicht langsam von einer fordristischen Industriegesellschaft in einen postmodernen, individualistischen Konsumkapitalismus gegeben.

Aber in diesem Prozess waren sie ein Enzym, das das Tempo beschleunigte und die Richtung änderte. Politisch sind die 68er mit ihrem verstockten Linksradikalismus gescheitert, aber sie haben die Alltagskultur verändert, die Sitten gelockert, das Geschlechterverhältnis entkrampft und mit einer Pädagogik gebrochen, in der das Kind nur Objekt war. Also einfach die Fenster aufgemacht. Die 68er haben vieles diskursiv verflüssigt. Keine Autorität war mehr selbstverständlich. Dass die Selbstreflexion Normalmodus der Gesellschaft wurde, liegt auch an den 68ern. Wie wäre die Republik ohne Revolte geworden? Wahrscheinlich: steifer, langweiliger, leidenschaftsloser. Nur weil die 68er sich narzisstisch lange größer machten als sie es waren, müssen wir sie nicht kleiner machen. Strukturen allein machen keine Geschichte, sondern Figuren, irrende, kluge, verrückte, begehrteste Akteure.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 12. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Wieland, Benno Ohnesorgs Tod 1967 war für viele 68er ein Fanal. Sie waren bei der Demonstration gegen den Shah-Besuch – wie haben Sie das erlebt?

Ich habe das erste Mal solche Polizeigewalt erlebt, die völlig aus dem Ruder lief, gerichtet gegen friedliche Studenten. Wir standen gegenüber der Deutschen Oper in dem Kessel, den der Polizeipräsident dann zur Leberwurst erklärte, in die man hätte hineinstecken müssen. Ich flüchtete dann just in diesen Garagenhof, in dem Benno Ohnesorg später erschossen wurde. Sah noch rechtzeitig, dort gibt es keinen Ausgang, und erlebte daraufhin in der Krümmen Straße den ersten Wasserwerfer-Einsatz meines Lebens. Und ich hörte auch Schüsse. Wir konnten uns von dem Geschehen kein Bild machen. Es wurde die Nachricht verbreitet, ein Polizist sei erschossen worden. Erst am nächsten Tag drang durch das Radio die Wahrheit durch, der Tod Benno Ohnesorgs. Das Gefühl bei allen war, das hättet auch du sein können.

50 Jahre später haben Sie eine Entschuldigung des Berliner Senats angefordert. Kann die noch etwas heilen?

Erst als ich jetzt mit Benno Ohnesorgs Sohn Kontakt hatte, wurde mir klar, was alles fehlt. Seine Mutter war ja mit ihm schwanger, als der Vater erschossen wurde. Es gab nie eine Entschädigung für die Familie; es fehlt immer noch eine Entschuldigung des ganzen Senates – nur jetzt, immerhin, gab es die Entschuldigung des heutigen Justizsenators. Da ist noch eine Menge zu machen. Auch eine Platzbenennung nach Benno Ohnesorg muss erfolgen. Das ist schon ein starkes Stück, dass es das noch nicht gibt.

Nach Ohnesorgs Tod radikalisierten sich viele, manche bis zum Terrorismus. Was das für Sie nachvollziehbar?

Das Ohnmachtsgefühl: ja. Ich selbst habe den Weg der Gewalt aus Verstandesgründen nie gewählt. Für mich war die Lehre: Man darf Menschen nicht so in die Enge treiben, dass sie denken, nur Gewalt ist der Ausweg. Es gab ja diese Verzweiflung, nun mit den Mitteln zurückschlagen zu müssen, die gegen uns angewendet wurden. Die Zahl derer, die den Weg in den Terror gingen, war zwar im Promillebereich, aber man muss ehrlicherweise auch sagen, dass schon die Demonstrationen ab 1968 nicht mehr friedlich waren, erstmals bei der „Schlacht am Tegeler Weg“ in Berlin gab es massenhaft Steinewerfer. Ein völliger Irrweg.

Jetzt hat die frühere RAF-Terroristin Silke Maier-Witt einen Sohn von Hanns-Martin Schleyer um Entschuldigung gebeten für die Ermordung des Vaters.

Das war längst überfällig. Und überfällig ist auch, dass diejenigen, die es wissen, schildern, wie das abgelaufen ist. Dass die Witwen und Kinder bis heute im Ungewissen sind, wer ihre Männer und Väter erschossen hat, ist nicht akzeptabel. Das ist für die Angehörigen nicht erträglich. Der Staat hat oft besonnen reagiert mit vorzeitigen Haftentlassungen und Begnadigungen, ohne dass diese Aufklärung des Geschehens zur Bedingung gemacht wurde. Hier besteht noch eine Bringschuld.

Andere 68er landeten in K-Gruppen, Sie etwa in der maoistischen KPD/AO. Winfried Kretschmann, heute Ministerpräsident, wertete das einmal im Rückblick als „Verirrungen“. Trifft es das?

Ja, trifft es. Bei mir war es der kommunistische Studentenverband. Dem lag ohne Frage eine völlig falsche Einschätzung der chinesischen Kulturrevolution zugrunde. Wir hielten sie für eine antiautoritäre Fortsetzung der Revolution in der Hoffnung, damit würden alle negativen Erstarungen wie in Osteuropa beseitigt. Die Schikanen,

»Ein anderer Geist«

WOLFGANG WIELAND Der Berliner Grünen-Politiker über Geschichte und Wirkung der Protestbewegung von 1968



© Deutscher Bundestag/Marc-Steffen Unger

die Gewalttaten bis hin zum Mord, auch die politische Instrumentalisierung, sah man nicht oder wollte sie nicht sehen. Erst als sich die Berichte über die „killing fields“ in Kambodscha bestätigten, führte das für mich und viele andere zu einem totalen Bruch. Seitdem bin ich, um wen es auch immer als „Menschheitsbefreier“ geht, absolut skeptisch. Ironisierend kann man sagen, der Maoismus hat mich wenigstens davor bewahrt, die DDR gut zu finden.

Sie haben dann 1978 die Grünen mitgegründet in Berlin, saßen zunächst lange Zeit im Landesparlament, dann im

Bundestag. War das auch eine Konsequenz aus '68?

Ich denke, ja. Themen wie die NS-Vergangenheit und der Umgang damit waren ein Kontinuum bei der Kritik an den „etablierten Parteien“, wie wir sie nannten. Das wollten wir anders machen. Zwar war '68 noch keine ökologische Bewegung, aber die Bereitschaft, diese neuen Fragen aufzunehmen und so zum Beispiel gegen den Atomstaat Front zu machen, fußt auf '68. Auch war klar, dass im Umgang miteinander dieses alte K-Gruppen-Sektierertum endgültig vorbei sein musste zu Gunsten einer neuen Offenheit. Das neue Politikmachen hatte oft auch experimentellen

Charakter. Das hat in Berlin lange sehr gut geklappt; im Bund ist schnell diese Realo-Fundi-Spaltung aufgetreten. Dem liegt die uralte Frage zugrunde, wie realpolitisch, wie weit der Wirklichkeit stattgebend muss eine Partei sein und wie weit die Wirklichkeit verändernd soll sie sein. Wer weiß, welchen Kurs er fährt und welche Ziele er hat, kann auch Umwege und Tempoverzögerungen in Kauf nehmen. Verrat schreit eigentlich immer nur, wer seiner Sache nicht sicher ist und denkt, die Alternative sei 100 Prozent oder gar nicht.

Sie sagten, der Maoismus habe Ihnen geholfen, wenigstens die DDR nicht gut zu finden. Die Ereignisse im Ostblock 1968 hatten Sie davor nicht bewahrt?

Dagegen haben wir damals demonstriert mit dem SDS, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Prag, der Prager Frühling, der sowjetische Einmarsch dort, das war ein ganz großes Thema für uns. Wir sind demonstrierend zu den Grenzübergängen gegangen, weiter kamen wir nicht. Und jedenfalls in Berlin war der Moskau-hörige Flügel des SDS verschwindend klein. Vorherrschend war der antiautoritäre Flügel mit vielen, die aus der DDR gerade abgehauen waren. Entsprechend scharf kritisierte man auch die Verhältnisse in der DDR.

Und später?

Später hat es sich geändert – also nicht bei mir, wir haben dann auch als AL die DDR-Opposition nach Kräften unterstützt. Aber in der alten Bundesrepublik wurden der MSB Spartakus und andere recht stark und haben versucht, an die Friedensbewegung anzudocken, zum Teil auch mit Erfolg. Es floss ja auch eine Menge Geld aus Ost-Berlin. Als Fazit: Ganz wenige gingen in Richtung Terrorismus, einige in Richtung DKP oder K-Gruppen, ein bedeutender Teil auch zu den Jusos – und das Gros tat weder das eine noch das andere. Das sind die vielen, die dann eben auf ihrem ganz normalen Lebensweg die Republik total geändert haben.

Wie das?

'68 ist ja nicht wegen der RAF oder den K-Gruppen immer ein Thema, sondern weil '68 zwar von den kurzfristigen Zielen kein einziges erreicht hat, aber langfristig die ganze Gesellschaft änderte. Wir haben das ja auch immer als Vorwurf gehört; etwa, dass heute niemand mehr Respekt vor Lehrern, vor Polizisten habe, liege an '68.

Was ist geblieben von '68?

Ein ganz anderes Selbstbewusstsein des Bürgers: dass er sich traut, viele Dinge in die eigene Hand zu nehmen. Erst '68 endete der Obrigkeitstanz. In den Medien, den Schulen, den Universitäten kehrte ein anderer Geist ein, mit zeitlicher Verzögerung auch in der Wirtschaft und selbst bei Polizei und Justiz.

Heute ist auch die AfD im Bundestag – klar gegen das '68er Deutschland – positioniert. Sehen Sie da ein „Roll back“?

Nein. Das '68er Deutschland ist heute so stark – da werden sie sich wundern, mit wem sie es da aufnehmen müssen.

Die Fragen stellte Helmut Stoltenberg. ||

Wolfgang Wieland (69) gehörte von 1987 bis 2004 mit kurzer Unterbrechung dem Abgeordnetenhaus von Berlin an und von 2005 bis 2013 dem Bundestag. 2001/02 war er Berliner Justizsenator.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Regimegegner: Andreas Lämmel

Andreas Lämmel führte ein unauffälliges Leben im „Arbeiter- und Bauernstaat“. Bis zum großen Umbruch 1989/90 hatte sich der gelernte Konditor und spätere Maschinenbauingenieur von Parteien wie Massenorganisationen der DDR konsequent ferngehalten. „Ich stand kritisch zum SED-Regime und seiner Bevormundung der Bürger. Wer nicht in der Partei und linientreu war, wurde ausgegrenzt und konnte sich nichts aufbauen“, sagt der gebürtige Vogtländer, der seit 2005 für die CDU Dresden im Bundestag sitzt. Sein breites Sächsisch versteckt er nicht. Mit der Wende kam der damals 30-jährige Lämmel in die Politik, wie viele damals. Das Erweckungserlebnis war für den Sohn eines evangelischen Pfarrers die Kommunalwahl im Mai 1989, die „klar gefälscht“ war. Die Empörung war groß. „Es war klar, dass 1989 in der DDR etwas passiert. Meine Frau und ich haben entschieden, jetzt oder nie“, sagt Lämmel. Er baute im Oktober 1989 die Oppositionsbewegung „Neues Forum“ in Dresden mit auf und stellte der losen Gruppe den Flur seiner Wohnung als Geschäftsstelle zur Verfügung. „Das war eine aufregende Zeit. Ständig waren fremde Leute in der Wohnung, es musste immer jemand von uns da sein.“ Und das mit zwei kleinen Kindern.

Für Lämmel gab es neben der Kommunalwahl noch zwei weitere Schlüsselergebnisse, die ihn in die aktive Opposition trieben: Das Massaker auf dem Pekinger Tiananmen-Platz im Juni 1989, zu dem SED-Zentralkomitee-Sekretär Egon Krenz den Genossen in Peking gratulierte. „Das war für die Opposition in der DDR ein deutlicher Fingerzeig, was auch uns passieren könnte“, sagt Lämmel. Und dann die gewalttätigen Auseinandersetzungen am Dresdner Hauptbahnhof am 4. Oktober 1989

anlässlich der durchgeleiteten Züge mit den Prager Botschaftsflüchtlingen. Andreas Lämmel, der damals in einem Recyclingbetrieb am Bahnhof arbeitete, erlebte die Tumulte zwischen Ordnungshütern und tausenden Protestierenden, die auf die Züge springen wollten, unmittelbar mit. „Das war eine neue Qualität in den Auseinandersetzungen zwischen Regimegegnern und der DDR-Staatsmacht.“

Wurde Lämmel vom Regime – was wahrscheinlich ist – observiert? Stasi-Akten über seine damalige Dresdner Zeit sind nicht auffindbar. „Aber bei



© DBT/achim Mehle

»Es war klar, dass 1989 in der DDR etwas passiert. Meine Frau und ich haben entschieden, jetzt oder nie.«

uns im Haus wohnte ein Volkspolizist, der die Wandanschläge des Neuen Forums immer wutentbrannt abbriss, wenn er nach Hause kam“, sagt Lämmel. Und die Unterschriftenlisten an die Behörden weiterreichte. Die Revolution in der DDR verlief dynamisch. Waren die 68er aus dem Westen damals ein Thema? Ja, sagt Lämmel. „Auch im Neuen Forum gab es Leute, die den 68ern nahestanden, darunter viele Berliner Wissenschaftler.“ Die Dresdner allerdings hätten mit dem politisch „stark

grün-links“ dominierten Berliner Neuen Forum und seinen Ideen eines „dritten Wegs“ nichts anfangen können und man habe sich schnell überworfen. Lämmel selbst wurde im Januar 1990 hauptamtlicher Geschäftsführer des Neuen Forums in Dresden – mit ein bisschen Gehalt. Allerdings hatten sich nach dem Mauerfall im November 1989 für die Ostdeutschen neue Perspektiven aufgetan. Die Opposition verlor schnell an Bedeutung. Viele Angehörige des Dresdner Neuen Forums sowie der oppositionellen „Gruppe der 20“ um Arnold Vaatz beschlossen, in die CDU einzutreten – damals noch die alte Blockpartei. Lämmel: „Ausschlaggebend für uns war, dass die CDU in der Bundesrepublik als einzige Partei an der deutschen Einheit festgehalten hatte.“

Nach der Einheit ging es für Lämmel schnell aufwärts. Referatsleiter im sächsischen Wirtschaftsministerium, Abteilungsleiter bei der Wirtschaftsförderung Sachsen, 1994 bis 2005 CDU-Abgeordneter im Landtag, danach Bundestagsmandat – stets im Wirtschaftsausschuss, in dem Lämmel seit 2009 Obmann der Unionsfraktion ist. Geschickt wurde er von der deftigen Wahlhinderlage bei der Bundestagswahl im September 2017, als die CDU in Sachsen mit 26,9 Prozent hinter die AfD fiel. Bei der Direktwahl in seinem Dresdner Wahlkreis verlor Lämmel 18 Prozent. „Das war im Wahlkampf nicht so erkennbar. Den Bürgern waren die Flüchtlingspolitik und innere Sicherheit wichtig. Da hat die Berliner Parteispitze nicht immer klare Positionen gehabt.“ Lämmel gelobt Besserung. Er gehörte im Januar 2017 zu den Unterzeichnern eines Briefs von Unions-Abgeordneten an Kanzlerin Angela Merkel (CDU), in dem ihr „Wir schaffen das“-Kurs kritisiert wird. Lesen, Wandern und Motorradfahren sind die Hobbys des zweifachen Familienvaters. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
5. Januar 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition

FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.



„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Studenten protestieren im Mai 1968 in Bonn gegen die umstrittenen Notstandsgesetze der Großen Koalition, die wenig später vom Bundestag dennoch verabschiedet werden.

© picture-alliance/dpa

Monate der Rebellion

AUFSTAND Junge Intellektuelle lehnten sich energisch auf gegen den Gestus des Obrigkeitsstaats

Ein Foto macht Geschichte: Eine Frau mit schwarzem Umhang kniet neben dem hingestreckten Körper eines jungen Mannes; mit den Händen hält sie seinen Kopf. In ihrem Gesicht spiegelt sich Entsetzen, der Mund scheint zum Schrei geöffnet. Das Bild vermittelt die ganze Hilflosigkeit des Augenblicks, zugleich die beklemmende Dramatik eines furchtbaren Ereignisses.

Dieses Foto, mehr als 50 Jahre alt, zählt zum ikonischen Gedächtnis der Bundesrepublik. Es dokumentiert den Tod des Studenten Benno Ohnesorg bei einer Demonstration am 2. Juni 1967 in West-Berlin. Wer heute über „68“ oder die 68er redet, muss eigentlich bei diesem Datum beginnen. Denn es markiert einen Wendepunkt – und dazu hat das Foto wesentlich beigetragen: Die westdeutsche Studentenbewegung, deren Aktionen bislang in der Öffentlichkeit eher nebensächlich beachtet worden waren, geriet zu einem relevanten Faktor für Politik und Gesellschaft.

Blutiges Getümmel Über dem 2. Juni 1967 lag in West-Berlin von Anfang an spürbare Spannung. Der Schah von Persien, Reza Pahlavi, und seine Frau Farah Diba hatten sich zum Staatsbesuch angemeldet. Bei der Vorfahrt am Rathaus Schöneberg kam es zum Eklat: Als unter den Schaulustigen studentische Demonstranten mit Plakaten und Parolen gegen das repressive System im Iran protestierten, gingen herbeigekarrte „Jubelperser“ mit Holzlaten auf die Menschen los. Bei der Aufführung von Mozarts „Zauberflöte“ am Abend in der Deutschen Oper randalierten abermals Studenten, diesmal flogen auch Eier, Tomaten und Steine. Nachdem die Hoheiten mit dem deutschen Präsidentenpaar Heinrich und Wilhelmine Lübke im Opernhaus verschwunden waren, begann das massive Polizeiaufgebot eine brutale Attacke auf die Menschenmenge. Polizeipräsident Erich Duensing beschrieb später die Taktik so: „Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinanderplatzt.“ In dem blutigen Getümmel zog Karl-Heinz Kurras, Polizeibeamter in Zivil, seine Pistole und schoss. Er traf Ohnesorg am Hinterkopf.

Als dieser zusammensank, beugte sich die Studentin Friederike Dollinger über den 26-Jährigen, der später seinen Verletzungen erlag. Kurras, Waffennarr und nach späterer Erkenntnis Spitzel der ostdeutschen Stasi, argumentierte mit Notwehr – und kam damit bei zwei Prozessen durch.

„Es war ein Schock“, erinnert sich Uwe Timm, Schriftsteller und Schulfreund Ohnesorgs, „und erst langsam erreichten mich die Details seines Todes; damit wuchs meine Empörung.“ Und der damalige Aktivist und spätere Journalist Klaus Hartung spricht von einem Schlüsselereignis. „Was

rum? Weil sich diese Erfahrung, mit dem Rücken zur Wand zu stehen, ins Unerträgliche steigerte.“ Er sieht den 2. Juni als „Wende von der Ohnmacht zur Allmacht“. Empörung und Ohnmacht: Diese Empfindungen hatten die Studenten schon zuvor auf die Straßen getrieben. Besonders in den Universitätsstädten, in Berlin, in Frankfurt, München, Hamburg, Köln, Marburg, Göttingen; zu ihren inhaltlichen Anfängen gehörten Forderungen nach Veränderungen in der verkrustet-hierarchischen Hochschulpolitik. „Unter den Talaren Muff von 1.000 Jahren“ – in diesem Spruchband der Studenten beim Rektoratswechsel an der Universität Hamburg im November 1967 kulminierte der kollektive Frust ganzer Kommilitonen-Generationen.

Kerntruppe der APO Doch allmählich gesellten sich zur Auflehnung gegen die straffenen Schichtungen und herrischen Charaktere im universitären Bereich auch Bestrebungen nach einer Überwindung der rückständigen und autoritären Strukturen in Staat und Gesellschaft. Das verstärkte sich 1966 mit der Bildung der Großen Koalition, die Union und SPD vor allem zur Verabschiedung der umstrittenen Notstandsgesetze eingingen. Sie war Auslöser der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO), einem lockeren Bündnis, in der jedoch die Studentenbewegung einen gewichtigen Part spielte. Hier entwickelte sich besonders der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) zur organisatorischen und strategischen Kerntruppe der APO. Vormals als sozialdemokratischer Nachwuchsverband gegründet, hatte die SPD-Führung diesen Ableger längst verstoßen, als er sich in den 1960er Jahren in eine linksorientierte und antiautoritäre Gliederung wandelte. West-Berlin bildete eine Hochburg des SDS, nicht zuletzt wegen der charismatischen Führungsfigur Rudi Dutschke. So schien es fast selbstverständlich, dass sich der SDS nach Ohnesorgs Tod in eine leidenschaftliche, gar schneidige Leitfunktion katapultierte: Nun war Revolution angesagt. Dem Fieber nach radikaler Veränderung war eine beträchtliche Inkubationsphase vorausgegangen. Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre wurden die Defizite des restaurativen Gesellschaftsklimas und die patriarchalischen Formen der Herrschaftsausübung, wie sie für die späte Adenauer-Ära kennzeichnend waren, immer spürbarer. Vor allem jüngere Intellektuelle formulierten Widerspruch. Die Kritik entzündete sich oft an der institutionellen Demokratie, in die sich die Bonner Republik recht bequem eingerichtet hatte. Das neue Staatswesen funktionierte von oben, der traditionelle Gestus des deutschen Obrigkeitsstaats feierte wieder fröhliche Urständ. Partizipation und Emanzipation galten als unzulässiger Ehrgeiz, Konflikt und Disput als verwerfliche Untugend.

So mehrten sich die „Verboden des Wandels“. 1962 kam die Bundesregierung mit der „Spiegel“-Affäre in eine Legitimationskrise: Die Polizeiaktion gegen das Magazin mobilisierte massive Gegenkräfte in der Öffentlichkeit, die alle früheren Proteste in den Schatten stellten, etwa die Demonstrationen der 1950er Jahre gegen die Wiederbewaffnung oder die Ostermärsche gegen den „Atomtod“. Die Attacke auf die Pressefreiheit, schien es, hatte die kritische Intelligenz wachgeküsst. Die intellektuelle Szene gewann insgesamt an Relevanz. Der Soziologe Ralf Dahrendorf erregte gehörig Aufsehen mit dem Ruf nach mehr Konfliktbereitschaft und Freiheitsräumen. Der Philosoph Jürgen Habermas mahnte, Demokratie verwirkliche sich erst in einer „Gesellschaft mündiger Menschen“. Auch Bildung und Erziehung gerieten unter Beschuss. Der Pädagoge Georg Picht konstatierte eine „Bildungskatastrophe“, Dahrendorf forderte: „Bildung ist Bürgerrecht“. Die Literatur machte die NS-Zeit und ihre Nachwirkungen zum Sujet, die „Gruppe 47“ sah sich als zeitkritischer Impulsgeber.

Tabubruch Das Tabu der NS-Vergangenheit, stillschweigender Konsens der Nachkriegsjahre, wurde gebrochen; mehrere Gerichtsverfahren legten die Massenverbrechen des Nazi-Systems schonungslos offen. Dem Ulmer Einsatzgruppenprozess von 1958 folgten der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 und ab 1963 die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt. Sie machten einer breiten Öffentlichkeit bewusst, dass die nationalsozialistischen Schandtatzen nicht – wie bislang meist geschehen – lediglich einer kleinen Clique um Hitler zugeschoben werden konnten, sondern unter Beteiligung umfangreicher deutscher Tätergruppen geschehen waren.



2. Juni 1967: Friederike Dollinger mit dem sterbenden Benno Ohnesorg © picture-alliance/dpa

In diesen Konstellationen formierte sich die 68er-Bewegung. Sie war zugleich Teil eines Generationenkonflikts, der durch viele Industriestaaten schwappte. Vorreiter waren die USA und dort die University of California in Berkeley. Aus einem Streit um Redefreiheit – der farbige Vorkämpfer Malcolm X durfte auf dem Campus nicht sprechen – entwickelte sich eine Kampagne gegen Rassendiskriminierung, den Vietnamkrieg und Benachteiligungen der „Dritten Welt“, für Bürgerrechte und Emanzipation. Die Rebellion erfasste andere US-Hochschulen, sprang dann nach Europa über.

Gewalt Zwar verstand sich die deutsche Studentenbewegung als Teil des weltweiten Protestes, gefühlsmäßig wie thematisch, doch stimulierte ein singuläres Merkmal ihren Aktionismus: der Umgang der bundesdeutschen Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit, deren Beschweigen und Verdrängen. Die Jüngeren stellten harte, ja rüde Fragen an die Elterngeneration, zu deren Verstrickungen in das Nazi-System und Versäumnissen bei der Aufarbeitung. Das bekam auch Gewicht, weil führende Köpfe der Studentenbewegung Vergleiche zwischen der Gegenwart und der NS-Diktatur zogen, um auf den Fortbestand autoritärer und fahrlässiger Strukturen zu schließen. Dabei sollte eine Frage die 68er nicht mehr verlassen, in allen Diskursen und Debatten, und stand auch am Zerfall Ende 1969: die Frage von Gewalt in der politischen Kontroverse. Mit der Radikalisierung nach Ohnesorgs Tod, der Suche nach Aktionsformen jenseits von Provokation und Protest wurden die Grenzbeziehungen immer undeutlicher, bis zur elenden Unterscheidung zwischen „Gewalt gegen Sachen“ und „Gewalt gegen Personen“. Aus Revolutionsparolen erwachsen Allmachtsphantasien.

Diese Linie zog sich vom SDS-Treffen über „Bedingung und Organisation des Widerstandes“ im Juni 1967 in Hannover über die umjubelten Auftritte des deutsch-amerikanischen Philosophen Herbert Marcuse vom „Ende der Utopie“ im Juli 1967 bis zum hoch emotionalen Vietnam-Kongress im Februar 1968. Flugblätter und Publikationen heizten die Stimmung an. Am 2. April 1968 legten Andreas Baader und Gudrun Ensslin in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze: Die spätere Rote Armee Fraktion (RAF) gab ihren brutalen Einstand auf dem Weg in den mörderischen Terrorismus.

Menetekel Aber auch auf den Straßen steigerte sich die Wut. Als Josef Bachmann, ein junger Arbeiter mit kruden rechtsradikalen Vorstellungen, am 11. April 1968, einem Gründonnerstag, ein Attentat auf Rudi Dutschke vor der Berliner SDS-Zentrale verübte, bebte die Republik. Die anschließenden Oster-Unruhen in vielen westdeutschen Städten wurden als die heftigsten Gewaltausbrüche der Nachkriegszeit registriert. Konservative Politiker sprachen von Bürgerkriegszuständen. „Enteignet Springer“ – so lautete die Kampagne von den Studentenfürhrem, die sie vor allem gegen „Bild“ betrieben, wegen der schon lange tendenziellen, sogar bösartigen Berichterstattung. Sie erlebte einen exzessiven Höhepunkt: Am Berliner Verlagshaus zersplitterten Scheiben, Zeitungswagen wurden blockiert und angezündet.

Als der Bundestag am 30. Mai 1968 die Notstandsgesetze verabschiedete, verrinnelte langsam der Widerstand. Ein letztes Aufbäumen in Berlin geriet zum Desaster. Als Anfang November Studenten wegen eines Ehrengerichtsverfahrens gegen den linken Anwalt und späteren Rechtsextremisten Horst Mahler aufbegehrt, artete die Konfrontation mit der Polizei in eine Gewaltorgie aus. Zurück blieben 130 verletzte Polizisten und 22 Demonstranten. Diese „Schlacht am Tegeler Weg“ geriet zum denkwürdigen Menetekel: Die Revolution hatte sich verschlissen. Manche Aktivisten sammelten sich in den K-Gruppen sowjetischer oder maoistischer Prägung; andere widmeten sich den neuen sozialen Bewegungen etwa der Umweltschützer, der Feministinnen; der größte Teil trat den „Marsch durch die Institutionen“ an, dies vor allem in den Reihen der Sozialdemokratie. Was brachte 68? Gewiss, der politische Überschwang mit seinen ideologisch-dogmatischen Ansprüchen lief ins Leere, doch spricht der Chronist des „roten Jahrzehnts“ von 1967 bis 1977, Gerd Koenen, zu Recht von einer „kleinen deutschen Kulturrevolution“. Tatsächlich veränderte sich in den 1970ern das Lebensgefühl im Lande, vor allem bei den Heranwachsenden. Die Biographien verliefen nach anderen Mustern, individuell wie kollektiv. Und politische Reformen lösten so manche Forderung der 68er getreulich ein.

Heinz Verfürth

Der Verfasser arbeitet als Journalist und Buchautor in Berlin.

CHRONIK 1967/68

Januar 1967 In West-Berlin gründen mehrere Männer und Frauen die „Kommune 1“ als Gegenentwurf zum bürgerlichen Familienmodell, lehnen Privateigentum ebenso wie das Leistungsprinzip ab und propagieren statt dessen das Lustprinzip. Mit provokanten Aktionen geben sich die Kommunarden als „Bürgerschreck“ Die „Kommune 1“ löst sich 1969 auf.

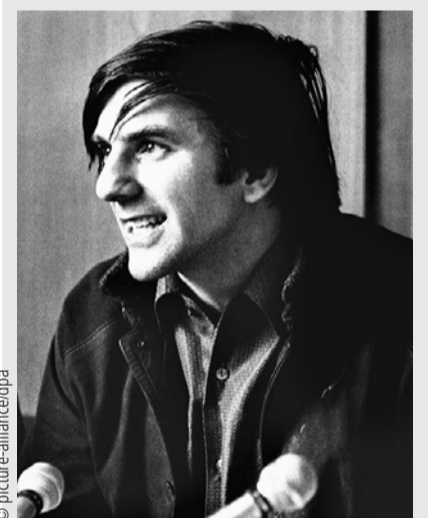
2. Juni 1967 Bei einer Demonstration während des Staatsbesuchs von Schah Mohammad Reza Pahlavi in West-Berlin erschießt der Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras den Studenten Benno Ohnesorg. In der Folge gewinnt die Studentenbewegung an Breite und radikalisiert sich.

9. November 1967 Während der Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg enthüllen Studenten ein Transparent mit der Aufschrift „Unter den Talaren der Muff von 1.000 Jahren“, das sie vor den Professoren hertragen und so gegen die Studienbedingungen sowie eine mangelnde Aufarbeitung der NS-Zeit protestieren. Die Parole wird ein Kernslogan der Protestbewegung.

17./18. Februar 1968 Auf Einladung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) findet im Westteil Berlins ein internationaler Vietnamkongress statt, der sich insbesondere gegen den Vietnamkrieg der USA und deren „Imperialismus“ richtet und den Sieg der „sozialistischen Weltrevolution“ beschwört. Am zweiten Tag der Veranstaltung ziehen etwa 12.000 Demonstranten auf einem Protestmarsch durch West-Berlin.

2. April 1968 In zwei Kaufhäusern in Frankfurt am Main werden unter anderem von den späteren Mitbegründern der terroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF), Andreas Baader und Gudrun Ensslin, drei Brände gelegt, die nachts ausbrechen. Die Brandstifter werden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

11. April 1968 Der APO-Vorkämpfer Rudi Dutschke wird auf dem Berliner Ku'Damm von einem Hilfsarbeiter durch drei Schüsse lebensgefährlich verletzt. Eine anschließende Demonstration vor dem Gebäude



Rudi Dutschke

des Springer-Verlags, dessen Medien der Hetze gegen die Protestbewegung beschuldigt werden, eskaliert in schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. In den folgenden Tagen weiten sich die Krawalle auf westdeutsche Städte aus; die „Osterunruhen“ gelten als die schwersten Auseinandersetzungen, die die Bundesrepublik bis dahin erlebt hat. Dutschke stirbt 1979 an den Spätfolgen des Anschlags.

11. Mai 1968 Bei einem „Sternmarsch auf Bonn“ protestieren mehrere zehntausend Menschen gegen die von der Großen Koalition geplanten Notstandsgesetze, die von der APO massiv bekämpft wurde. Die Gesetze werden am 30. Mai vom Bundestag mit Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet.

13. September 1968 Auf einem SDS-Kongress in Frankfurt kritisiert eine Vertreterin des zu Jahresbeginn gegründeten „Aktionsrates zur Befreiung der Frau“, dass der SDS auch selbst die Diskriminierung der Frauen verdränge. Als die Männer eine Diskussion darüber verweigern, wirft eine Studentin Tomaten auf einen von ihnen – was als Startsignal der neuen Frauenbewegung gilt.

4. November 1968 Eine Demonstration gegen ein Ehrengerichtungsverfahren am Berliner Landgericht gegen den APO-Anwalt, späteren RAF-Mitbegründer und heutigen Rechtsextremisten Horst Mahler artet zur sogenannten „Schlacht am Tegeler Weg“ aus, nach der am Ende von 130 verletzten Polizisten und 22 Studenten die Rede sein wird. Beobachter sehen in der Straßenschlacht den Wende- oder Endpunkt der 68er Bewegung.

sto

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die 68er waren mehr als eine politische Opposition. Allen Beteiligten ging es darum, das enge Korsett der Adenauer-Gesellschaft zu sprengen, die unhinterfragten Autoritäten von ihren Sockeln zu stürzen und die Deutschland seit Jahrzehnten prägenden Werte und Sekundärtugenden wie Fleiß, Disziplin und Unterordnung zu ersetzen: durch Weltoffenheit, eine neue Kommunikationskultur und eine Vielfalt an Lebensstilen. Während sich der politische Kern der 68er daran machte, die Strukturen nachhaltig zu verändern, fokussierten andere auf das Hier und Jetzt, den individuellen Lebensstil der Jungen. Neben der eher asketisch lebenden Theorie-Fraktion, für die vor allem der Name Rudi Dutschke stand, bildete sich mit der „Kommune 1“ als Zentrum eine hedonistische Spaß-Fraktion heraus, die vor allem durch ihre phantasievollen, ironischen Aktionen irritierte und so aufklärerisch wirken wollte. Die von Dieter Kunzelmann 1962 in München gegründete „Subversive Aktion“ hatte von ihren geistigen Vätern Adorno, Horkheimer und Marcuse (siehe Text unten) gelernt, dass die moderne „repressive Gesellschaft“ ihre Macht nicht mehr durch die Drohung mit Polizei und Justiz erhält, sondern durch die Verführung zum Konsum. „Anstelle echter Befriedigung ihrer Träume, Wünsche und Lust lassen die Menschen sich willig mit Ersatzangeboten aus Konsum und Illusionen abspesen. Diese Angebote verfangen so gut, dass die Menschen nicht mehr wie früher nur durch offene Gewalt und fühlbare Unterdrückung bei der Stange gehalten werden müssen. Die Rolle von Polizei und Gefängnis haben Kino, Fernsehen, Konsum und gesteuerte Freizeit übernommen.“ Bevor politische Veränderungen eine Chance hätten, müssten die Menschen erst lernen, ihre unterdrückten inneren Triebe – vor allem die Sexualität – zu befreien.

Stete Provokation In der Praxis bedeutete diese „Revolutionierung des Alltags“ die Abschaffung des Privateigentums und Lebens. Propagiert wurden Kommunen statt Kleinfamilien, freie Sexualität und Partneraustausch. Das Lustprinzip wurde oberste Maxime allen Handelns, das Beharren auf ein „Intimleben“ galt als kleinbürgerliche Verklemmtheit, die Klotüren wurden entfernt. Die stete Provokation wurde lustvoll-revolutionäre Praxis. Ein Revolutionär, der nicht darauf bedacht sei, seine Eltern durch unbürgerliche Kleidung und Haarschnitt vor den Kopf zu stoßen, sei noch weitgehend seiner bürgerlichen Herkunft verhaftet, hieß es. Sieht man die Jugendlichen von damals heute auf Fotos, ist ihre provozierende Wirkung nicht mehr recht verständlich. Doch waren es diese „Außerlichkeiten“, die auf einen Großteil der damaligen Jugend eine viel stärkere Anziehungskraft ausübten als die Theoriedebatten der 1968er. Erst die Verbindung von Flower Power und politischem Protest, von Revolution, Subkultur und Rockmusik zu einer politisch-ästhetischen „Rebellion der Triebe“ zog viele Jugendliche in ihren Bann und erzeugte ein dynamisches „Wir-Gefühl“, bei dem die Erwachsenenwelt außen vor blieb. Die Verschmelzung von Studentenprotest und Jugendkultur erweiterte das Spektrum der Revolte weit über das studentisch-intellektuelle Milieu hinaus. Es entstand eine antiautoritäre Musik- und Theaterszene, es bildeten sich alternative Jugendzentren und Ansätze einer linken Lehrlingsbewegung. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die sich „oft und interessiert“ mit Politik beschäftigten, stieg von 20 Prozent im Jahre 1961 auf 52 Prozent 1968. Musik spielte dabei eine zentrale Rolle. Die

Blumen, Sex und LSD

JUGENDKULTUR Mit Jeans und langen Haaren rebellierten viele Jugendliche gegen Bürgertum und Konsumgesellschaft. Das Lustprinzip wurde zur obersten Maxime



Bunter Protest: Hippies auf einem Musikfestival

© picture-alliance/dpa

Rock- und Pop-Musik der 1960er Jahre bot Jugendlichen eine rebellische Identitätsvorlage für Kopf und Körper. Es waren nicht nur die Texte, die viel von „Freiheit“ sprachen, sondern auch der Sound, der zu Bewegungen und körperlichen Ekstasen inspirierte, von denen selbst die Mehrheit der gleichaltrigen Tanzschülerabsolventen nicht zu träumen wagte. „Die Melancholie und Zerstörungswut der Beatles waren die Gefühle der Jugendlichen der Revolte der ersten Stunde“, urteilte 1977 der Autor Pe-

ter Mosler. „Street fighting man“, „Eve of destruction“ und „I can't get no satisfaction“ wurden die Lieder der zweiten Stunde der Revolte in Berkeley, Paris, Berlin und Frankfurt. Die wahren Propheten der Dissident-Generation waren die Pop- und Rock-Gruppen.“

Nahrung für den Geist Die bevorzugte Musik der „Hippies“ und anderer, von ihnen inspirierter Jugendlicher war ein vom Blues beeinflusster, auf einer kraftvollen,

oft virtuos beherrschten Leadgitarre aufbauender Heavy Rock à la Cream, Led Zepelin oder Ten Years After, besonders aber, wenn sich darin – wie im so genannten Acid Rock – LSD- und andere psychedelische Erfahrungen widerspiegelten, wie bei den Doors, Grateful Dead oder Jimi Hendrix. Frank Zappa war seit seiner Platte „Freak Out“ (1966) der rebellische Gott aller Underground-Fraktionen und betrachtete von Tausenden von Wohngemeinschafts-(Klo-)Wänden den Wandel der Ge-

sellschaft. Man hörte LPs, nicht Singles, am liebsten programmatische Themen- oder Konzeptalben wie „Sergeant Pepper's Lonely Hearts Club Band“ von den Beatles. Viele Produktionen erforderten eine voll auf die Musik konzentrierte Zuhörerschaft. Einzelne Songs wurden immer länger – etwa „Live Dead“ von Grateful Dead, der gleich drei Plattenseiten füllte –, die Texte wichtiger, zugleich aber auch abstrakter; sie transportierten oft nur noch Traumbilder und verweigerten sich der eindeutigen In-

terpretation. Bei Konzerten kamen komplexe Lichtanlagen, Filmausschnitte, Dias, Textinspielungen vom Tonband zum Einsatz, asymmetrische Rhythmen und Verzerrereffekte machten Tanzen unmöglich. Die Musik war immer mehr Nahrung für den Geist, nicht für den Körper. Sie sollte überraschen und verunsichern und vielfältige spirituelle Interpretationen ermöglichen. Das Ziel der Hippies und anderer, von der studentischen Revolte beeinflussten Jugendlichen war eine antiautoritäre und enthierarchisierte Welt. Ihr Blick richtete sich weniger auf ein anderes System, wie bei den studentischen Kadern und Politgruppen jener Jahre, als auf die Veränderung des einzelnen Menschen. Der Kapitalismus habe den „natürlichen“ Menschen von seinem eigentlichen Wesen entfremdet und in konsumsüchtige „Plastic People“ (Frank Zappa) verwandelt. Die Waffe des Systems war die Rationalität, die kalte Logik der Leistungs- und Warengesellschaft. Das Gegenmittel der Hippies war spirituelle Intensität, Fühlen statt Denken.

Bunter Protest „Protest und Leben der Hippies waren optimistisch, bunt, gewaltfrei, fröhlich“, schreibt der Intendant und Festivalleiter Dieter Jaenicke 1980. „Ihre Ablehnung der westlichen Industriekultur war total. Nicht Analyse, nicht Marx und Marcuse waren interessant, sondern Intuition, Spontaneität, direkte Erfahrung, Kreativität, Gemeinschaft und Freunde bestimmten die Hippies, sie versuchten zu lernen, sich wieder über kleine Dinge zu freuen: Tautropfen, Sonnenstrahlen, eine Perle, Blumen, Farben – und sie veräußerten ihre Haltung in ihrer bunten Kleidung, in ihrem Lächeln, ihren Blumen.“ Um die Fähigkeit zum relaxten Genuss zu steigern, nutzten die Hippies gerne Marihuana als Hilfsmittel. Aber auch das (halb)synthetische Halluzinogen LSD („Acid“) sollte ihnen die „Pforten der Wahrnehmung“ (Aldous Huxley) öffnen. Auf ihren chemisch verstärkten Abenteuerreisen ins eigene Selbst entdeckten die Hippies völlig neue Welten – vergaßen darüber allerdings häufig die äußere Welt. „Psychedeliker neigen dazu, sich sozial passiv zu verhalten“, musste selbst LSD-Prophet Timothy Leary zugestehen. So stellten sie letztlich eher ein dankbares Rekrutierungsfeld für neue religiöse Bewegungen dar als eine „Reservearmee der Revolution“. So kritisierte denn auch der linke Berliner Extra-Dienst: „Die Hippies tragen zur Verschönerung des Kapitalismus bei, nicht zu seiner Abschaffung.“ Spätestens mit dem Woodstock-Festival im August 1969 wurde das Ende der Hippies verkündet – der „Ausverkauf“ hatte begonnen.

Hysterische Reaktionen Die Hippies waren originär ein US-amerikanisches Phänomen, das sich in Deutschland jedoch nie als größere eigenständige Bewegung entfalten konnte. Auch wenn in den Medien – und der späteren Geschichtsschreibung – häufig nur von „den Hippies“ die Rede war, so bildete sich hierzulande eher ein breites Spektrum „alternativer“ Jugendkultur heraus, deren Kennzeichen lange Haare, Rockmusik, Jeans und eine ausgeprägte Aversion gegen „Spießertum“ jeglicher Art war. Sie waren vor allem auf der Suche nach einem neuen, freieren Lebensstil. Erst die bisweilen hysterische Reaktion der Erwachsenenwelt – lange Haare und Jeans genühten häufig schon, in Geschäften nicht bedient und in Gaststätten nicht hineingelassen zu werden – verwandelten manche dieser Rebellen in politisch Engagierter.

Klaus Farin ||

Der Autor ist freier Publizist in Berlin. Er gründete 1998 das Berliner Archiv der Jugendkulturen.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Väter der Revolution

VORDENKER Intellektuelle wie Adorno oder Horkheimer lieferten den Studenten das theoretische Fundament. Glücklicherweise waren sie damit nicht immer

Man kann den 68ern vieles vorwerfen. Theorieferne aber gehört nicht dazu: Selten habe eine akademische Generation „so energisch auf den Lektürekanon unter Gleichaltrigen geachtet wie die Studierenden der Jahre 1965 bis 1970“, schreibt der Publizist Jürgen Busche, der zur Protestbewegung geforscht und geschrieben hat. Die Bücher von Philosophen wie Bloch, Marcuse und Adorno hätten sich – oft als Raubkopien – auf den Bücherständen in den Universitäten gestapelt. Tatsächlich produzierten allein die beiden wichtigsten Sprecher des „Sozialistischen Deutschen Studentenbunds“ (SDS), Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl, Dutzende von Papieren, in denen sie sich mit den Gedanken ihrer Lehrer und Vorbilder auseinandersetzten – die sie aber auch ungehemmt als Versatzstücke einer ganz eigenen Weltsicht nutzten, unabhängig von der Intention ihrer Urheber. Zu den wichtigsten Stichwortgebern für die studentische Revolte gehörten zweifellos die Begründer der so genannten Frankfur-

ter Schule: Theodor Adorno und Max Horkheimer, zwei Soziologen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in die USA emigrierten und nach dem Krieg zurückkehrten. Ihre so genannte Kritische Theorie wurde von Dutschke, Krahl und anderen Theoretikern der Studentenbewegung schier aufgesogen. Aus ihren Werken „Dialektik der Aufklärung“, „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft“ und „Negative Dialektik“, in denen sie unter Bezugnahme auf Karl Marx eine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und des Spätkapitalismus formulierten, leiteten die Studenten Handlungsempfehlungen ab. Krahl gab zu Protokoll, die Kritische Theorie seiner Frankfurter Lehrer habe der politischen Intellektuellenbewegung die Begriffe vermittelt, „die unausdrücklich den veränderten geschichtlichen Bedingungen der revolutionären Situation in den Metropolen entsprechen“. Sowohl Dutschke als auch Krahl bekannten, die Protestbewegung ziehe praktische Konsequenzen aus der Kritischen Theorie. Glücklicherweise waren die Gelehrten damit nicht: Weil er kritisch über bestimmte Aspekte der Gesellschaft geschrieben habe, sagt etwa Horkheimer, könnten sich die Studenten auf ihn berufen. „Was mich von der Studentenbewegung unterscheidet, ist

meine Überzeugung, dass heute eine Revolution im Westen die Gesellschaft nicht verbessern, sondern, indem sie zur Diktatur führen müsste, wesentlich verschlimmern würde.“ Die Protestformen und Aktionen der Studentenbewegung waren Adorno und Horkheimer fremd, vor allem unterschieden sich Lehrer und Schüler in ihrer Einschätzung der USA: Sahen die Studenten die Vereinigten Staaten durch ihren Krieg in Vietnam als Erben des Faschismus,

betonte Max Horkheimer 1967, „dass wir hier nicht zusammen wären und frei reden könnten, wenn Amerika nicht eingegriffen hätte und Deutschland und Europa vor dem furchtbarsten totalitären Terror gerettet hätte“. Der Konflikt eskalierte, als Studenten 1969 das Institut für Sozialforschung besetzten und die Direktoren daraufhin die Polizei zu Hilfe riefen. Deutlich glücklicher mit seiner Rolle als Ideengeber der Studentenbewegung war Herbert Marcuse. Der Soziologe, der mit Adorno und Horkheimer emigriert war, wurde mit seinen Hauptwerken „Eros und Civilization“, „One-Dimensional Man“ und den „Schriften zur Repressiven Toleranz“ zum Vorbild der Bewegung. Der 68er-Experte Wolfgang Kraushaar schreibt in seiner Chronik der Bewegung, Marcuse sei bei einer Vortragsreihe an der Freien Universität Berlin „wie der Messias eines neuen Zeitalters begrüßt“ worden. Die Studenten leiteten aus dem „Naturrecht auf Widerstand“, das er für unterdrückte Minderheiten formulierte, die Legitimation für ihr Handeln ab. Sie schlossen sich Marcuses Sichtweise an, dass Terror unter bestimmten Umständen nicht nur legitim, sondern gar geboten sei. Deutlich schwieriger war das Verhältnis zum vierten Vertreter der Kritischen Theorie, Jürgen Habermas. Zwar wussten die

Studenten ihn an ihrer Seite, wenn es um die Forderung ging, das Bildungswesen zu reformieren. Aber seine Warnung vor der „verhängnisvollen Strategie“ der Protestierer, die zu einer „Scheinevolution“ – und „linkem Faschismus“ führen könne – ein Begriff, den er später zurücknahm – trübte das Verhältnis nachhaltig. Auch die Werke Sigmund Freuds und der Psychoanalytiker Alexander und Margarete Mitscherlich wurden in der Bewegung rezipiert, ebenso wie die Schriften des französischen Philosophen Jean-Paul Sartre. Wie Marcuse sprach Sartre mit Bezug auf Friedrich Engels von der Gewalt als Geburtshelferin der Geschichte und kritisierte den Kolonialismus als brutalste Form der Ausbeutung – Wasser auf die Mühlen der Studenten, die sich als Kämpfer an der Seite der unterdrückten Massen in Lateinamerika sahen. Ohnehin ist die Spezifik im Verhältnis zwischen den 68ern und ihren intellektuellen Vorbildern, dass aus deren Schriften allein das genutzt wurde, was die eigene Haltung bestärkte. Zum Schluss fraß die Revolution ihre Väter. So fragte Fritz Teufel: „Was soll uns der alte Adorno und seine Theorie, die uns anwidert, weil sie uns nicht sagt, wie wir diese Scheiß-Uni am besten anzünden und einige Amerikahäuser dazu – für jeden Terrorangriff auf Vietnam eines.“

Susanne Kailitz ||



Der Soziologe Theodor Adorno war ein wichtiger Stichwortgeber der Revolte.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mit einem Sit-in ging es los

INTERNATIONALE PROTESTE Die Revolte der späten 1960er Jahre hatte einen langen Vorlauf. Sie begann in den USA mit Protesten gegen den Rassismus und den Vietnamkrieg

Am 22. Juni 1966 versammelten sich an der Freien Universität Berlin 3.000 Studenten im Henry-Ford-Bau zu einem Sit-in, dem sich ein Teach-in anschloss. Sie forderten die Abschaffung der befristeten Zulassung, eine drittelparitätische Besetzung der Universitätsgremien mit Professoren, Assistenten und Studenten und die Aufhebung der neuen Raumvergabe-Richtlinien, die sie als Einschränkung der Versammlungsfreiheit kritisierten. Schon die Bezeichnung Sit-in und Teach-in verweisen auf die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten.

Das erste Sit-in wurde von vier afroamerikanischen Studenten am 1. Februar 1960 in Greensboro (North Carolina) in einer Kantine der Woolworth-Gruppe veranstaltet, die für Weiße reserviert war. Die von dem pazifistischen „Student Nonviolent Coordinating Committee“ (SNCC) organisierte Aktion fand durch Medienberichte auch in der Bundesrepublik Beachtung. Nach dem ersten Sit-in organisierte die amerikanische Bürgerrechtsbewegung in den Südstaaten weitere Sit-ins in Restaurants, die Schwarzen den Zutritt verwehrt, um gegen die Rassendiskriminierung zu protestieren. Im ersten Halbjahr 1960 beteiligten sich über 50.000 Studenten an den Aktionen. Die Anti-Apartheid-Bewegung löste eine erste große Welle der Politisierung an vielen US-Universitäten aus.

Die in diesem Zusammenhang 1960 gegründete Organisation „Students for a Democratic Society“ (SDS) wurde neben dem SNCC zum Motor des Protests gegen Rassendiskriminierung und überholte akademische Konventionen. Zwei Jahre nach seiner Gründung war die Mitgliederzahl des SDS auf mehrere Zehntausend Aktivisten angewachsen. Davon konnte der kleine marxistische „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ mit den gleichen Initialen, aber nur 800 Mitgliedern 1962 nur träumen. In der SDS-Zeitschrift „neue Kritik“ veröffentlichte der Verband allerdings Berichte von deutschen Austauschstudenten über die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, darunter 1965 einen Text des ehemaligen zweiten Bundesvorsitzenden Michael Vester über „Die Strategie der direkten Aktion“, in dem die amerikanischen Sit-ins und Teach-ins als neue Formen der Basisdemokratie beschrieben wurden.

Aufsehen erregten bei deutschen Junglingen aber schon Ende der 1950er Jahre die britischen Ostermärsche und Aktionen der Campaign for Nuclear Disarmament (CND). Seit ihrem ersten „Aldermaston March“ für atomare Abrüstung 1958 war es der CND gelungen, ihren Einfluss und ihre öffentliche Wirkung auszudehnen und sich neben den großen Parteien und Organisationen als politische Kraft zu etablieren. Das von Nobelpreisträger Sir Bertrand Russell 1960 gegründete „Committee of 100“ demonstrierte auf dem Londoner Trafalgar Square erstmals Formen des passiven Widerstands, die durch die indische Antikolonial-Bewegung Mahatma Gandhis inspi-

riert waren. Das Neue an der britischen Abrüstungsbewegung bestand darin, dass ihr Zusammenhang durch eine „freischwebende“ und diskutierende Intelligenz hergestellt worden war. Es war die aus der literarischen Szene der „Angry Young Men“ hervorgegangene „New Left“, eine lockere Organisation von Linkselkulturellen, die sich in lokalen „New Left Clubs“ zu Diskussionen trafen und mit der Zeitschrift „New Left Review“ (NLR) über ein vielbeachtetes theoretisches Sprachrohr verfügte.

Rassismus Das 1958 für die CND kreierte Friedenszeichen erlangte rasch weit über den Kreis der politischen Aktivisten hinaus habituelle Bedeutung für jugendliche Protestbewegungen und die Popkultur. Man sah das Zeichen auch am 28. August 1963 auf dem von der Bürgerrechtsbewegung organisierten Marsch „for jobs and freedom“ nach Washington, an dem sich Film- und Popstars wie Harry Belafonte, Sidney Portier und Charlton Heston beteiligten. Als Leitfiguren der neuen Protestgeneration traten nach Martin Luther Kings Rede vor über 250.000 Demonstranten Joan Baez und Bob Dylan auf.

Im Sommer 1964 rief das SNCC weiße Studenten aus den Nordstaaten dazu auf, in die Südstaaten zu kommen und schwarzen Analphabeten zu helfen, das komplizierte Prozedere der Eintragung in Wahllis-

ten bei den Behörden zu bewältigen. Doch der „Summer of Freedom“ von 1964 endete blutig. Rassistische Polizisten und Zivilisten griffen die studentischen Wahlhelfer an und behinderten ihre Arbeit, wo es nur ging. James Chaney, ein Schwarzer aus Mississippi, Michael Schwerner, jüdischer Sozialarbeiter aus New York und der Freiwillige Andrew Goodman wurden unter einem Vorwand festgenommen und nach Einbruch der Dunkelheit aus dem Gewahrsam entlassen. Draußen warteten bereits Leute des Ku-Klux-Klans. Erst nach Wochen fanden Suchtrupps die Leichen der ermordeten Bürgerrechtsaktivisten. Noch während der Suche nach den drei Verschwundenen unterzeichnete Präsident Lyndon B. Johnson den Civil Rights Act, der die Diskriminierung an öffentlichen Orten beenden sollte. Doch es sollte noch lange dauern, bis dieses und weitere Gesetze für die schwarze Minderheit tatsächliche Veränderungen brachten.

Neue politische und philosophische Bücher wie Betty Friedmans „The Feminine Mystique“ und Herbert Marcuses „One Dimensional Man“ befeuerten 1964 die gesellschaftspolitischen Kontroversen in den

USA. Zum Jahresende kam es in Berkeley zu schweren Auseinandersetzungen. Zuvor waren politische Veranstaltungen von der Administration untersagt, dem schwarzen Agitator Malcolm X Rede verboten und Studentensprecher inhaftiert worden. Mario Savio, ein Sprecher der Studenten, rief zum „Free Speech Movement“ auf.

Vietnamkrieg Die Eskalation des Vietnamkrieges brachte 1964 ein weiteres Konfliktfeld in die US-Gesellschaft. Eine gegen die Intervention in Vietnam gerichtete Erklärung wurde von fast 5.000 Dozenten unterzeichnet. Aber insbesondere die Studenten sahen sich mit einer existenziellen Zumutung konfrontiert, da sie nun Einberufungsbefehle zum Kriegsdienst erhielten. Am 15. und 16. Oktober 1965 organisierten der SDS und andere Bürgerrechtsorganisationen an mehr als 30 Universitäten und Colleges Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg.

An den Sit-ins und Teach-ins beteiligten sich über 100.000 Studenten. Studentische Aktivisten nahmen in Madison, Wisconsin, symbolisch den Kommandeur einer Luftwaffenbasis fest, um ihn unter „Anklage der Beihilfe zum Mord, Verletzung des Völkerrechts und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ vor ein Bürgergericht zu stellen. In Berkeley gingen 1.000 Polizisten und 700 Nationalgardisten mit aufgefanzten Bajonetten, Tränengas, Hunden und Knüppeln gegen 10.000 Demonstranten vor.

Übergriffe der Polizei und der Nationalgarde führten in den USA Mitte der 1960er Jahre zu schweren Unruhen in Schwarzen-Gettos mit zahlreichen Todesopfern. In der ursprünglich gewaltfreien Bürgerrechtsbewegung kam es zur Abspaltung radikaler Strömungen. Auch größere Teile des SNCC verabschiedeten sich von der Idee gewaltfreier Aktionen. Ihr Vorsitzender Stokely Carmichael rief 1966 die Black-Power-Bewegung ins Leben. Er erklärte 1968 nach der Ermordung Martin Luther Kings die Idee des gewaltfreien Protests für gescheitert und trat der 1966 gegründeten Black Panther Party bei, die neben sozialen Hilfsaktionen in den Gettos auch den bewaffneten Kampf zum Programm erhoben hatte. Schließlich tauchte 1970 auch eine Fraktion des SDS in den USA in den bewaffneten Untergrundkampf ab.

Streiks in Europa Im deutschen SDS beschäftigten sich 1964 zunächst nur die Berliner und die Münchner Gruppen intensiver mit dem Thema Vietnam. In Berlin sammelte eine Arbeitsgruppe Dokumente über den Vietnamkrieg. Auf die Verstär-

kung des Luftkrieges im Sommer 1964 reagierten die Münchner und Berliner SDS-Gruppen mit Flugblättern. Am 16. Februar 1966 gaben mehrere europäische Studentenverbände die Gründung eines „Westeuropäischen Studentenkomitees für den Frieden in Vietnam“ bekannt. Am 26. März 1966 demonstrierten Hunderttausende in New York, Chicago, San Francisco, Washington und in kanadischen Städten. In Rom beteiligten sich über 20.000 Menschen an der Demonstration zum Vietnamtag. Wenige Wochen später, am 27. April 1966 überfielen neofaschistische Schläger linke Studenten in der Universität Rom. Dabei kam der 19-jährige sozialistische Student Paolo Rossi ums Leben. Aus Protest gegen wiederholte Gewaltaktionen von Neofaschisten und gegen die Untätigkeit der Universitätsverwaltung besetzten Studenten mehrere Fakultätsgebäude. Rossis Tod löste eine folgenschwere Radikalisierung im linken Studentenmilieu aus. Doch nicht nur in Universitäten herrschte Aufruhr, auch der italienischen Industrie kam wegen der niedrigen Löhne und prekären Beschäftigungsverhältnisse zu sich ausweitenden Arbeitskämpfen und Betriebsbesetzungen. Im Sommer 1968 beteiligten sich über zehn Millionen Arbeiter an den landesweiten Streikaktionen.

Ähnlich verliefen 1968 die Ereignisse in Frankreich. Nach Polizeieinsätzen auf dem Campus der Universität Nanterre eskalierte die Lage. Universitätsbesetzungen, Streiks

und Betriebsbesetzungen der Gewerkschaftsbewegung und die harte Reaktion der Ordnungskräfte führten zu den Pariser Mai-Unruhen. Die landesweiten Proteste und Streiks brachten die Regierung in Not, die schließlich Neuwahlen verkündete. Doch nicht alles, was 1968 in zahlreichen Ländern zu Studentunruhen führte, war hochpolitisch. So präsentierten die Beatles und Rolling Stones schon 1963/64 jenen anti-autoritären Habitus, den sich die 68er später zu eigen machten. Nur wenn man den kulturellen Vorlauf des Ausbruchs der Beat-Generation aus den überkommenen Konventionen des 19. Jahrhunderts mit ins Auge fasst, wird erklärbar, warum die Unruhe in der jungen Generation in vielen Ländern parallel ausbrach und warum sie ein solches Ausmaß annehmen konnte. Der 1968 veröffentlichte Beatles-Song „Revolution“ enthielt die Zeile: „We all want to change the world“. Das ist seit 1968 ohne Zweifel gelungen. Der von Rudi Dutschke ausgerichtete „lange Marsch durch die Institutionen“ veränderte sowohl die Institutionen als auch die jungen Wilden, die im Ende der 1960er Jahre antraten und im Bildungs- und Staatswesen, in den Medien und im Parteiensystem unterkamen. Mit Barack Obama zog 2009 im gewissen Sinn auch die US-Bürgerrechtsbewegung ins Weiße Haus ein.

Jochen Staadt

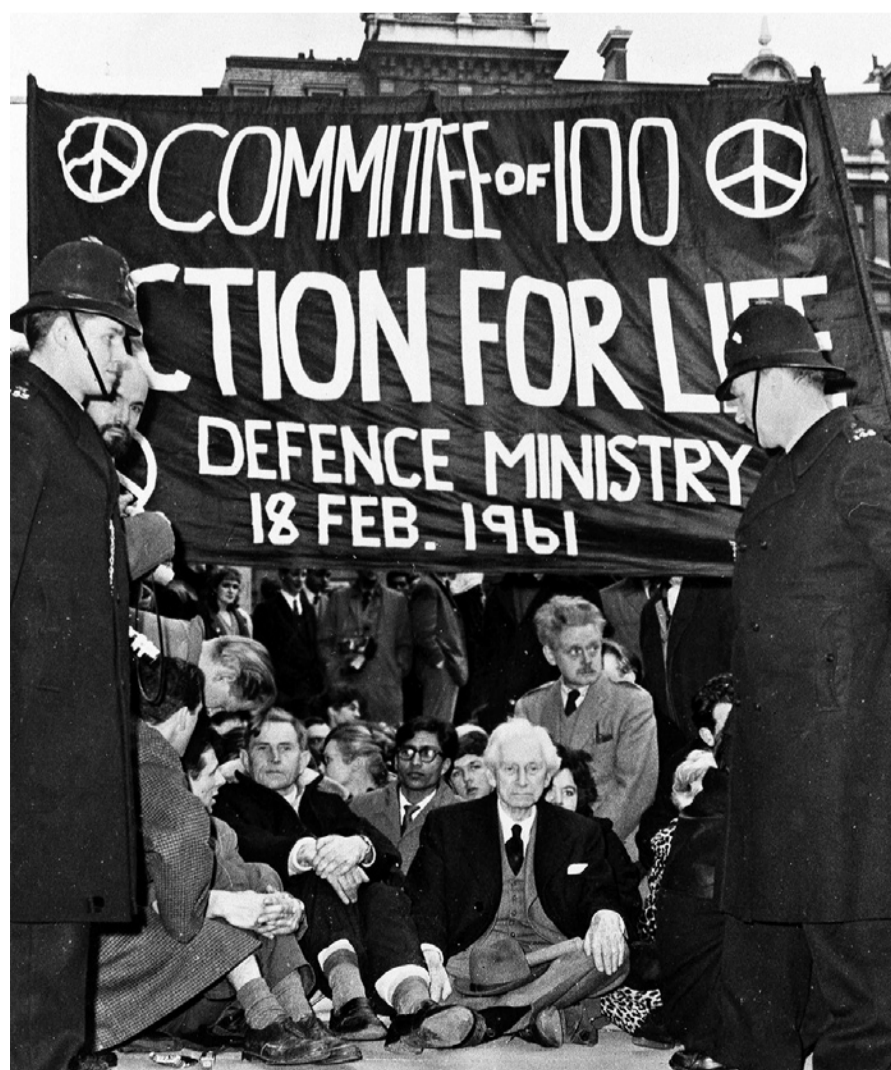
Der Autor ist Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin und hat über die 68er Bewegung geforscht.



Das Greensboro Sit-in: Vier afroamerikanische Studenten verlangen, in der damals für Weiße reservierten Kantine bedient zu werden.

© picture-alliance/AP Images

Sit-ins und Teach-ins galten als neue Formen der Basisdemokratie.



Der Philosoph und Nobelpreisträger Bertrand Russell (sitzend vorne rechts) bei einer Anti-Kriegs-Demonstration in London 1961

© picture alliance/AP Images

Anzeige

Extremismus und Demokratie in Geschichte und Gegenwart



Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

29. Jahrgang 2017

Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Backes, Prof. Dr. Alexander Gallus und Prof. Dr. Eckhard Jesse

2017, Band 29, 497 S., geb., 98,- €
ISBN 978-3-8487-4634-7
eISBN 978-3-8452-8864-2

nomos-shop.de/34764

Das Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ fördert die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problemkreis des politischen Extremismus. Der 29. Band dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung im Berichtsjahr 2016. Aktuelle Schwerpunkte bilden u.a. Parteiverbote im internationalen Vergleich, die Anziehungskraft des Dschihadismus auf Jugendliche sowie die Ideologien der „Neuen Rechten“.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Marsch an die Schalthebel

DIE FOLGEN Auf dem Weg durch die Institutionen haben 68er die Gesellschaft verändert – und sie änderten sich selbst

Spätestens als der einstige Sponti und Straßenkämpfer Joschka Fischer 1998 zum Außenminister und Vizekanzler der Bundesrepublik ernannt wurde, schien die Mission erfüllt. Was einst als langer Marsch durch die Institutionen begonnen hatte, sei nun, 30 Jahre später, erfolgreich ans Ziel gekommen, so lautete eine populäre Lesart. Die einstigen Systemgegner besetzten jetzt die Schalthebel des Systems.

Diese Sichtweise war freilich die Folge einer über drei Jahrzehnte immer mehr verwässerten und schließlich vergessenen Interpretation dessen, was Rudi Dutschke 1967 im Sinn hatte, als er die Formel vom langen Marsch durch die Institutionen entwickelte. Im Originalton liest sich das so: „Heute würden Permanenzrevolutionäre, die in den Fabriken, in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, in der Bundeswehr, in der staatlichen Bürokratie systematisch den Laden durcheinanderbringen, von allen Lohnabhängigen vollkommen akzeptiert werden. (...) Den ‚Laden in Unordnung bringen‘ heißt nur, die Lohnabhängigen und andere mehr unterstützen, bei ihnen lernen, neue revolutionäre Fraktionen herauszubringen. Die Permanenzrevolutionäre können immer wieder hinausgeworfen werden, immer wieder in neue Institutionen eindringen: Das ist der lange Marsch durch die Institutionen.“

Doppelstrategie Dutschke ging es also um eine revolutionäre Doppelstrategie nach dem Vorbild lateinamerikanischer Stadtguerilleros. Während eine kämpfende Avantgarde offen die Revolution organisierte, sollte eine verdeckt arbeitende Abteilung in die herrschenden Institutionen eindringen, um sie von innen her zu destabilisieren. Der lange Marsch war als Taktik im „permanenten Kampf für eine antiautoritäre sozialistische Weltgesellschaft“ gedacht. Das war doch nun etwas anderes als die ökologisch und sozialliberal orientierte Reformpolitik, mit der die Grünen Ende der 1990er Jahre um Wählerstimmen warben. Der 68er-Forscher Wolfgang Kraushaar machte sich schon früh über den Begriffswandel lustig. Was einmal ein Fanal sein sollte, die Welt aus den Angeln zu heben, wurde, so Kraushaar 2001, eine „Lebensphilosophie für Oberstudienräte, eine Phrase für Philister“.

Unbestritten aber ist, dass die als 68er sehr pauschal umschriebenen einstigen Aktivisten der Außerparlamentarischen Opposition auf ihrem Weg durch die Institutionen durchaus eine tiefgreifende Veränderung der bundesdeutschen Verhältnisse bewirkt haben. Jürgen Habermas deutet die 68er-Bewegung heute als Triebfeder für eine „Fundamentaliberalisierung“ der Gesellschaft.

Manche sehen in dem Aufbegehren der 68er sogar einen zweiten Gründungsmoment der Bundesrepublik. Auch wenn viele ihrer ideologischen Dogmen von damals



Zwei 68er im Bundestag, hier im Jahr 2006: Hans-Christian Ströbele (links) hatte 2002 erstmals ein Direktmandat der Grünen für den Bundestag geholt, Joschka Fischer war von 1998 bis 2005 Vizekanzler und Außenminister.

Illusion blieben, lässt sich aus heutiger Sicht sagen: Die von ihnen ausgehende Umwälzung war langfristige und umfassend, sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Leben der Bundesdeutschen.

Die Befreiung der Sexualität von vielen Tabus beispielsweise gehört dazu. Das klassische Familienbild vom männlichen Ernährer und der Hausfrau mit zwei Kindern geriet in Zweifel. Eine autonome Frauenbewegung der Feministinnen entstand, die weit über ihr eigentliches Spektrum hinaus die Gesellschaft veränderte (siehe auch Beitrag unten). Alice Schwarzer bestimmte als über Jahrzehnte ziemlich unangefochtene Sprecherin der Feministinnen lange das öffentliche Meinungsbild mit. Dass sie heute zu einem Freundinnenkreis um Bundeskanzlerin Angela Merkel gehört und als Kolumnistin für das einstige Hauptkampfbrett gegen die APO, Springers „Bild“-Zeitung, gearbeitet hat, ist auch ein Hinweis darauf, wie weit der Marsch durch die Institutionen geführt hat – und wie sehr er nicht nur die Gesellschaft, sondern auch wesentliche Mitmarschierer verändert hat.

Immerhin: Gleichberechtigung ist heute weitgehend selbstverständlich – wenn auch die angemessene Repräsentanz von Frauen in Führungsgremien und Parlamenten oft nur durch Quoten oder gar nicht erreicht ist und gleiche Bezahlung eine noch immer unerreichte Forderung. In antiautoritären Kindergärten wurden zeitgleich neue Formen der Pädagogik erprobt und Kinder nicht mehr geschlagen, an den Universitäten führten Proteste zum Aufbre-

chen der verkrusteten, autoritären Strukturen, die Gewerkschaften forderten auch in der Wirtschaft mehr Mitbestimmung; 68er drängten in die Redaktionen, in die Wissenschaft und nicht zuletzt in die Politik.

Unbestritten bewirkten die einstigen APO-Aktivistinnen tiefgreifende Veränderungen.

Sozialliberaler Aufbruch Die sozialliberale Koalition unter Kanzler Willy Brandt und seinem Vize Walter Scheel verstand es nach 1969, den gesellschaftlichen Aufbruch mit zahlreichen Gesetzesreformen und Programmen politisch umzusetzen. Auch weil viele Sympathisanten der Protestbewegung nun in die SPD eintraten und dort Veränderungsdruck erzeugten; andere hatten schon zeitgleich bei der Partei und der

APO mitgemischt: Detlev Albers beispielsweise, der 1967 vor der Hamburger Professorenenschaft das berühmte Transparent mit dem vielzitierten Parole „Unter den Talaren Muff von 1.000 Jahren“ hertrug und später SPD-Landeschef in Bremen war, oder spätere Juso-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete wie Karsten Voigt, Wolfgang Roth und Klaus-Uwe Benneter, der einmal Generalsekretär der Partei werden sollte.

Wer dem sozialdemokratischen Weg nicht traute, ging oft zu den Grünen – darunter allerlei Anhänger einstiger K-Gruppen, viele zunächst durchaus noch im Sinne der Unterwanderungsstrategie Rudi Dutschkes unterwegs. Es dauerte gut zehn Jahre, bis der Richtungskampf zwischen den Anhängern einer fundamentalen Opposition („Fundis“) und den auf parlamentarische Partizipation bauenden „Reals“ schließlich zu deren Gunsten entschieden war.

„Wir wollten aus den Grünen dauerhaft eine systemverändernde Partei machen, die sich als Sand im Getriebe der Gesellschaft versteht und nicht als ihr ökologisches Schmiermittel“, sagte Thomas Ebermann, einer der führenden „Fundis“, später. Dieses Projekt war gescheitert – und damit auch der Marsch durch die Institutionen, wie er einmal gedacht war.

Zweiter Reformschub Doch auch diese öffentlich geführte Auseinandersetzung war ein Teil jenes großen gesellschaftlichen Diskurses, der die Bundesrepublik bis weit in die 1980er Jahre so verändert hat. Helmut Kohls Ankündigung einer geistig-moralischen Wende war 1982 der Versuch einer konservativen Antwort darauf, der aber ins Leere lief und sich in Blockaden weiterer Reformen erschöpfte. Den Stau löste dann nach 1998 die rot-grüne Koalition mit Gerhard Schröder und Joschka Fischer auf, mit denen eine ganze Riege aus dem 68er-Umfeld am Kabinetttisch Platz nahm.

Wie unterschiedliche Wege manche Protagonisten durch die Institutionen führten, zeigten dabei beispielhaft Otto Schily und Christian Ströbele, die einst zusammen RAF-Mitglieder vor Gericht vertraten: Während der eine als SPD-Innenminister den harten „Law-and-Order“-Mann gab, eroberte der andere mit dem Slogan „Ströbele wählen heißt Fischer quälen“ das erste Direktmandat der Grünen für den Bundestag, wo er schließlich als „letzter Alt-68er“ („taz“) galt.

Gleichviel: Die Republik erlebte einen weiteren Reformschub, etwa mit Blick auf ein modernes Familienbild; die „Homo-Ehe“ wurde möglich, und auch konservative Politiker konnten öffentlich zu ihrer Homosexualität stehen, ohne ins Abseits gestellt zu werden. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet die Kanzlerin einer als konservativ verorteten Partei, Angela Merkel, dann 2017 gleichgeschlechtlichen Partnern den Weg zur völligen Gleichstellung ihre Ehebeziehung öffnete. Zugleich allerdings beginnt die über Jahrzehnte gewachsene Hegemonie jener zu bröckeln, die sich zur offenen Gesellschaft mit ihrem kulturellen Pluralismus bekennen. Heute stellt die AfD jenen historischen Kompromiss zwischen System und Systemkritik in Frage, der in der Bundesrepublik irgendwann während des Marsches der Kritiker durch die Institutionen erreicht worden war. So hat der Aufbruch der 68er die Bundesrepublik nicht in dem Sinne umgewälzt, wie Rudi Dutschke sich das einst vorgestellt hat. Aber ein sehr anderes Land ist sie doch geworden, eines, das den Revolutionären von damals gewiss sympathischer wäre als jenes, das sie kannten. Und dessen Entwicklung hin zu Emanzipation, Offenheit und Liberalität nun wieder zur Debatte steht.

Der Verfasser ist Autor der DuMont-Hauptstadtredaktion.

Das Wurzelgeflecht der Zivilgesellschaft

SOZIALE BEWEGUNGEN Nach 1968 wirkten neue Mitspracheformen weit über klassische Organisationen hinaus. Frauenzentren und Jugendclubs waren nur eine Folge

In den 1970er Jahren entstanden in ganz Europa neue soziale Bewegungen. Hatte die „Fundamentalpolitisierung“ (Bernd Faulenbach) nach 1968 den Parteien und Gewerkschaften, den alten sozialen Bewegungen also, noch hunderttausende neue Mitglieder gebracht, wirkten die neuen Demokratisierungsbegehren weit über diese klassische Organisationen hinaus. Zuerst waren es Schüler und Lehrlinge, die wie Studenten gegen autoritäre Strukturen aufbegehren und mehr Mitbestimmung forderten, aber schon bald bildeten sich an spezifischen sozialen Konflikten und Wertvorstellungen Bewegungen heraus, die nicht nur von einer sozialen Gruppe gebildet wurden.

Autonome Frauenbewegung Oft ist vermutet worden, diese neuen Bewegungen seien lediglich eine Nachwirkung der politischen Ereignisse um das Jahr 1968. Gewiss waren Forderungen nach Partizipation und Anerkennung von Betroffenen als Experten für ihre eigenen Interessen von der globalen Jugendrevolte inspiriert, aber nicht immer lassen sich diese direkt darauf zurückführen. Vielen Akteuren ging es um mehr als eine Forderung; es ging im Kern darum, Demokratisierung als einen dauerhaften gesellschaftlichen Aushandlungsprozess zu betreiben.



Eine Friedensdemonstration von Frauen in West-Berlin 1983

Eine dieser neuen sozialen Bewegungen war zugleich eine sehr alte, hatte doch schon gut ein Jahrhundert zuvor eine auf Emanzipation und Gleichberechtigung drängende Frauenbewegung Fahrt aufgenommen; nun formierte sich eine neue Generation. Ungewollte Impulse gab dabei um 1968 nicht zuletzt die Ignoranz männlicher Protagonisten der Studentenrevolte, die auch den berühmten Tomatenwurf Richtung Männer auf einem Studentenkongress in Frankfurt am Main provozierte. Wenige Monate davor hatte sich Anfang 1968 in Berlin der „Aktionsrat zur Befrei-

ung der Frauen“ gegründet, in beiden Städten entstanden die ersten „Kinderläden“. Ab 1971 organisierten sich Frauen als autonome Frauenbewegung, die sich eigene Frauenzentren und Diskussionsforen schuf und die patriarchale Geschlechterordnung grundsätzlich angriff. Häusliche Gewalt, systematische Diskriminierungen und Benachteiligungen im Erwerbsleben sowie Selbstbestimmung wurden auf die politische Agenda gesetzt.

Jugendzentren Anfang der 1970er formierte sich im suburbanen und kleinstädtischen Raum eine Jugendzentrumsbewegung. Sie konnte tausende von Jugendlichen mobilisieren, um selbstverwaltete Freizeiträume zu schaffen. Diese Freiräume wurden manchmal konfliktuell, oft aber auch in offener Diskussion mit den zuständigen kommunalen Stellen ausgehandelt.

Zankapfel Gebietsreformen Mit dieser Bewegung kamen linke, jugendkulturelle Verhaltensweisen in die Provinz, doch entstand in den Auseinandersetzungen um Gebietsreformen auch eine von bürgerlichen Kreisen getragene Protestbewegung, die sich gegen als willkürlich empfundene Verwaltungsentscheidungen wehrte. Als Protestformen wurden sowohl Demonstrationen und Unterschriftensammlungen genutzt, aber oft wurde auch der juristische Weg beschritten. In größeren Städten waren es Mieter- und Anwohnerinitiativen, die geplante Abrisse ganzer Straßenzüge verhinderten und ihr Unbehagen an stadtplanerischen Großprojekten auf die Straße brachten. Es ging dabei nicht allein um Verhinderungen, da diese Bewegungen mit dazu beitrugen, dass Innenstadtbereiche seitdem behutsamer saniert werden. Bundesweit gab es Versuche von Vernetzungen, aber prägend in den sozialen Bewegungen waren dezentrale, lokal orientierte Gruppen.

Die 1970er Jahre wurden zu einer Hochphase von Bewegungen, in denen sich die hohe politische Konflikthäufigkeit des Jahrzehnts zeigte – auch in Parteien, den Kirchen oder den Gewerkschaften, die mit Kritik an organisationseigenen „Demokra-

tiefdefiziten“ konfrontiert wurden. Die ökologischen Belastungen wurden bald intensiv in der wachsenden Umweltschutz- und der Anti-Atomkraft-Bewegung verhandelt und führten mitentscheidend zur Gründung der Partei „Die Grünen“ im Jahr 1980.

Enquete »Jugendprotest« Auch wenn sich die junge Partei als Sprachrohr unterschiedlichster Bewegungen verstand, war sie nicht deren Vollendung. Die Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre gewann ihre große Mobilisierungskraft gerade aus der Heterogenität ihrer Akteure, vor allem aus Kirchen, Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Die Bewegungselemente wurden bewusst verstärkt: ein geringer Organisationsgrad und lokale Bündnisse waren ein Kennzeichen dieser Bewegung, die bei bundesweiten Demonstrationen mehrere hunderttausend Teilnehmer auf die Beine brachte. Angesichts der Jugendunruhen 1980/81 forderte die Enquete-Kommission des Bundestages „Jugendprotest im demokratischen Staat“ in ihrem Abschlussbericht, Politik als Prozess zu verstehen, nicht nur als administrative Regulierung. Dazu gehörte, dass zugehört werde und die Anliegen der Betroffenen mehr Berücksichtigung fänden. Die Historikerin Sabine Mecking hat diese Diskussionshaltung als „Kultur

des Aushandelns“ bezeichnet, die in den Verwaltungen und politischen Entscheidungsgremien selbstverständlicher wurden. Zugleich wuchs die Akzeptanz für neue Protestformen.

Seit den späten 1980er Jahren wurde zunehmend der Begriff Zivilgesellschaft benutzt, um bürgerschaftliches Engagement zwischen Staat, Markt und Familie zu beschreiben. Die neuen sozialen Bewegungen haben – über zahlreiche Verfalls- und Anpassungsprozesse hinaus – viel zu einer Ausbreitung der Zivilgesellschaft und der Demokratisierung im Land beigetragen. Viele Bewegungen erlebten Prozesse der Institutionalisierung und wachsender Expertise, die häufig zum Verlust des Bewegungskarakters, aber zugleich auch zum Aufstieg sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGO) führte.

Die neuen sozialen Bewegungen haben viel zur Demokratisierung beigetragen.

Flüchtlingshelfer Jüngere Bewegungen wie beispielsweise „Attac“, „Stuttgart 21“ oder auch das große Engagement vieler freiwilliger Helfer während der Flüchtlingsereignisse 2015 zeigten, wie breit verankert politisches Engagement jenseits etablierter Gruppen heute ist. Der Demokratisierungsimpuls der späten 1960er Jahre hat dazu mit beigetragen.

Der Autor ist Privatdozent an der Universität Hamburg und Mitarbeiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Szenen der RAF-Geschichte: Am 5. September 1977 entführten Terroristen Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer (Bild links). Drei Polizisten und ein Fahrer wurden bei der Geiselnahme erschossen. Am 19. Oktober wurde der Leichnam des ermordeten Schleyers in einem Kofferraum im elsässischen Mülhausen gefunden. 26 Jahre später demonstrieren RAF-Sympathisanten gegen die Erschießung des Terroristen Wolfgang Grams bei dessen missglückter Verhaftung in Bad Kleinen am 27. Juni 1993. © picture-alliance/UP/dpa

Von der Theorie zur Gewalt

TERRORISMUS Die Rote Armee Fraktion und ihre geistigen Verbindungslinien zur Protestbewegung von 1968

Am Ende war von der Studentenbewegung explizit zwar keine Rede mehr, wohl aber vom Zeitgeist der 68er: Als die Rote Armee Fraktion (RAF) am 20. April 1998 ihre Auflösung erklärte, schrieben die Linksterroristen, die RAF sei entstanden „als Konsequenz aus den Diskussionen Tausender, die sich in der BRD am Ende der sechziger und den beginnenden siebziger Jahren mit dem bewaffneten Kampf als Weg zur Befreiung auseinandersetzen“ und habe „etwas Neues in die Gesellschaft gebracht: Das Moment des Bruchs mit dem System und das historische Aufblitzen von entschiedener Feindschaft gegen Verhältnisse, in denen Menschen strukturell unterworfen und ausgebeutet werden und die eine Gesellschaft hervorgebracht haben, in der sich die Menschen selbst gegeneinander stellen“.

Geht es um die bedeutendste deutsche Terrorgruppe der Nachkriegszeit, ihr Entstehen und Wirken, ist man thematisch immer dicht bei der 68er-Protestbewegung. Der Linksterrorismus der RAF und anderer Gruppierungen gilt vielen als ihre schlimmste Folge; als Geist, den die studentischen Vorläufer wortreich beschworen hatten und dann nicht mehr einfangen konnten. Tatsächlich scheint die RAF nicht ohne die Studentenbewegung denkbar –

auch wenn ihr Gründungspersonal sich nicht wirklich aus deren Reihen rekrutierte. So studierten zwar Gudrun Ensslin und Thorwald Proll Ende der 1960er Jahre, aber sowohl Andreas Bader als auch Ulrike Meinhof und Horst Mahler kamen nicht aus dem Hochschulmilieu – letztere waren vielmehr als Journalistin und Anwalt längst beruflich etabliert. Zu den führenden Denkern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der damals als Sprachrohr der Protestbewegung galt, gehörte sie nie. Das heißt jedoch nicht, dass man nicht viele Gedanken teilte: Die Protestbewegung war aus einer Gemengelage von Gründen entstanden. Hier sammelte sich der Protest gegen den Krieg der USA in Vietnam, dazu kamen in Deutschland die Auseinandersetzung mit verkümmerten Strukturen an den Hochschulen und das Unbehagen mit der 1966 geschlossenen Großen Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU). Die Verabschiedung der Notstandsverfassung im Mai 1968 führte zu einem Erstarken der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO), die in den Gesetzen für den

Fall innerer Unruhen den Beleg dafür sah, dass das Parlament ohnehin keine wirkliche Bedeutung mehr habe und man in einem repressiven Staat lebe, in dem der Faschismus fortwirkt. Die gefühlte Gegnerschaft zum „System“ war für viele junge Menschen bereits durch den Tod Benno Ohnesorgs belegt: Der Student war am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs erschossen worden – ein Akt, der zu einer deutlichen Radikalisierung der studentischen Protestbewegung geführt hatte. Immer wieder war in den Reihen des SDS seither über die Frage diskutiert worden, ob man in der Auseinandersetzung mit dem als faschistisch und gewalttätig deklarierten Staat nicht auch zu Gewalt greifen sollte – primär angeheizt durch Rudi Dutschke, der nach außen als einer der wichtigsten Sprecher des SDS auftrat. Bereits 1967 sprach Dutschke unter Berufung auf den kubanischen Revolutionär Che Guevara von der Notwendigkeit einer „Stadtguerilla“: „Die ‚Propaganda der Schüsse‘ in der ‚Dritten Welt‘ muss durch die ‚Propaganda der Tat‘ in den Metropolen vervollständigt werden,

welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht.“ Dutschke, der selbst im April 1968 bei einem Attentat schwer verletzt wurde, redete einer Gewalt das Wort, die legitime Gegenwehr zu der des Staates sei. Er sprach von einer „sich steigernden Gegengewalt“ und einer „Eskalationsstrategie“, wenngleich er parallel den individuellen Terror ablehnte und feststellte: „Wir kennen nur einen Terror – das ist der Terror gegen un menschliche Maschinerien. Die Rotationsmaschinerie von Springer in die Luft zu jagen und dabei keine Menschen zu vernichten, das scheint mir eine emanzipierende Tat.“ Während Dutschke und seine studentischen Mitstreiter über Gewalt theoretisierten, schritten die RAF-Gründer zur Tat: Am 2. April 1968 legten Andreas Baader, Grundrind Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein in zwei Frankfurter Kaufhäusern Feuer. In ihrem Gerichtsprozess sagte Ensslin aus, mit den Anschlägen habe die Gruppe gegen „die Gleichgültigkeit protestieren“ wollen, „mit der die Menschen in der Bundesrepublik den Krieg in Vietnam hinnehmen“ würden. Nach ihrem Abtauchen in den

Untergrund nach der Befreiung Andreas Baaders gab die RAF eine Erklärung ab: „Der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch“ und „natürlich kann geschossen werden“. Zwar distanzierte sich der SDS von diesem Terror und es wurde ein großes Entsetzen innerhalb der Studentenbewegung über den Terror immer wieder manifest. Dies setzte sich fort angesichts der Bombenanschläge, die die RAF im Mai 1972 verübte und bei denen vier Menschen getötet wurden, sowie bei den Versuchen der zweiten Generation der RAF, ihre Gründungsmitglieder mittels einer Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm zu befreien. Doch der Bruch mit den einstigen Weggefährten blieb oft halbherzig: So rief Dutschke beim Begräbnis des RAF-Terroristen Holger Meins im November 1974 mit erhobener Faust: „Holger, der Kampf geht weiter.“ Insgesamt kostete der RAF-Terror 34 Menschen das Leben. Auch die Bewegung 2. Juni setzte im Namen des Widerstands gegen den Staat auf Bombenattentate, Banküberfälle und Entführungen. Sie ermordete 1974 den Präsidenten des Berliner Kammergerichts Günter von Drenkmann und erpresste durch die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975 die Freilassung mehrerer Terroristen. Sie löste sich im Juni 1980 auf und erklärte, den Kampf in der RAF fortführen zu wollen. Bis in die 1990er Jahre aktiv blieben die Revolutionären Zellen, die im Gegensatz zu den Terroristen der RAF nicht im Untergrund agierten, sondern sich an der Diskussion innerhalb der Linken beteiligen wollten. Sie lehnten die Tötung von Menschen zwar ab, führten aber Attentate durch, bei denen ihre Opfer schwer verletzt werden sollten. Der Tod des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry 1981 durch die Gruppe wurde von ihr als Unfall dargestellt. Kleine Band- und Sprengstoffanschläge gehen auf das Konto der Tupamaros West-Berlin bzw. Tupamaros. Letztere sind nach Ansicht des Historikers Wolfgang Kraushaar verantwortlich für den Brandanschlag auf ein Münchner Altenheim im Februar 1970, bei dem sieben Menschen starben. Allen linken Terrorgruppen ist eine Bezugnahme auf das Konzept der Stadtguerilla gemein – eine zumindest geistige Verbindungslinie zur Studentenbewegung ist damit deutlich gegeben. *Susanne Kailitz* ||

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Dresden.

Hitzige Geschichtsstunde im Plenarsaal

BUNDESTAG Debatte über Joschka Fischers militante Vergangenheit und die 68er

„Ich war militant, ich hab mit Steinen geworfen, ich war in Prügeleien mit Polizeibeamten verwickelt. Ich wurde geprügel, aber ich habe auch Polizeibeamte geschlagen.“ Solche Worte eines Bundesaußenministers zeugen von der wechselhaften Geschichte der Bundesrepublik. Als Außenminister Joschka Fischer (Grüne) am 17. Januar 2001 in einer Fragestunde und einer aktuellen Stunde des Bundestags mit seiner militanten Vergangenheit in den 1970er Jahren konfrontiert wurde, ging es aber um weit mehr als nur seine Biografie. Verhandelt wurde an diesem Tag auch die Interpretation der 68er-Bewegung und ihr teilweises Abgleiten in die Gewalt. Ausgelöst hatte die Debatte über Fischers Vergangenheit die Veröffentlichung von Fotos, die zeigen, wie Fischer im April 1973 in Frankfurt/Main auf einen Polizisten einschlägt und dieser zu Boden geht. Fischer war in dieser Zeit als Mitglied der linksradikalen Gruppierung „Revolutionärer Kampf“ mehrfach in Auseinandersetzungen mit der Polizei involviert gewesen. „Ich habe damals Unrecht getan und ich habe mich dafür bei allen, die davon betroffen waren, zu entschuldigen“, räumte Fischer ein. „Ich war damals kein Demokrat sondern Revolutionär.“ Später, im Jahr 1977, habe er sich vom Weg der Gewalt abgewendet. Die Anschuldigungen, in Fischers Auto sei die Tatwaffe, mit der der hessische Wirt-

schaftsminister Heinz Herbert Karry im Mai 1981 erschossen worden war, und in Fischers Frankfurter Wohnungsgemeinschaft mit Daniel Cohn-Bendit seinen Waffen für den Terroristen Carlos gelagert worden, waren zwar von den Ermittlungsbehörden entkräftet worden, überlagerten die Debatte trotzdem zusätzlich. Union und FDP erhoben schwere Vorwürfe gegen Fischer, er rechtfertige seine Vergangenheit noch immer. „Ihre Entschuldigungen sind in so manche Koketterie mit Ihrer Biografie eingestreut“, hielt ihm der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt vor. Fischer sei „Täter“ und „nicht Opfer“ gewesen, sagte Wolfgang Bosbach (CDU). „Sie mussten sich nicht gegen eine brutale, repressive Staatsmacht zur Wehr setzen.“

Politischer Irrtum Selbst Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sah sich genötigt, das Wort zu ergreifen und seinem Außenminister demonstrativ den Rücken zu stärken. „Sie wollen nicht urteilen, sondern verdammten“, warf Schröder Union und FDP vor. Ihnen ginge es nicht darum, den von Fischer eingestandenen „politischen Irrtum“ zu kennzeichnen, „sondern seine politische Existenz zu vernichten“. Dass Schröder vom „politischen Irrtum“ sprach, war alles andere als ein Zufall. Der Begriff war nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Politikwissenschaftler Eugen Kogon, selbst von den Nationalsozialisten im

Zwischen Ritual und Widerstand

GESELLSCHAFT Die Gewaltfrage ist in der linken Protestszene bis heute umstritten

Dunkle Rauchschwaden stiegen über der Stadt auf, die Frankfurter Skyline versank im dichten Nebel, als am 18. März 2013 tausende Demonstranten gegen die Eröffnung der neuen EZB-Zentrale in der Bankstadt protestierten. Im Resümee waren sich damals viele einig: Die Lage war vollkommen außer Kontrolle geraten – 150 Polizisten wurden verletzt und 675 Strafverfahren eröffnet. Trotz politischer Ankündigungen zur entschiedenen Aufarbeitung, gingen viereinhalb Jahre später ganz ähnliche Szenen um die Welt: Brennende Barrikaden, besetzte Zufahrtswege, Pflastersteine, die in Richtung der Polizei flogen. Einzig der Ort war ein anderer. Die Hansestadt Hamburg war Austragungsort des G20-Gipfels. Während sich die Polizei und Demonstranten gegenseitig die Rolle des Provokateurs zuschoben, wurde die Politik zum ratlosen Zuschauer. Letztlich entstand ein Schaden in Millionenhöhe. Doch neben den Gewaltexzessen gibt es noch eine andere Parallele: Alle friedlichen Proteste spielten in den Berichten höchstens eine Nebenrolle oder kamen erst gar nicht vor. Die Debatte um solche Vorfälle kennt meist nur schwarz oder weiß; die Begründungen schwanken zwischen sinnentleerem Gewalt und politischem Widerstand. So wurde auch die Aufarbeitung der G20-Proteste oft hysterisch geführt, ist jedoch nach der scharfen Rhetorik während des Bun-

destagswahlkampfes fast wieder komplett versiegt. Doch auch wenn viele Bürger energischen Protest für legitim halten, wird kritisiert, dass sich gemäßigtere Kräfte zu wenig von den Gewalttätern distanzieren. Auch innerhalb der Szene werden der G20-Gipfel und seine Auswirkungen kontrovers diskutiert. Freilich wird Gewalt als legitimes Mittel von politischem Protest an sich nicht in Frage gestellt, sehr wohl aber die Form, die sie während des Gipfels annahm. Die linke Subkultur bewegt sich heute irgendwo zwischen Rebellion, Solidarität und Protest. Einig sind sich die Aktivisten im Kampf gegen Kapitalismus, Castor-Transporte und Neonazis. Letztlich aber läuft es allzu oft auf eine Konfrontation zwischen den Demonstranten und der Polizei hinaus. Lange Zeit zeichnete sich die linke Szene durch ihr Monopol auf kreative Protestformen aus. Gestritten wurde jedoch auch immer schon über die Frage, ob eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse überhaupt gewaltfrei zu erreichen sei. An diesem Streitpunkt hat sich seit den Tagen der 68er-Bewegung wenig geändert. Im studentischen Milieu gehört der begrenzte Rechtsbruch bis heute zum festen Repertoire. Der Protest aber habe sich in den letzten Jahrhunderten in verschiedene Richtungen entwickelt, sagt der Protestforscher Peter Ullrich. Dazu gehöre auch die Entradikalisierung linker Strömungen, die

zwar noch linke Werte aufrechterhalten, aber der Konfrontation eine Absage erteilen würden. In Hamburg etwa hätten sich viele Schaulustige an den Krawallen beteiligt. „Es wäre deshalb völlig falsch“, so Ullrich, „das alles der organisierten politischen Linken zuzurechnen.“ Ein Beispiel dafür, dass linker Protest auch ohne diese ritualisierte Gewalt auskommt, sind zuletzt die Strafenfeste rund um den 1. Mai in Berlin geworden. Besonders in den 1990er Jahren galten die Aktionen zum „Tag der Arbeit“ im Bezirk Kreuzberg als Krawall-Tage. Seit 2003 allerdings versucht die Polizei den Ausschreitungen dadurch entgegenzuwirken, indem sie alternative Veranstaltungen fördert und auf die Vernunft der Zivilgesellschaft setzt – offensichtlich ein Konzept mit Erfolg. Die Intensität der Gewalt hat seit dem deutlich abgenommen. Die Zahl von 32 verletzten Polizeibeamten im vergangenen Jahr ist laut Behörde der niedrigste Stand seit dem Beginn der Krawalle 1987. *Tom Waurig* ||

Der Autor ist Chefredakteur des Magazins „Couragiert“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

In öffentlichen Diskussionen über Erziehung werden „die 68er“ bis heute für Ordnungsverlust und Disziplinlosigkeit verantwortlich gemacht. Ihre radikale Auflehnung gegen jede Form von Autorität hätte nicht nur den Tugendkatalog der noch jungen Bundesrepublik erschüttert, sondern auch auf lange Sicht die Fundamente der pädagogischen Kultur untergraben. Tatsächlich kritisierten die Protagonisten der antiautoritären Bewegung die für Erziehung und Bildung zuständigen Institutionen als repressive, autonomiefindliche Anpassungsagenturen des kapitalistischen Systems.

Die Schärfe im Ton der intellektuellen Avantgarde der 68er-Generation entsprang ihrer gemeinsamen Erfahrungslage. In den 1940er Jahren geboren, erlebte man den Wiederaufbau in ökonomisch bereits so stabilisierten Verhältnissen, dass nach der Schulzeit sogar ein Studium mit beruflicher Aufstiegsperspektive möglich war. Die an den Universitäten in Gang gekommene Debatte um die Ordinariatsuniversität weckte bei hochschulpolitisch interessierten Gruppen die Bereitschaft zur Kritik an der autokratischen Selbstherrlichkeit der Professorenschaft. Zu einer breitwirksamen Politisierung der Studierenden kam es aber erst, als der Student Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 am Rand einer Demonstration durch eine Polizeikugel starb. Der nunmehr öffentliche Protest richtete sich sowohl gegen den Staat und seine Behörden als auch gegen die tendenziöse Medienberichterstattung. Der Vorwurf, auf dem rechten Auge blind zu sein, wurde durch die Tatsache bekräftigt, dass der 1966 von der Großen Koalition ins Amt gewählte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger als junger Mann NSDAP-Mitglied war.

Gegen die bürgerliche Kleinfamilie Voller Misstrauen gegen das, was der Philosoph Theodor W. Adorno als das „Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie“ bezeichnete, suchte man nach wissenschaftlichen Erklärungen dafür. Man fand sie in den 30 Jahre alten „Studien über Autorität und Familie“ des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Darin war zu lesen, dass die im kapitalistischen System erfahrenen Abhängigkeiten auch das häusliche Familienleben bestimmen – und zwar nicht nur über die ökonomische und soziale Statuslage, sondern über sozialpsychologische und psychodynamische Wirkmechanismen.

So würden die Männer die strukturelle Bedeutungslosigkeit, die sie als Person am Arbeitsplatz erleben, im patriarchalen Rahmen der bürgerlichen Kleinfamilie in ihren Rollen als Gatte und Vater durch autoritäres Machtgehabe kompensieren. Kinder, die früh die Willkür und Strenge ihrer Väter zu fürchten gelernt haben, so die These, würden im Erwachsenenleben bereitwillig nach oben buckeln und nach unten treten. Diese autoritäre Charakterstruktur wiederum sei für Persönlichkeiten im organisierten Kapitalismus typisch.

Dieser Erklärungsansatz passte nicht nur gut zur aufkommenden Imperialismus- und USA-Kritik. Mit ihm ließ sich darüber hinaus nunmehr die eigene Kindheitsgeschichte vergleichsweise leicht rekonstruieren. Die Familie war in ihren Grundstrukturen unverändert patriarchal geblieben und die tradierte geschlechterspezifische Arbeitsteilung sorgte dafür, dass das Autoritätsmonopol ungebrochen in den Händen des Vaters lag. Er hatte die Kinder zu disziplinieren und sie zu Fleiß, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Ordnung anzuhalten.

Kollektiv für Kinder

ERZIEHUNG Der Nachwuchs der 68er sollte die Revolution leben und erleben



Kunstunterricht im Jahr 1974: Freies Gestalten nach antiautoritärer Methode mit Grundschulern

© picture-alliance/akg-images

In einer konsumfreundlicher werdenden Gesellschaft jedoch wirkten solche Tugendforderungen zunehmend phrasenhaft und der eingeforderte Lustverzicht erschien spießig. Wenn jedoch davon auszugehen war, dass solche repressiven, in der Kindheit gemachten Erfahrungen, charakterbestimmend im Erwachsenenleben nachwirken, dann mussten die 68er auch anneh-

men, dass sie selbst nicht frei von autoritären Fixierungen waren. Um zu vermeiden, dass die damit verbundenen Machtbestrebungen und Gehorsamsbereitschaften erneut an die nächste Generation weitergegeben werden, wurden Vorkehrungen getroffen. Die eigenen Kinder sollten schließlich lernen, nicht nur die Widersprüche des Kapitalismus auszuhalten, sondern auch, sie

revolutionär aufzuheben. Das pädagogische Präventions- und Vorbereitungsprogramm dafür hieß „antiautoritäre Erziehung“.

Wohnkommune und Kinderladen Damit war die Kampflinie sowohl gegen die Kleinfamilie als auch gegen alle, auf Systemanpassung zielenden bürgerlichen Er-

ziehungs- und Bildungseinrichtungen definiert. Das autoritätsgestützte Vater-Mutter-Kind-System sollte ersetzt werden durch die Wohnkommune. Diese wurde als Solidargemeinschaft von Erwachsenen vorgestellt, die ihr Privateigentum teilen und nicht mehr der ehelich gebundenen Tyrannei von Monogamie und Fortpflanzung unterliegen. Kinder gehören zum Gesamt-

kollektiv. In ihm darf keinerlei Zwang von den Älteren auf die Jüngeren ausgehen – und außerhalb der Wohnkommune sollten Kinderläden die bis dahin als Bewahranstalten betriebenen Kindergärten ersetzen. Im „Kinderkollektiv“ galt als Regel, dass alle Fragen, die das gemeinsame Miteinander betreffen, selbstbestimmt thematisiert, beraten, reflektiert und ohne Mitwirkung von Erwachsenen entschieden werden.

Ein kontinuierlicher Arbeitskreis, das „Elternkollektiv“, sollte den Erziehungsberechtigten zudem Gelegenheit geben, sich über ihre pädagogischen Tätigkeiten praxisbezogen und theoriegeleitet auszutauschen. Im Vertrauen auf die Selbstregulations- und Aushandlungsfähigkeiten der Kinder wurde die pädagogische Beziehung als herrschaftsfreies Verhältnis definiert. Sogar die bis dahin tabuisierte kindliche Sexualität wurde bejaht, wobei man sich zu der folgenschweren Ansicht verstieg, die Sexualerziehung diene der aktiven Förderung lustvoller sexueller Praktiken.

Alternativschulen und Schülerläden Anders als bei der privaten Gründung von Kinderläden im Wohnviertel hatten es die „Antiautoritären“ bei der Einflussnahme auf das staatliche Regelschulsystem deutlich schwerer. Mit dem Ziel, die autoritäre Praxis der überkommenen Pauschule zu durchbrechen, entstanden quer durch die Bundesrepublik Elterninitiativen zur Gründung alternativer „Kinderschulen“. Auch die ersten selbstverwalteten so genannten Schülerläden wurden gegründet, um verlässliche außerschulische Nachmittagsangebote gewährleisten zu können.

Die scharfen gesellschafts- und autoritätskritischen Töne wurden dabei erkennbar moderater, so dass sich die pädagogischen Ziele und Methoden der neuen „Alternativschulen“ mit den breiter gefassten bildungstheoretischen Vorstellungen der Bildungsreformer durchaus deckten. Es ging um Emanzipation, Mündigkeit, Selbstregulation und Subjektautonomie, um Binnendifferenzierung, Projektarbeit, Partizipation und Soziales Lernen. Lediglich bei der Beurteilung der pädagogischen Bedeutung von Autorität lag man weit auseinander.

Im Fahrwasser dieser Entwicklungen geriet auch das bis dahin vorherrschende ordnungspolitische Selbstverständnis im Bereich der Jugendarbeit unter Druck. Hier waren es vor allem ältere Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende, die kritisierten, dass die für sie maßgeblichen Sozialisationsinstanzen – Familie, Schule und Ausbildungsbetrieb – ausschließlich Anpassungsdruck ausübten. Nirgendwo gäbe es Freiräume, um eigene jugendtypische Bedürfnisse auszuleben. Das Bestreben, aus dem Lichtkegel der Kontrollsysteme der Erwachsenengesellschaft herauszutreten, gipfelte in der jugendpolitischen Forderung nach der Einrichtung von selbstverwalteten Jugendzentren mit eigenen Räumen zur kreativen Selbstverwirklichung und zur politischen Meinungsbildung.

Was in der Rückschau an der antiautoritären Erziehungsbewegung zugleich fasziniert und irritiert, ist die Konsequenz der Kritik an pädagogischen Bedingungen, die der Entwicklung von Autonomie und Handlungsfähigkeit entgegenstehen. Gleichwohl bleibt die nüchterne Erkenntnis, dass die radikale Ablehnung von Autorität in Familie, Kindergarten, Schule, Hort und Jugendfreizeitheim ein durch die Generationslage mitbedingtes, aber dennoch fatales Missverständnis war.

Hermann Veith II

Der Autor ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Göttingen.

Liebe in Zeiten aufgeheizter Politik

SEXUELLE REVOLUTION Die 68er versprachen eine neue Freiheit für Frauen. Eingelöst ist dies bis heute nicht

Vier Männer, drei Frauen und ein kleiner Junge, allesamt nackt, stehen mit dem Rücken zum Betrachter an einer weißen Wand. Mit ihren Händen stützen sie sich ab, die Beine sind gespreizt, als stünden hinter der Kamera Polizisten, die sie filzen wollen. Nur der kleine Junge rechts im Bild dreht Oberkörper, Kopf und Blick dem Betrachter zu, als wolle er sagen, was die Erwachsenen mit ihren nackten Hintern deutlich zu verstehen geben: „Ihr könnt uns alle mal...“ Seit mehr als 50 Jahren steht dieses Bild für die vermeintliche Freizügigkeit der Kommune 1 in Berlin, das Gegenmodell zur bürgerlichen Kleinfamilie, und die sexuelle Revolution der 68er.

Das Foto vom Juni 1967 von Thomas Hesterberg ist ein Stück deutscher Zeitgeschichte, eine Ikone. Es steht für die Proteste einer Generation, die sich Ende der 60er im Kampf gegen die eigenen Eltern und eine als verklemt empfundene Gesellschaft aufrieb. Und es steht für eine Haltung, in der das Private immer auch politisch sein sollte. Sprüche wie „Euch die Macht – uns die Nacht“ oder „Wer zweimal mit derselben pennst, gehört schon zum Establish-

ment“ standen nicht mehr an den Toiletentüren, die in der Kommune ausgehängt wurden, sondern an Hauswänden.

Dem Postulat der freien Liebe ging zunächst allerdings ein scheinbar unpolitisches Ereignis voraus. 1960 war in den USA die erste Antibaby-Pille auf den Markt gekommen, 1961 brachte Schering „Anovlar“ in den Handel, die erste deutsche Pille, wie das Mittel zur Empfängnisverhütung schon bald nur noch heißen sollte. „Wir können heute schon mit Gewissheit sagen, daß an diesem Tag ein gewaltiger Schritt vorwärts getan wurde zur Lösung eines der brennendsten Probleme, das sich im Zusammenleben von Frau und Mann ergibt: das Problem der Geburtenregelung und darüber hinaus der Familienplanung“, hieß es im Magazin „Stern“ euphorisch. Vor allem die horrende Zahl von Abtreibungen – von 750.000 bis 1,5 Millionen im Jahr reichten die Schätzungen – sollte mit der Pille eingedämmt werden. Dass durch die Pille die Promiskuität, die sexuelle Freizügigkeit der Jugend gefördert wird, das wurde vom „Stern“ noch als Gefahr bezeichnet.

Interesse an Sex Denn nichts interessierte die Jugend damals mehr als Sex, der allein mit Verboten belegt war. „Den Aufmerksamern unter den Jugendlichen war nicht entgangen, daß bei den Erwachsenen die starken Ängste vor dem Sexuellen deutlich



Angehörige der 1966 gegründeten Kommune 1 in West-Berlin simulieren im Sommer 1967 eine polizeiliche Durchsuchungsaktion.

© Thomas Hesterberg/Süddeutsche Zeitung Photo

etwas zu tun hatten mit ihrem politischen Verhalten in der Hitlerzeit... daß der vermeintliche Faschismus der Eltern in irgendeiner Verbindung stand mit ihrer zwanghaften Verheimlichung des Sexuellen“, schrieb der deutsche Kulturtheoretiker Klaus Theweleit 1996 anlässlich 35 Jahren Pille.

Die 68er zählten zu den Aufmerksamern. Fünf Jahre nach Einführung der Pille verbreitete eine Münchner Jurastudentin in

der Studentenzeitung eine Liste mit Ärzten, die die Pille verschrieben, ohne unnötige Fragen zu stellen. Das machte an vielen Universitäten Schule. 1968 sahen binnen vier Monaten fünf Millionen Menschen im Kino „Das Wunder der Liebe“ von Oswalt Kolle, der als „Sexualpapst“ gefeiert wurde. Vor allem Frauen eröffnete sich auf einmal eine andere Zukunft als Kinder, Küche, Kirche. Im „Stern“ bekannten 374 Frauen im Juni 1971: „Ich habe abgetrieben.“ „Mein

Bauch gehört mir“ war ihre Parole, ihr Ziel die Abschaffung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches. Es gibt ihn zwar heute noch, aber ein Schwangerschaftsabbruch ist nicht mehr per se strafbar. Bis 1977 sollte es noch dauern, dass Frauen ohne Erlaubnis ihres Ehemannes arbeiten gehen durften. Erst dann hieß es im Bürgerlichen Gesetzbuch: „Beide Ehegatten sind berechtigt, erwerbstätig zu sein.“

Dass Frauen 50 Jahre nach ihrem Aufbegehren noch nicht völlig gleichberechtigt sind, war 1968 nicht vorgesehen. Aber das Begehren hat nie aufgehört. 2008 entstand zunächst in der Ukraine die Bewegung „Femen“. Femen-Frauen treten europaweit statt mit blanken Hintern mit blanken Brüsten für Frauenrechte ein. Zuletzt 2015 in Berlin: Anlässlich des „Marschs für das Leben“ für eine Verschärfung des Paragraphen 218, organisiert vom Bundesverband Lebensrecht, ließen Femen-Aktivistinnen einen Banner vom Balkon des Berliner Doms herab mit der Aufschrift „Thank god I can abort“, zu deutsch: „Gott sei dank kann ich abtreiben“.

Soziale Medien als Motor Nicht immer stoßen solch provokante Methoden auf Zustimmung. Auch unter Frauen nicht. Am ehesten lassen sich heute Mehrheiten in den Sozialen Medien finden. Unter dem Hashtag #aufschrei kamen innerhalb weniger Tage im Januar 2013 mehr als 57.000

Twitter-Nachrichten zusammen über Übergriffe, denen Frauen sich in ihrem Alltag ausgesetzt sehen und die sie als sexistisch empfinden. Gemeinsam mit einem zur gleichen Zeit wiederum im „Stern“ erschienenen Artikel über eine als übergreifig beschriebene Begegnung der Journalistin Laura Himmelreich mit dem FDP-Politiker Rainer Brüderle lösten die Tweets in der Öffentlichkeit eine nie zuvor dagewesene Debatte über Sexismus aus.

Ob sie 50 Jahre nach der sexuellen Revolution zur Gleichheit der Geschlechter führt, ist offen. Die US-amerikanische Feministin und Kulturhistorikerin Camille Paglia schrieb 1990: „Die Feministinnen, die sich bemühen, der Sexualität Gewaltverhältnisse auszutreiben, wenden sich gegen die Natur. In der westlichen Kultur gibt es keine Beziehungen ohne Ausbeutung.“ Aber die Beziehungen stehen heute unter anderen Vorzeichen. „Wir haben jetzt schöne neue Diskurse, nagelneu, ... die die Konstruktionen der Geschlechtlichkeit selbst in Frage stellen“, schrieb Theweleit 1996. Er sollte Recht behalten: Anfang November 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht, künftig solle es neben „männlich“ und „weiblich“ eine dritte Geschlechtsangabe geben. Die Geschlechter hat 1968 niemand in Frage gestellt, auch die Kommune 1 nicht.

Petra Weizel II

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Proteste gegen den Protest

REAKTIONEN Von Standesinteressen, »alternativen« 68ern und kulturellen Konterrevolutionären

Der protestantische Theologe und Kirchenhistoriker Walter Elliger hatte schon manchen Strauß ausgetragen. Als junger Hochschullehrer hatte er die „antichristliche Polemik“ der Nationalsozialisten gegeißelt, als Professor an der Ostberliner Humboldt-Universität sich mit der SED angelegt. Schließlich wechselte Elliger 1963 an die neugegründete Universität Bochum. Doch ob das eine kluge Entscheidung war, daran begann er im Laufe der Zeit zu zweifeln. „Was ich in den letzten beiden Jahren hier erlebt habe, stellt die in der DDR gemachten Erfahrungen weit in den Schatten“, schrieb er 1970 verbittert über die Umtriebe rebellischer Studenten, „und lässt mich heute fast bereuen, dem Ruf an die Ruhr-Universität gefolgt zu sein.“

»**Liberaler Scheißer**« Welch einen Schock die Revolte jenen zufügte, gegen die sie sich richtete, auch Professoren, die sich selber als »liberal« verstanden, hat unlängst ein damals Betroffener geschildert, der heute 92-jährige Germanist und Göttinger Emeritus Albrecht Schöne: „Ich galt wohl als einer der »liberalen Scheißer«, die in den Augen der studentischen Wortführer »sogar besonders verhasst waren«. In traumatischer Erinnerung hat Schöne den 13. Mai 1969, als er die zum Hörsaal umgebaute Paulinerkirche betrat und das Podium von 20 Protestlern gekapert fand, die ihn wüst beschimpften. Bis heute fragt sich Schöne, ob er sich nicht einfach zum Mikrofon hätte durchboxen sollen, statt wortlos das Feld zu räumen.“

Mehrere seiner Vorlesungen seien damals gesprengt worden, in einem Fall hätten Störer ihm auch das Manuskript entrisen. Vorlesungen seien nichts weiter als der „zeremonielle Ausdruck des Privatbesitzes an wissenschaftlichen Produktionsmitteln“, hieß es in einem Flugblatt. „Ich habe dann acht Jahre lang keine Vorlesungen mehr angeboten.“ In einem anderen Pamphlet wurde dazu aufgerufen, die „Weiber“ und Töchter der Professoren zu „vögeln“. Schönes Mülltonne wurde durchwühlt, eine Inventarliste des Inhalts veröffentlicht. „Aggression und ungeheuerliche Brutalität“, das sind in Schönes Erinnerung die prägenden Merkmale der damaligen Zeit. Es blieb nicht aus, dass sich Widerstand formierte. Bereits 1968 machten Professoren von über 30 Universitäten im „Marburger Manifest“ Front gegen die „Demokratisierungsbestrebungen der Hochschulen“. Im November 1970 trafen sich in Bad Godesberg rund 1.500 Vertreter von Forschung und Lehre, Wirtschaft und Politik, um den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ aus der Taufe zu heben. Im Gründungsmanifest hatten sie sich dem Anliegen verschrieben, „den Gesinnungsterror fanatisierter Gruppen an den Hochschulen“ abzuwehren.

Zu den Initiatoren zählten unionsnahe Gelehrte wie der Politikwissenschaftler Hans Maier und der Historiker Konrad Repgen, aber auch konservative Sozialdemokraten wie der Philosoph Hermann Lübbe und der Politologe Richard Löwenthal. Löwenthal hatte einst in der Weimarer Republik selber als kommunistischer Studentenfunktionär agitiert. Jetzt galt sei-



Ein sogenanntes Teach-in an der Universität in Frankfurt am Main im Juni 1969. Die teils rabiaten Aktionen der Protestler setzten an den Universitäten auch gegenläufige Kräfte frei. So gründete sich 1970 etwa der „Bund Freiheit der Wissenschaft“.

ne Sorge dem Einfluss „freiheitsfeindlicher Extremisten“ und „undurchdachten Hochschulgesetzen“, die „diesen Extremisten Macht gaben“. Die von sozialliberalen Bildungspolitikern betriebene Umgestaltung der Universitäten, fürchtete Löwenthal, werde nicht „Anhängern konstruktiver Reform“ zugutekommen, sondern den „Kommunisten verschiedener Richtungen“.

Der Bad Godesberger Kongress verabschiedete eine Resolution gegen die „dilettantischen Bestimmungen in einer Reihe von Hochschulgesetzen, die Nichtwissenschaftlern zunehmenden Einfluss“ gewährten. Darum ging es im Kern – die Verteidigung der Ordinariatsuniversität gegen das Modell der Drittelparität, in dem auch Assistenten und Studenten über Mitbestimmungsrechte verfügten. Der Theologe Elliger etwa mochte keinen Gewinn darin sehen, sich „durch einen wilden Papierkrieg und nutzlose Marathonsitzungen zermürben und von meiner wissenschaftlichen Arbeit abhalten zu lassen“.

Gemäßigte Reformer Dass es an den Universitäten und in der Gesellschaft der damaligen Bundesrepublik nichts zu reformieren gab, wäre Wulf Schönbohm, dem Bundesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) von 1967 bis 1968, nicht in den Sinn gekom-

men. Mit Grausen erinnerte er sich Jahrzehnte später daran, wie ihn die Berliner Zimmerwirtin seiner Freundin jeden Abend spätestens um 22 Uhr an die Luft setzte, weil sie sich vor dem „Kuppeliparagraphen“ ängstigte, sollte er über Nacht bleiben. Doch er mochte nicht einsehen, dass es, um den gesellschaftlichen Muff und Mief zu durchlüften, des Umsturzes der politischen Ordnung bedurfte, der Beiseitigung von Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaat. Schönbohm veröffentlichte 1969 ein Buch über „Die Thesen der APO – Argumente gegen die radikale Linke“ und stritt auf etlichen Podien mit Rudi Dutschke, der für ihn im Übrigen „der einzige mir sympathische Linke war“.

Von ihren akademischen Lehrern unterschieden sich Schönbohm und seine Mitstreiter darin, dass sie derselben Generation angehörten wie die Revoluzzer und sich wie diese über den gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Veränderungsbedarf einig waren, allein den Sozialismus-Rezepten nichts abgewinnen konnten. Die „alternativen 68er“ nannten sie sich, als in späterer Zeit die Republik mit jedem runden Jahrzehnt nach 1968 in Gedenseligkeit schwelgte. Leicht hatten es diese „Alternativen“ damals nicht. Als im Mai 1965 die Studenten des Otto-Suhr-Instituts den ersten Vorlesungsstreik in der Geschichte der Berliner FU be-

schlossen, meldete sich Schönbohm mit Zweifeln an der Sinnhaftigkeit zu Wort: Studenten seien keine Arbeitnehmer. Wenn sie den Vorlesungen fernblieben, schadeten sie nur sich selbst: „So begann meine Karriere als Faschist.“

Auch der spätere Politikwissenschaftler Gerd Langguth, einer der Nachfolger Schönbohms im RCDS-Vorsitz, musste erfahren, „dass es nicht immer einfach ist, in einer emotional aufgeheizten Situation zu einer Minderheit zu gehören, zumal ja damals alle Anhänger der politischen Ordnung der Bundesrepublik unter einen Faschismusverdacht gestellt worden waren“. Langguth hatte sich mit 22 „gegen den allgemeinen Mainstream“ für das christdemokratische Lager entschieden, weil es ihn empörte, „wie linke Ideologen gerade auch liberale Professoren an ihren Vorlesungen hindern wollten“.

Konterrevolution Weder um die Verteidigung professoraler Standesinteressen noch um einen Reformismus christdemokratischer Prägung ging es in erster Linie der dritten Variante des Protests gegen den Protest, deren Wortführer vielmehr eine kulturelle Konterrevolution im Sinn hatten. Der namhafteste unter ihnen war der Sozialphilosoph Günter Rohrmoser, nach dessen Überzeugung die „Kulturrevolution“ der 68er „tiefer in das Selbstverständnis der Deutschen eingegriffen“ habe, „als es vermutlich der nationalsozialistischen Kulturrevolution gelungen ist“. Unter dem Titel „Das Elend der Frankfurter Schule“ hatte Rohrmoser 1970 eine Abrechnung veröffentlicht mit den intellektuellen Mentoren der Bewegung. Diese habe das, was noch „an überkommener bürgerlicher Kultur selbst vom Nationalsozialismus übriggelassen worden war, (...) diesen durch Tradition verbürgten Kulturbestand vernichtet“. Rettung war nach seiner Ansicht nur von einer „geistig-moralischen Wende“ zu erhoffen, die mit der Hinterlassenschaft der 68er rabiat aufräumen sollte. Dass eine so verstandene „Wende“ nach dem Regierungswechsel von 1982 ausblieb, hat Rohrmoser der CDU und dem Kanzler Helmut Kohl nie verziehen. Er wurde dann 1979 zum Inspirator des von Baden-Württembergs Ex-Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründeten „Studienzentrums Weikersheim“, das sich „die geistige Auseinandersetzung mit der Kulturrevolution von 1968“ auf die Fahne schrieb, und zwar „im Sinn eines freiheitlichen, christlich fundierten Konservatismus“.

Mit den Veteranen der Revolte teilte die Rohrmoser-Schule freilich eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit, nämlich die Überzeugung, dass die 68er die Gesellschaft nachhaltig verändert hätten. Erst sie hätten die Bundesrepublik „zivilisiert“ und zu einem „normalen Staat“ werden lassen, meinte die spätere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne), während der Historiker Gerd Koenen ihnen nicht weniger als die „soziokulturelle Neugründung“ der Republik aufs Konto buchte. Dagegen hielt etwa Gerd Langguth die 68er mit solchen Zuschreibungen für weit überschätzt und wies darauf hin, dass die gesellschaftliche Modernisierung unabhängig von und lange vor ihnen eingesetzt hatte.

Winfried Dolderer II

»Die Union merkte gar nicht, dass sie den Anschluss verpasste«

KONSERVATIVE PARTEIEN Der Historiker Daniel Schmidt über die Reaktion von CDU und CSU auf die Herausforderungen durch die 68er

Die 68er revoltierten gegen die Zustände eines maßgeblich von der Union geprägten Landes. Wie reagierte die Union darauf?

Zunächst eher milde lächelnd. Die Union war selbstbewusst, aber auch selbstzufrieden. In den frühen 1960ern konnte sie eigentlich vor Kraft kaum laufen, ging sie doch mit einer absoluten Mehrheit in das Jahrzehnt. Sie merkte gar nicht, dass sie den Anschluss an den sich wandelnden Zeitgeist verpasste und zunehmend unter Druck geriet. Die Union hatte einerseits hausgemachte Probleme, indem sie ihre Kräfte in einem schmerzvollen Emanzipationsprozess von Adenauer verschliss. Andererseits war sie durch soziale und politische Wandlungsprozesse grundsätzlich herausgefordert. Dazu zählte eine sich am Horizont abzeichnende Rezession, aber natürlich auch die zunehmende Politisierung der jungen Generation. Die Union musste 1969 in die Opposition und konnte auch bei der Bundestagswahl 1972 nicht überzeugen. Es mehrten sich die Rufe nach einer Erneuerung.

Wer waren die maßgeblichen Reformer?

Die Modernisierung war das explizite Ziel einer sehr heterogenen Richtung innerhalb

von Partei und Parteiführung. Die für die CDU vollkommen ungewohnte Oppositionsrolle nach den Wahlniederlagen wurde als große Katastrophe empfunden. Diese historische Situation hat die CDU in die Lage versetzt, grundsätzlich über sich nachzudenken. Für eine Erneuerung standen etwa ein Teil der Jungen Union ein, die sogenannten Alternativen-68er und die Sozialausschüsse, also der Arbeitnehmerflügel, der beispielsweise durch Norbert Blüm verkörpert wurde. Es gab aber auch wirtschaftsnahe Protestanten wie Walther Leisler Kiep oder Richard von Weizsäcker. Die waren alle durchaus bereit, einige Jahre in der Opposition zu verbringen, um der Partei ein neues programmatisches Profil zu verleihen. Dabei waren die Erneuerer der Auffassung, dass ein prononcierter konservativer Kurs den Zusammenhalt der Union gefährden und nicht zum politischen Erfolg führen würde. Dieser sollte vielmehr in der Mitte gesucht werden. Wir sollten aber nicht den zentralen Akteur vergessen: Helmut Kohl, der ab 1973 den Parteivorsitz der CDU übernahm.

Wie stand Kohl zu den Reformbestrebungen?

Kohl pflegte zwar das Image des jugendlichen Reformers, war aber alles andere als

ein blauäugiger Idealist, sondern ein pragmatischer und nüchterner Machtpolitiker. Er setzte darauf, dass eine realistische Perspektive auf einen Machtwechsel innerparteiliche Differenzen überbrücken würde. Kohl hatte aber den Mut, auf neue Leute zu setzen, etwa auf Kurt Biedenkopf, den er als Generalsekretär einsetzte. Biedenkopf baute die Bundesgeschäftsstelle der CDU zu einer sehr modernen Einrichtung aus – und da kamen dann die CDU-eigenen 68er ins Spiel.

Wer waren diese 68er?

Das waren Personen wie Peter Radunski, Horst Teltschik oder Wulf Schönbohm. Die kamen aus dem Berliner Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und hatten am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität studiert. Sie sind also im Brennpunkt der 68er Bewegung politisch sozialisiert worden. Das waren eigentlich die ersten in der CDU, die das wirklich ernst genommen haben und sich mit dem neuen politischen Stil, mit den Argumenten und der subversiven Praxis der Neuen Linken inhaltlich auseinandersetzen wollten. Aus ihrer Sicht war diese Bewegung kein Zufall, sondern spiegelte einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel wider, der dazu führte, dass die Zustimmung zu

den politischen Angeboten der Union rasant abnahm. Sie sorgten sich um das künftige Wählerpotenzial der Union.

Gab es ein Zugehen auf die 68er?

Diese Alternativen-68er wollten die CDU nicht unbedingt nach links verschieben. Es gab zwar aus heutiger Sicht obskur wirkende Entwicklungen, etwa eine Kinderlabenbewegung innerhalb des RCDS in Berlin, aber dazu gehörten die wirkmächtigen RCDSler nicht. Das waren nüchterne Analysten. Sie gingen davon aus, dass man einerseits Kritikpunkte ernst nehmen sollte, beispielsweise was Demokratie und Partizipationsmöglichkeiten anging. Andererseits stellten sie auch fest, dass sich die politische Praxis der Union ändern musste. Es ging ihnen also nicht nur um inhaltliche Reformen, sondern auch um organisatorische Effizienz und eine erhöhte Kommunikationsfähigkeit gegenüber neuen Zielgruppen. Peter Radunski wurde in den 1970ern und 1980ern so zum Fachmann der CDU für Organisation und Kommunikation und führte viele erfolgreiche Wahlkämpfe, während zum Beispiel Schönbohm als Programmfachmann galt. Diese Herren hätten aber nicht so viel bewegen können, wären sie nicht von Kohl und Biedenkopf protegiert wor-

den, die ihnen zugestanden, ihre Ideen zu realisieren.

Und die gescholtenen Konservativen in der Union haben das mitgemacht?

Die fanden das alles andere als lustig. Anpassungs- und Veränderungsbereitschaft waren in der Union begrenzt. Das war vor allem bei der CSU der Fall. Die Christsozialen hatten nämlich komplett gegensätzliche Erfahrung gemacht. Die CSU hatte durch massive konservative Zuspitzung und einen sehr nationalen Kurs in den frühen 1970ern sehr gute Wahlergebnisse erzielt. Das galt auch für die hessische CDU unter Alfred Dregger. Dementsprechend sah Dregger auch keinen Anlass dazu, von dem Konfrontationskurs abzusehen. Vielmehr sah er eben in einer scharfen polarisierenden Konfrontation mit dem politischen Gegner die Chance, auf Bundesebene die absolute Mehrheit zu gewinnen. Die CDU sollte eben nicht mittelfristig die FDP durch programmatische Zugeständnisse als Koalitionspartner zurückgewinnen, sondern zu einer klaren Alternative für nationalliberal orientierte Menschen werden.

Also eine Mobilisierung der »schwiegenden Mehrheit« gegen die 68er?

Im Prinzip ja. In diesem Zusammenhang

wurde auch der Plan einer „Vierten Partei“ ventiliert, die als eine Art Sammlungsbewegung rechts von der Union fungieren sollte, um sowohl nationalliberale FDP-Wähler als auch Wähler der NPD zu binden und der Union dann wiederum eine Mehrheitsoption im Bund zu sichern. Vor allem die CSU hat damals damit geflirtet als eine Art Ausweitung der CSU auf Bundesebene. Das wurde letztlich nicht realisiert, war aber ein Gedankenexperiment, das Mitte der 1970er Strahlkraft entfaltete. Kohl fand das alles völlig albern, weil er mit den Leuten, die sich in einer solchen „Vierten Partei“ gesammelt hätten, eigentlich nichts zu tun haben wollte..

Das Gespräch führte Sören Christian Reimer. II

Daniel Schmidt ist Historiker am Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen und hat unter anderem zur Geschichte der CDU in den 1960er und 1970er Jahren publiziert.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Aufgebrachte Tschechen und Slowaken umringen im August 1968 einen sowjetischen Panzer in der Innenstadt von Prag.

© picture-alliance/dpa

Dubcek statt Dutschke

PRAGER FRÜHLING Reformen beim Nachbarn weckten 1968 in der DDR Hoffnungen auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«

Für Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees der SED muss das Jahr 1968 ein Jahr des doppelten Staunens gewesen sein: Auf dem Ku'damm protestierte die Westjugend gegen Vietnamkrieg und Springer-Presse. Und im benachbarten Bruderland der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) sprachen derweil hohe Funktionäre der Schwesterpartei von einem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« und fanden damit Anklang in der Bevölkerung ganz ohne die sonst üblichen erzieherischen Mittel von Zwang und Bevormundung.

Wie aber war es möglich, dass unter den Bedingungen des Kalten Krieges im eisen geführten und sowjetisch dominierten Ostblock ein Satellit wie die CSSR vom vorbestimmten Kurs abwich und in einer kommunistischen Partei der Wunsch nach Lockerung, Liberalisierung und Demokratisierung laut wurde? Vorausgegangen war den Prager Ereignissen 1968 ein Tauziehen zwischen Dogmatikern und Wirtschaftsreformern in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC). Reformen um den Wirtschaftswissenschaftler Ota Sik entwickelten seit Anfang der 1960er Jahre Ideen, um der wirtschaftlichen Stagnation zu begegnen, die das Land auch im RGW-Mafstab abzuhängen drohte. Offen diskutiert wurde zum Beispiel über die Zulassung von mehr Wettbewerb und die Bildung unabhängiger Gewerkschaften, über Joint Ventures mit westlichen Unternehmen und das Ende der staatlichen Preisbildung. Dogmatiker mit Absolutheitsanspruch vom Primat der Partei witterten bei solchen Gedanken bereits die Konterrevolution. Und dennoch konnte sich der Reformflügel der KSC zum Jahreswechsel 1967/68 mit der Wahl Alexander Dubceks durchsetzen und sich des Rückhalts in zwei gesellschaftlichen Lagern stützen. Zum einen hatte sich Prag in den 1960er Jahren eine intellektuellen- und Kulturszene entwickelt, in der freier diskutiert werden konnte als in anderen Ostblock-Staaten. Bereits 1963 sorgte eine Kafka-Konferenz in Liblice nicht nur unter Literaturwissenschaftlern für Aufbruch. Einige Teilnehmer hatten dort offen über die Frage diskutiert, ob die Entfremdung des Menschen auch im Sozialismus noch existie-

re, eine Überlegung zu der einst von Karl Marx skizzierten Entfremdungstheorie, die sich nicht nur gegen die übliche Exegese kommunistischer Parteien wandte, sondern auch in anderer Form von Herbert Marcuse, einer philosophischen Leitfigur der West-68er, gestellt wurde. Unterstützung erhielten die Reformkommunisten in Prag 1968 außerdem von slowakischer Seite: Die Slowakei profitierte zwar von ihrer Eingliederung in die CSSR, die für den Landesteil einen industriellen und infrastrukturellen Modernisierungsschub bedeutete, allerdings forderten die Slowaken mehr politische Mitsprache in Prag. Die Wahl des 47-jährigen Slowaken Dubcek an die Spitze der KSC galt als ein wichtiges Zugeständnis.

Für die DDR-Führung waren die ideologischen Lockerungsübungen im Nachbarland eine Zumutung – wie für eigentlich alle Führungen in den Ländern des Warschauer Paktes. Die Prager Genossen zeigten ja, dass sich dem »real existierenden Sozialismus«, mit seinen Zwängen und Kompromissen, die natürlich nie eigenen Widersprüchen und Konflikten sondern stets dem Wirken des ideologischen Klassenfeindes im Westen zugeschrieben wurden, ein Sozialismusentwurf entgegengesetzt ließ, mit dem sich die Hoffnung auf mehr Freizügigkeit, mehr Wohlstand und weniger geistiger Enge und Gängelung verband. Nicht zu Unrecht sorgten sich die Führungen in Ost-Berlin, Warschau, Budapest, Sofia oder Moskau, dass das Experiment in Prag Strahlkraft bis in die eigenen Reihen hinein entwickeln könnte. Umfragen im Nachbarland zeigten, dass sich rund 90 Prozent der Tschechen und Slowaken hinter Dubceks Reformpläne stellte. Ihnen ging es nicht um die Abschaffung des Sozialismus, sondern um mehr demokratische Mitsprache und weniger Hörigkeit gegenüber der Moskauer Zentrale.

Für die Genossen im restlichen Ostblock ein kaum auflösbares Dilemma: Sie konnten das Experiment mit Gewalt beenden und damit die Hoffnung auf eine Gesellschaftsordnung zerschmettern, die doch eigentlich einst als »Reich der Freiheit« (Friedrich Engels) skizziert worden war und für die sich selbst Genossen in den eigenen Reihen erwärmten. Oder sie konnten auf den Reformkurs einschwenken, würden damit dann aber absehbar den allerübergreifenden Führungsanspruch der Partei und damit ein zentrales, im Kalten Krieg für überlebenswichtig erachtetes marxistisch-leninistisches Prinzip aufgeben. Genau diese Gefahr zeigte in den Augen der dogmatischen Genossen die Pläne der in Prag Reformsozialisten, die sie im Mai 1968 in einem Aktions-Programm vorstell-

ten: Wirtschaftsreformen, Meinungsfreiheit, die Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und vor allem ein Überdenken der Rolle der Kommunistischen Partei der CSSR. Hoffte man in Ost-Berlin zunächst noch, das Problem aussitzen zu können, warnte das ZK intern schon bald vor »revisionistischen, ja offenen bürgerlichen Positionen«. Während sich im Frühjahr und Sommer 1968 in der CSSR eine im Ostblock so nie gekannte offene Diskussion vor laufenden Kameras und Aufnahmegegeräten über die Abschaffung der Zensur, die Rehabilitation stalinistischer Opfer und über die Möglichkeit parlamentarischer Pluralität entspann, wuchs der Druck auf die tschechoslowakische Führung. In einem Reigen von Krisen- und Gipfeltreffen gaben sich die Staats- und Parteichefs der Sowjetunion, Ungarns, Polens, Bulgariens und der DDR (die später so genannten »Warschauer Fünf«) die Klinke in die Hand und bedrängten die Genossen aus Prag, die Reformen zurückzunehmen. Nicht mit dabei waren Albanien, das sich nach China orientierte sowie Rumänien, dessen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu Moskaus Führungsanspruch damals ablehnte und zwischenzeitlich zu einem Darling im Westen avancierte.

Doktrin Nachdem beim letzten Treffen der »Warschauer Fünf« Anfang August der Eindruck entstanden war, dass man sich mit Dubceks Reformkurs wohl oder übel abfinden würde, kam der Einmarsch Warschauer Truppen in der CSSR am 21. August für die meisten Zeitgenossen überraschend. Rund 300.000 Soldaten aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien – nicht aber aus der DDR – brachten das Territorium und den Luftraum der CSSR innerhalb weniger Stunden unter Kontrolle. Dubcek und seine Genossen, die angesichts dieser Übermacht die Bevölkerung zur Gewaltlosigkeit aufgerufen hatten, wurden in sowjetischen Gewahrsam genommen. Die offizielle Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS berief sich auf ein Hilfeschreiben einer »Gruppe der

tschechoslowakischen Führung«, die nicht näher benannt wurde. Aber bereits im Brief der Warschauer Gipfelkonferenz an die Prager Genossen vom 15. Juli 1968 deutete sich jene Politik an, die später als »Breschnew-Doktrin« bezeichnet worden ist: »Es war und ist nicht unsere Absicht, uns in solche Angelegenheiten einzumischen, die ausgesprochen innere Angelegenheiten Ihrer Partei und Ihres Staates sind«, hieß es darin. »Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, dass feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Losrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten.« Der Blick in die Archive nach 1989 zeigt allerdings auch, dass der Namensgeber der Doktrin, KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew, bis zuletzt alle Register zog, um eine politische Lösung zu erreichen und eine militärische Intervention zu vermeiden. Für die Tschechen und Slowaken war der Einmarsch bitter: Zwar protestierten sie vor den Augen der Weltöffentlichkeit eindrücklich gegen die Intervention der Bruderstaaten und sie hatten die Sympathien und die Solidarität wohl der meisten Zeitgenossen dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs auf ihrer Seite. Doch wurde in den folgenden Wochen und Monaten immer deutlicher sichtbar, was es mit der nun eingeläuteten »Normalisierung« auf sich hat: Rücknahme fast aller Reformversprechen, Ruhe und Ordnung, Resignation und Stagnation, ein Exodus von Ärzten, Facharbeitern, Künstlern. An den Problemen und inneren Widersprüchen, deren Lösung Reformen wie Dubcek umgetrieben hatten, änderte der Einmarsch nichts. Die Panzer in Prag zeigten, dass selbst Reformversuche aus dem Apparat heraus nicht möglich, das System zur Selbstkorrektur nicht in der Lage war – was mit Blick auf den Systemwettbewerb zwischen Ost und West keine gute Nachricht sein konnte. Auch die mit dem Prager Frühling verbundenen Hoffnungen und Ideen ließen sich nicht einfach wieder einfangen. 1977 machten vor allem Künstler und Intellektuelle um den Dramatiker Vaclav Havel mit der Charta 77 auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam, die im Widerspruch zu der auch von der CSSR-Führungen unterschriebenen Schlussakte von Helsinki standen. In Polen fanden ab 1980 oppositionelle Intellektuelle, Studenten und Arbeiter unter dem Dach der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc zusammen. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei konnte ihre Alleinherrschaft nur um den Preis der zwischenzeitlichen Verhängung des Kriegsrechts aufrechterhalten – und dies auch nur bis Anfang 1989, als sie sich letztlich gezwungen sah, mit der Solidarnosc das Gespräch am Runden Tisch zu suchen. Zu diesem Zeitpunkt focht die polnische Opposition schon nicht mehr für einen

»Dritten Weg« oder die Reformierbarkeit des Sozialismus, sondern für freie Wahlen in einem Mehrparteiensystem. In der DDR hingegen kamen die Hoffnungen auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in den 1980er Jahren nochmals auf, als sich in Moskau mit Michail Gorbatschow ein reformfreudiger Erster Sekretär anschickte, mit den Schlagworten von Transparenz und Umbau (Glasnost und Perestrojka) gegen den bleiernen Stillstand und eine verknöcherte Bürokratie vorzugehen. Dieses Mal war es die Führung der DDR, die nun ihrerseits mit Moskau haderte. SED-Chefideologe Kurt Hager tat Gorbatschows Reformkurs als Kulissenwechsel ab: »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?«

Revolution der 40-Jährigen Aber als Gorbatschow im Oktober 1989 dann zum 40. DDR-Geburtstag in Ost-Berlin eintraf, wurde er von der Bevölkerung unter freudigsten »Gorbi«-Rufen begrüßt, die in den Ohren Hagers und seines Parteichefs Erich Honecker wohl besonders grell geklungen haben dürften. Die Hoffnung auf eine Wende zum demokratischen Sozialismus existieren auch bis in die Reihen der Opposition

der DDR: Bürgerrechtler, die sich gegen Umweltverschmutzung oder gegen die NVA-Wehrpflicht wandten, trugen ihre Forderungen bis in den Herbst 1989 hinein in der Regel noch in der Annahme vor, die Dinge im Dialog mit der SED zum Besseren zu wenden. Der Historiker Stephan Wölle hat in seinem Buch »Der Traum von der Revolte« darauf hingewiesen, dass die Wende 89 verschiedentlich als Revolution der 40-Jährigen bezeichnet worden ist – deren reformsozialistischen Hoffnungen 1968 brutal zerschlagen worden waren, und die nun, mit 21 Jahren Verspätung, auf Einlösung alter Versprechen drängten. Allerdings verlor die reformsozialistische Experimentierlust im DDR-Wendeherbst bei den meisten Landsleuten rasch mit der Aussicht auf westlichen Wohlstand. Für Wölle »ohne Zweifel ein Sieg des Historischen Materialismus ganz im Sinne von Karl Marx, der die ökonomischen Interessen als Treibkraft der geschichtlichen Entwicklung gesehen hatte«. Die Invasion in Prag war für eine ganze Generation in den Ländern des Ostblocks zentraler politischer Wendepunkt, der die einen aus reformsozialistischen Träumen riss und die anderen zumindest noch bis 1989 weiter von der Möglichkeit systemimmanenter Reparaturen träumen ließ. Alexander Heinrich

»Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten.«

Warschauer Brief an die KP-Führung in Prag

Back in the U.S.S.R.

SOWJETUNION Hippiekultur hinter dem Eisernen Vorhang

Äußerlich unterschied sie eigentlich nichts von ihren Altersgenossen in der San Francisco Bay Area: Sie trugen Schlaghosen, steckten sich Blumen ins lange Haar, nähten sich bunte Stoffetzen auf die Kleidung. Ende der 1960er Jahre schwappte die Hippiekultur auch in Sowjetunion, zunächst in den großen Städten wie Moskau, Leningrad und Kiew und im Baltikum, später war die Szene landesweit bis nach Sibirien und den fernen Osten gut vernetzt. Wie Wandervogel reisten und trampelten sie von einem geheimen Treffen zum nächsten Untergrund-Festival, im Gepäck ein Notizbuch mit Telefonnummern und Adressen von Gleichgesinnten, bei denen man übernachten konnte. Statt in die Ashrams Indiens aufzubrechen gingen die sowjetischen Blumenkinder, die sich selbst »Sistema« nannten, auf Sinnsuche in die Weiten Zentralasiens oder in die Berge der Balkans und des Kaukasus. Selbstverständlich waren auch Drogen im Spiel, doch in Ermangelung von LSD und anderer Halluzinogene experimentierte man zum Beispiel mit einem Sud aus dem Inhalt von »Astmatol«-Zigaretten, einer – man mag es heute kaum glauben – damals gebräuchlichen Zigarettenmarke für Asthmakranke.

Vor allem die Musik schweißte zusammen, nur war es natürlich deutlich schwieriger an die Platten der des Psychedelic Rocks von Pink Floyd, The Doors oder Grateful Dead zu kommen. Viel mehr noch als in Nordamerika und Westeuropa aber war das Bekenntnis, ein Hippie zu sein, ein politisches – das zeigt der Dokumentation »Soviet Hippies« der estnischen Filmregisseurin Terje Toomistu. Für die staatlichen Stellen war »Sistema« nicht einfach nur in erster Linie eine Jugendbewegung, sondern eine vom westlichen Klassenfeind hineingetragene Gefahr. Milizionäre hielten in den Städten nach Langhaarigen Ausschau, um ihnen noch im Einsatzwagen den Schopf zu scheren, einige »Sistema« wurden in Psychiatrien gesteckt und dort Schocktherapien unterzogen. 1971 genehmigten die Behörden den suspekten Blumenkinder eine Demonstration in Moskau gegen den Vietnam-Krieg, nur um dann die aus dem ganzen Land angereisten »Gammerl« dem KGB auf dem Präsentierteller zu übergeben. An dieses Ereignis erinnert die in die Jahre gekommene Szene bis heute bei einem jährlichen Treffen am 1. Juni im Moskauer Zarizyno-Park. ahe



Alexander Dubcek im August 1968

© picture-alliance/dpa



Sie nannten sich Early, Blacky oder Zappa und passten mit ihren langen Haaren und Parkas eigentlich nicht dorthin. In das Klubhaus in der Magdeburger Hegelstraße, nahe am Dom. Ein prachtvolles Gebäude der Jahrhundertwende, in dessen Klubräumen sich die Mitglieder des „Klubs der Intelligenz“, vornehmlich ältere Herrschaften mit Professorentiteln, in schweren Ohrensesseln Gedanken über die Zukunft des Klubs machten. Denn der Nachwuchs fehlte, auch weil Ideen fehlten. „Die Klubleitung hat sich verstärkt bemüht, Veranstaltungen mit hohem aktuell-politischen Aussagegehalt durchzuführen. Bei den Mitgliedern finden jedoch musikalisch akzentuierte Veranstaltungen weitaus mehr Interesse. Kleinere aktuell-politische Gesprächsrunden zu organisieren, scheitert nicht zuletzt daran, dass der Klub derzeit kein Niveau mehr ausstrahlt“, heißt es 1973 in einer Analyse des Kulturbundes, unter dessen Dach der Klub arbeitete.

Der Kulturbund als „Organisation kulturell Tätiger und Interessierter“ mit seinen knapp 300.000 Mitgliedern fungierte als Sammelbecken sowohl für Heimatforscher, Hobbyphilatelisten, aber auch für Künstler und Intellektuelle. Das passte nie so richtig zusammen und stellte seine Legitimationsgrundlage während seiner ganzen Existenz immer wieder in Frage. Weil einheitliche Leitlinien für so unterschiedliche Interessengruppen schwer zu formulieren waren, entstanden aber auch Freiräume. Natürlich in Grenzen und kontrolliert.

Bitte kein Mainstream Das wussten auch Erhard, alias Early und seine Freunde. Sie wollten diese Freiräume trotzdem nutzen, gründeten ein sogenanntes Jugendaktiv als Untergruppe des Klubs der Intelligenz und versprachen, durch „pädagogisch wertvolle“ Veranstaltungen dessen Attraktivität insgesamt zu steigern. Zweimal in der Woche durften sie fortan die Räumlichkeiten nutzen. Sie taten das mit großem Erfolg, die Jugendlichen strömten zu den Künstler-Workshops, Vorträgen und vor allem zu den Musikabenden und Konzerten. „Wir haben bei den Diskotheken natürlich Wert darauf gelegt, dass wir uns musikalisch abheben. Rolling Stones haben wir nicht gespielt, weil wir diesen Mainstream niveaulos fanden. Es musste irgendetwas ‚Progressives‘ sein“, sagt Erhard.

Und die Ideen dafür kamen vor allem aus den USA. Denn Erhards Schwester Leni Sinclair lebte seit 1959 in Detroit und avancierte als Fotografin zu einer wichtigen Porträtistin der Jazz- und Rock-Szene der 1960er und 1970er Jahre. „Sie war Extremkommunistin, Maoistin, Hippie, mit allem, was dazugehört“ – und ein starker Einfluss für den zwölf Jahre jüngeren Bruder und dessen Freundeskreis. Ihre Rock-, aber vor allem Jazzplatten wurden vom Magdeburger Jugendaktiv hoch und runter gespielt, umrahmt von musiktheoretischen Vorträgen. Man sollte ja, und wollte es auch, pädagogisch anspruchsvoll sein. „Durch diesen sehr lebendigen Austausch mit seiner Schwester in den USA haben wir eben gesehen, was so an Freiheiten für einen Menschen möglich ist und wollten Teile davon auch hier verwirklichen“, erinnert sich Joachim, genannt Blacky.

Heftige Pendelbewegungen Amerikanische Musikplatten in einem offiziellen Rahmen zu spielen – dafür lieferte die SED mit ihrem Jugendkommuniqué bereits 1963 die Basis. Auch wenn, wie stets in der DDR, auf kulturpolitische Lockerungen

»Eine Eintrittskarte für Gesellschaftskritik«

BLICK NACH OSTEN Viele 68er kritisierten, dass es in der DDR keinen Widerstand nach westlichem Vorbild gab. Den konnte es so auch nicht geben, sagt Detlef Pollack

Herr Pollack, Sie haben den Einfluss der westdeutschen Revolte von 1968 auf die DDR im Vergleich zu den Prager Ereignissen als weniger bedeutsam bezeichnet. Wie wirkte sie dennoch auf die Ost-Deutschen?

Die DDR-Bürger haben, vor allem über die Medien, die Partizipations- und kulturellen Aufbruchsbemühungen in der Bundesrepublik sehr intensiv verfolgt. Insofern sollte man die kulturellen Impulse, die von der 68er-Bewegung auf die DDR ausgegangen sind, nicht unterschätzen. Sie haben auch in der DDR zu einem höheren Anspruch auf individuelle Selbstbestimmung und auf politische Partizipation geführt.

Hat man im Westen verstanden, wie prägend die Niederschlagung des Prager Frühlings für die Ostdeutschen war?

Man hat das schon verstanden, aber die Durchschlagskraft der Ereignisse nicht begriffen. Für die meisten Ostdeutschen war die Niederschlagung des Prager Frühlings durch russische Panzer und die Truppen des Warschauer Pakts eine Bestätigung ihrer Erfahrungen von 1953. Sie hat vor allem gezeigt, dass man gegen die Waffenmacht des sozialistischen Systems wenig ausrichten kann. Das ohnehin bestehende Gefühl der politischen und sozialen Ohnmacht wurde so bestätigt. Wie stark diese Wirkung war, hat man im Westen nicht wahrgenommen.

Wie wurden die Prager Ereignisse von den West-Studenten interpretiert?

Schräges Crossover

DDR Wie ein »Klub der Intelligenz« nach Nachwuchs sucht – und langhaarige Jugendliche mit Jazz-Platten aus Detroit kommen



Die Klaus-Renf-Combo zählte zu den bekanntesten systemkritischen DDR-Bands. Auch Erhard vom Jugendaktiv diskutierte nächtelang mit Combo-Gründer Klaus Jentsch (rechts mit der Bassgitarre). Wegen ihrer regimiekritischen Texte wurde die Band 1975 verboten. © picture-alliance/DB

wieder drastische Einschränkungen folgten: Die Büchse der Pandora war damit geöffnet und nach den Zugeständnissen von 1963 konnte die SED auch nicht wieder auf Null zurück. Denn die Jugend für das Sozialismus-Projekt zu begeistern, war schlicht eine existenzielle Frage und funktionierte nicht allein mit Druck, das wusste man auch im Politbüro. So hieß es plötzlich im besagten Kommuniqué, die Jugend solle „ohne Gängelung, Zeigefingerheben und Administrieren“ erzogen werden. Natürlich verlangte man von ihr weiter eine aktive Beteiligung am Aufbau des Sozialismus, warb aber gleichzeitig für mehr Of-

fenheit. „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen, Hauptsache, sie bleibt taktvoll“, hieß es in dem SED-Papier. Die westliche Beatmusik hielt damit sozusagen offiziell Einzug in die DDR-Diskotheken und wurde zunehmend von eigenen Bands nachgeahmt. Es entstand die sogenannte Singebewegung, die zwar anfangs noch wohlwollend beobachtet wurde, der Parteilührung jedoch zunehmend entglitt. 1965 erschien die erste Beatles-LP und die erste LP mit DDR-eigener Beatmusik bei Amiga – gerade noch rechtzeitig. Denn schon im Dezember 1965 drehte sich mit dem 11. Plenum des ZK der SED

wieder der Wind. Eigentlich sollte es bei dem Treffen nur um Wirtschaftsfragen gehen, tatsächlich entwickelte es sich zu einem „Kahlschlag-Plenum“ über die bisherige Jugend- und Kulturpolitik. In dessen Folge wurden zahlreiche Filme, Theaterstücke, Bücher und Musikgruppen verboten. Die Schriftstellerin Brigitte Reimann notierte daraufhin in ihrem Tagebuch: „Heute war die Rede Honeckers auf dem ZK-Plenum abgedruckt. Die Katze ist aus dem Sack: Die Schriftsteller sind Schuld an der sittlichen Verrohung der Jugend.“ Die Stellschrauben wurden fester angezogen, im Kampf gegen Anglizismen wurden aus Hits

wieder Spitzentitel und der von dem in der DDR lebenden kanadischen Folksänger Perry Friedman organisierte „Hootenanny-Club“ wurde zum „Oktoberklub“. 1971. Mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker an der Partei- und Staatsspitze standen die Zeichen für einige Jahre dann wieder auf Lockerung. Die DDR strebte nach außenpolitischer Anerkennung und da passte ein bisschen Weltoffenheit ganz gut ins Konzept.

Gelebte Weltoffenheit Weltoffenheit ist dem Magdeburger Freundeskreis nie abhanden gekommen. Sie drückte sich vor al-

lem über die Hingabe zur Musik aus. Ob Jazz, Blues oder Rock: Musik war mehr als das, in ihr drückte sich ein geistiges Grenzgängertum aus, das auch eine Mauer nicht verhindern konnte. „Dieser Freiheitsgeist schwappte wirklich in erster Linie mit der Musik rüber, so ein Hauch von dem Lebensgefühl. Man ist da, zumindest für eine Weile, wie mit der großen weiten Welt verbunden. Das tat gut. Das ist richtig gut gewesen“, sagt Joachim. Und das wurde auch äußerlich untermauert, mit Jeans, Wildlederschuhen, Parka und langen Haaren. „Man wirkte dann schon so im Straßenbild und das war auch gewollt. Ich wollte einfach anders sein. Das war auch gar nicht so fest zu definieren. Das war irgendwie auch so ein Gefühl“, so „Blacky“ weiter. Das, was sich 1968 beziehungsweise in den Jahren davor und danach im Westen abspielte, beeinflusste junge Menschen in der DDR massiv. Jedoch in erster Linie kulturell und in Fragen des Lebensstils.

Ging es um politische Ideen, waren die Ereignisse in Prag jedoch prägender, denn sie ließen sich eher auf die eigene Lebensrealität übertragen. Für Erhard waren sie sogar lebensentscheidend: „Ich hatte demonstrativ eine tschechische Flagge an meiner Jacke. Ich war kurz vor dem Einmarsch der russischen Truppen noch dort und habe viele Leute kennengelernt. Das hat mich beflügelt. Letztlich habe ich meinen Plan, mit 18 nach Amerika abzuhauen, wegen der positiven Entwicklung in der CSSR aufgegeben.“ Das mag für Außenstehende wegen der Niederschlagung des Prager Frühlings paradox erscheinen. Doch zeigt es, dass sich nicht alle vom Gefühl der Ohnmacht lähmen ließen, sondern trotz des gewaltsamen Endes Hoffnung daraus schöpften. „Es war für mich eigentlich die Keimzelle meines Engagements“, sagt Erhard. Er verfasste mit Blacky und ein paar Anderen einen Zwölf-Punkte-Plan unter dem Namen „progressive youth“, in dem es unter anderem heißt: „Wir wollen alle Strukturen befreien vom geschlossenen System der Vorschriften, wir wollen, dass jeder dort leben kann, wo er seine Bedürfnisse am besten befrieden kann.“ Wegen „staatsfeindlicher Hetze“ landete Erhard 1971 für 18 Monate im Gefängnis – und die Stasi füllte fortan Aktenordner um Aktenordner über ihn – bis 1989.

Die Reise geht weiter Doch dieser Bruch bedeutete nicht das Ende ihres Engagements. Ausreisen wollten sie nicht (mehr), denn „Kapitalismus, diesen ganzen Konsumterror wollten wir ja auch nicht“, sagt Joachim. „Dann haben wir uns überlegt, dass wir uns schon weiter engagieren wollten. Aber es musste was Offizielles sein und da kam uns der Kulturbund gerade recht.“

Ein paar Jahre ging das wilde Treiben auch ganz gut. „Wir haben zwar nicht gegen die DDR gearbeitet, aber es waren immer so Gratwanderungen, so ein Crossover. Wir wurden beobachtet, aber man hat uns auch Möglichkeiten gegeben. Ein bisschen schizophrene war das schon“, sagt Erhard. Nachdem sich Mitte der 1970er Jahre der Wind mal wieder zu drehen begann, ging es auch mit dem Jugendaktiv zu Ende. Offiziell, weil sie es nicht geschafft haben, genügend „junge Intelligenz“ an den Klub zu binden. Aber auch danach ging es für den Freundeskreis weiter: in der Friedensbewegung oder als Organisatoren von Free-Jazz-Konzerten in der ostdeutschen Provinz. Denn dort wurde der Geist von „68“ in einer Art DDR-Woodstock weiter gefeiert. Bis zum Sommer 89. Claudia Heine

Sie fühlten sich dadurch in den eigenen Emanzipations- und Partizipationsbestrebungen bestärkt. Man muss ja bedenken, dass nach 1968 die wichtigsten Intellektuellen aus der Tschechoslowakei entweder emigrierten oder sich ins Private zurückzogen haben. Das bedeutete ein kulturelles Ausbluten und führte zu einem gesellschaftlichen Stillstand über Jahrzehnte. Im Westen sah man im Prager Frühling mehr den Aufbruch, aber beschäufigte sich weniger mit seinen depressiven Folgen.

Zur gleichen Zeit fuhren FU-Studenten nach Ostberlin, um sich die Marx-Engels-Gesamtausgabe zu kaufen.

Viele Ostdeutsche fanden das sehr merkwürdig, dass sie nun mit Westdeutschen schon wieder über Marx reden sollten. Sie wollten diese seltenen Gelegenheiten des Zusammentreffens mit Intellektuellen aus dem Westen mehr dazu nutzen, etwas über das Leben und die kulturellen Entwicklungen im andern Teil Deutschlands zu erfahren. Zwar gab es auch nonkonforme intellektuellen Zirkel in der DDR, die an den Debatten über die Zukunft der Marx'schen Theorie ein Interesse hatten. Die Konzentration auf den Marxismus hat, glaube ich, viele allerdings wohl eher irritiert.

Vielen 68ern blieb die DDR stets fremd. Warum?

Das hatte vor allem damit zu tun, dass viele westdeutsche Intellektuelle die DDR als den deutschen Teil Deutschlands empfunden haben. Da war aus ihrer Sicht sozu-

sagen die Zeit stehengeblieben. Viele der als typisch deutsch empfundenen Eigenschaften wie Obrigkeitsgehorsam oder die Hochachtung von Werten wie Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit oder Gemeinschaftlichkeit entdeckten sie nun im Osten wieder. Die Geschichte der westdeutschen Linken aber ist größtenteils eine Emanzipationsgeschichte von Deutschland und den mit ihm assoziierten Werten wie Gehorsam, Gemeinschaft oder Staat. Vor allem vor diesem Hintergrund wurde die DDR, und zwar nicht nur das System, sondern auch die Haltung der Bevölkerung kritisiert.

Worauf beruhte diese Einschätzung? Ich denke, der Ausgangspunkt für die Beurteilung der DDR durch die westdeutschen



Detlef Pollack

Linken war nicht das repressive System in der DDR, sondern die eigene im Westen gemachte Erfahrung, dass Gesellschaftsutopien und Gemeinschaftsideologien sich nicht durchsetzen lassen und Gesellschaft prinzipiell konfliktfähig sind. Die Gemeinschafts- und Konsensorientierung der Ostdeutschen erschien ihnen nicht als Folge eines repressiven Systems, sondern als Konsequenz des Weiterwirkens „typisch deutscher“ Eigenschaften.

Aber die Zeit ist doch auch in der DDR nicht stehengeblieben.

Natürlich hat es kulturelle Modernisierungs- und Liberalisierungsprozesse gegeben, wenn auch weniger durchschlagend als im Westen. Sonst hätte es 1989 nicht zu so einer breiten Demokratiebewegung kommen können.

Eine Kritik der 68er lautete, dass es in der DDR keinen ernsthaften Widerstand gegeben habe.

Ich denke, dass man im Westen die repressive Macht des Systems unterschätzt hat. Viele der Älteren haben ja in den 1950er Jahren erfahren, dass man bei offener Systemkritik mit Gefängnisstrafen rechnen muss und die Ausbildungschancen der Kinder beschnitten werden. Das Gefühl, dem politischen System ausgeliefert zu sein, war tief verinnerlicht. Man hat im Westen weithin unterschätzt, dass die DDR eine geschlossene Gesellschaft war, mit der man sich arrangieren musste. Durch den Bau der Berliner Mauer war die Möglich-

keit der Flucht verstellt, und das hat die Bürger noch einmal gefügiger gemacht.

Haben die westdeutschen Linken ihre eigenen Erfahrungen zu schnell auf die DDR übertragen?

Sie haben ja die Lernerfahrung gemacht, durch Protest die Gesellschaft zwar nicht zu einem idealen Ort der Gleichen und Freien machen, sie aber sehr wohl verändern zu können. Diese positive Erfahrung hat man auf die DDR angewandt und nicht verstanden, warum die Menschen so eingeschüchtern waren. An dieser Einschätzung ist ja auch vieles richtig, denn viele Ostdeutsche waren häufig ängstlicher, als sie sein mussten, und haben Freiräume, die existierten, nicht genutzt. Aber dahinter stehen eben die negativen Erfahrungen der 1950er und 1960er Jahre.

Dennoch entstanden später zahlreiche Oppositionsgruppen.

Aber an deren inhaltlicher Ausrichtung gab es auch Kritik von westdeutscher Seite. So wurde der DDR-Opposition vorgeworfen, dass sie nicht deutlicher aufgebeugt hat, dass sie mehr von der Humanisierung und Demokratisierung des Sozialismus gesprochen habe, aber nicht die Einführung der parlamentarischen Demokratie, die Gewährung von Menschenrechten und die Überwindung der deutsch-deutschen Teilung gefordert hätten. Das waren natürlich alles Themen, die, wenn man sie angesprochen hätte, einen zum Feind der DDR gemacht hätten und jede Möglichkeit der po-

litisch-oppositionellen Aktivität ausgeschlossen hätten.

Die westdeutschen Linken konnten nicht nachvollziehen, dass man im Osten an sozialistischen Utopien festhielt?

Nein, das konnten sie nicht. Während sie sich in den 1970er und 1980er Jahren vom Sozialismus weitgehend verabschiedeten, war das Festhalten an ihm im Osten auch so etwas wie eine Eintrittskarte für Gesellschaftskritik. Nach dem Motto: Wir sind ja für den Sozialismus, aber er muss sich ändern. Es war nahezu ausgeschlossen, das System in seinen Grundfesten zu kritisieren, dann wäre man einfach nur im Gefängnis gelandet. Man kann das als halbherzig kritisieren, aber man muss die Bedingungen bedenken, unter denen man im Osten handelte. Viele Ostdeutsche haben nach 1989 das Gefühl gehabt, dass sie in ihrer Art, Freiräume auszustesten, keine Anerkennung gefunden haben.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ||

Detlef Pollack ist Professor für Religionssoziologie an der Universität Münster. Eines seiner Forschungsthemen ist die innerkirchliche Oppositionsbewegung der DDR.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Von Klasse und Knöpfen

Understatement scheidet Klasse von Masse. Im Bewusstsein um die eigenen Privilegien genießt der arrivierte Tiefstapler Besitz oder Talent mit entspannter Leichtigkeit. Klassische Zurückhaltung wird etwa dem hanseatischen Kaufmann zugeschrieben. Auch den hanseatischen Kaufmann treibt es im Sommer nach Sylt. Aber das muss er nicht an die große Glocke hängen. Sein Auto zieren weder geklebte Umrisse der Insel noch das Logo einer weithin bekannten Strandbar. Das Pendant dazu ist der vom Tiefstapler verachtete Neureiche, der seinen weißen Cayenne nur zu gern mit dem Arschgeweih-Äquivalent des Sylt-Touristen zupflastert. Gelebte Zurückhaltung, um sich abzugrenzen, ist aber nicht nur Praxis im Geldadel, sondern inzwischen fester Bestandteil der Geopolitik. Würde man die britische Ministerpräsidentin Theresa May bitten, über Größe und Potenz ihrer Atomknöpfe Auskunft zu geben, so antwortete sie vermutlich im allerbritischsten Understatement: „I would prefer not to.“ Zugegeben: Bei ihrem Außenminister Boris Johnson sähe das anders aus. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron würde zunächst seine Hegel-Lektüre bemühen und dann andeuten, dass er den Atomknopf eigentlich erst durch Walter Benjamin so richtig verstanden habe. Im Feuilleton flößen Tränen der Rührung. Ex-US-Präsident Barack Obama spräche voller Pathos über Verantwortung und die Bürde des Amtes. In Oslo könnten sie eine neue Nobellurkunde ausdrucken. US-Präsident Donald Trump hingegen hat die Welt voller Stolz wissen lassen, dass sein Atomknopf viel größer als Kims sei und viel besser funktioniere. Frohes Neues! *Sören Christian Reimer* ||

VOR 20 JAHREN...

Der Staat hört mit

16.1.1998: Bundestag beschließt „Großen Lauschangriff“ Die einen feierten die Gesetze „als Vorstufe zum Sieg über das Böse“. Die anderen sahen sie als „Beweis für den Untergang des Rechtsstaats“. So jedenfalls beschrieb Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) am 16. Januar 1998 im Bundestag die Stimmung zu dem Gesetzespaket, das unter dem Begriff „Großer Lauschangriff“ bekannt wurde.



Der ehemalige Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) 1997

Kern der Neuerung, die eine Grundgesetzänderung notwendig machte, war die Möglichkeit der akustischen Wohnraumüberwachung zur Strafverfolgung. Konkret heißt das: der Einsatz von Richtmikrofonen und Minsendern in Wohnungen zur Beweissicherung – Mittel, die bis dahin nur zur Abwehr schwerer Gefahren erlaubt gewesen waren und fortan Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität erleichtern sollten. Abhörverbote waren nur für Seelsorger, Abgeordnete und Strafverteidiger beim Mandantengespräch vorgesehen. Allen voran die Grünen hatten auch für andere Berufsgruppen, Ärzte und Journalisten etwa, einen Abhörerschutz gefordert. Während ein entsprechender Antrag scheiterte, stimmten mehr als zwei Drittel der Abgeordneten für die Einschränkung des Artikels 13 Grundgesetz, der die Unverletzlichkeit der Wohnung garantiert: 452 Parlamentarier aus Union, FDP und SPD votierten in namentlicher Abstimmung mit Ja. Gewissermaßen „Nein“ zum „Lauschangriff“ sagte wenige Jahre später das Bundesverfassungsgericht: Im März 2004 erklärte Karlsruhe die Regelung in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig und trug dem Gesetzgeber auf, nachzubessern. *Benjamin Stahl* ||



ORTSTERMIN: AUDIMAX DER TU BERLIN



Der funktionale Vorlesungsraum an der TU Berlin war Anfang 1968 Schauplatz des »Internationalen Vietnamkongresses« des SDS. © TU Berlin/PR/Ulrich Dahl/picture-alliance/akg-images

Ein »schwieriges Wochenende«

Lineare Algebra. Bilanzierung und Kostenrechnung. Stabile und Elementare Festigkeitslehre. Das sind unter anderem die Themen, von denen in diesem Wintersemester im Raum H 105 die Rede ist. Mittwochs zwischen zwölf und 14 Uhr findet hier auch die Vorlesung von Hans Hirth statt. Professor für Betriebswirtschaftslehre an der TU Berlin, über „Risikomanagement und Kapitalmarkt“. Die kleine Schar der Zuhörer verliert sich fast in dem gewaltigen Saal. Frage an den Professor: Kann er sagen, was hier im Februar 1968 stattfand? „68?“, stutzt Hirth. „Eine Riesengaudi wahrscheinlich.“

Guevaras goldene Worte: „Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen.“ Auf dem Podium, wo heute Professor Hirth über Zinssätze doziert und über die unterschiedlichen Erwartungen von „Payer“ und „Receiver“ im Kreditgeschäft, agitierte damals der Schriftsteller Peter Weiss den proppenvollen Saal: „Die Repräsentanten der Regierung weigern sich, mit uns zu reden. So konfrontieren wir sie mit der Kraft der kämpferischen Demonstration.“ Der italienische Unternehmenspross und linksradikale Verleger Giangiacomo Feltrinelli erklärte „in aller Deutlichkeit, dass es keineswegs der Berliner Senat ist, dass es keineswegs die Springerpresse ist, die in uns die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung in West-Deutschland erweckt, sondern es sind die Studenten im Allgemeinen, die sogenannten Rebellen.“ Der Kongress zählt zu den dramatischen Höhepunkten der damaligen Revolte, der anschließende Demonstration, der sich mit 12.000 Teilnehmern über den Ku’damm in Richtung Deutsche Oper bewegte, war der größte, den die 68er bis dahin auf die Beine gebracht hat-

ten. Auf Wochenschau-Schnipseln in Schwarz-Weiß ist Rudi Dutschke zu sehen als Dirigent von Sprechchören: „Ho-Ho-Ho Chi Minh.“ Angereist waren rund 6.000 Teilnehmer aus 14 Ländern. Weil die Freie Universität sie nicht beherbergen wollte, wichen die Veranstalter auf die TU aus. Der von außen aluminiumverkleidete Saal des Architekten Kurt Lübbens, der aus dem Hauptgebäude in die Straße des 17. Juni hineinragt, war damals noch keine drei Jahre alt. „Hier versucht eine kleine Minderheit, etwas ganz anderes in Bewegung zu setzen“, bilanzierte der „Regierende“ Schütz das Wochenende, „nämlich, was sie Revolution nennen, und was wir als den Versuch sehen, Unordnung und Chaos in unsere Städte zu tragen.“ Ins Langzeitgedächtnis der TU hat sich der Versuch offenbar nicht eingepreßt. Vietnamkongress? „Da klingt nichts“, meint ein Teilnehmer der Vorlesung. „Geschichtlich bin ich eine Nullnummer“, sagt eine junge Frau, während ein Kommilitone sich immerhin „auf jeden Fall beeindruckt“ zeigt, „dass das hier stattfand.“ *Winfried Dolderer* ||

LESERPOST

Zur Ausgabe 48 vom 27. November 2017, »Der Mann für gewisse Stunden« auf Seite 3:

Nach meinem Verfassungsverständnis muss ein Bundespräsident überparteilich handeln und nicht, wie es jetzt scheint, bei bestimmten Gedenktagen sein „ruhendes Parteibuch“ aus der Schublade holen und im Sinne seiner Partei handeln. Am 3. Oktober 2017 hat der derzeitige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede in Mainz kein Wort der Kritik über die „marxistisch-leninistische SED-Diktatur“ geäußert und die mutigen Menschen nicht erwähnt, die 1989 diese Diktatur aktiv beseitigten. Nun will er 2018 die Schirmherrschaft über die Gedenkfeiern für Karl Marx in Trier übernehmen, wo ein fast sieben Meter hohes Marx-Denkmal errichtet

werden soll, ausgerechnet im Auftrag der Kommunistischen Partei Chinas, die in ihrer Geschichte etwa 37,5 Millionen Menschen ermordete. Die SPD hat sich nie wirklich von Marx und seiner verbrecherischen Ideologie getrennt, deshalb ist diese einseitige politische Schirmherrschaft ein Schlag ins Gesicht von uns ehemaligen politischen Häftlingen der SBZ/DDR. Sollte die Entscheidung zur Schirmherrschaft nicht zurückgezogen werden, ist das nicht mehr mein Bundespräsident.

Alexander W. Bauersfeld, Hannover

Zur Ausgabe 48 vom 27. November 2017, »Frust im Ostens« auf Seite 7:

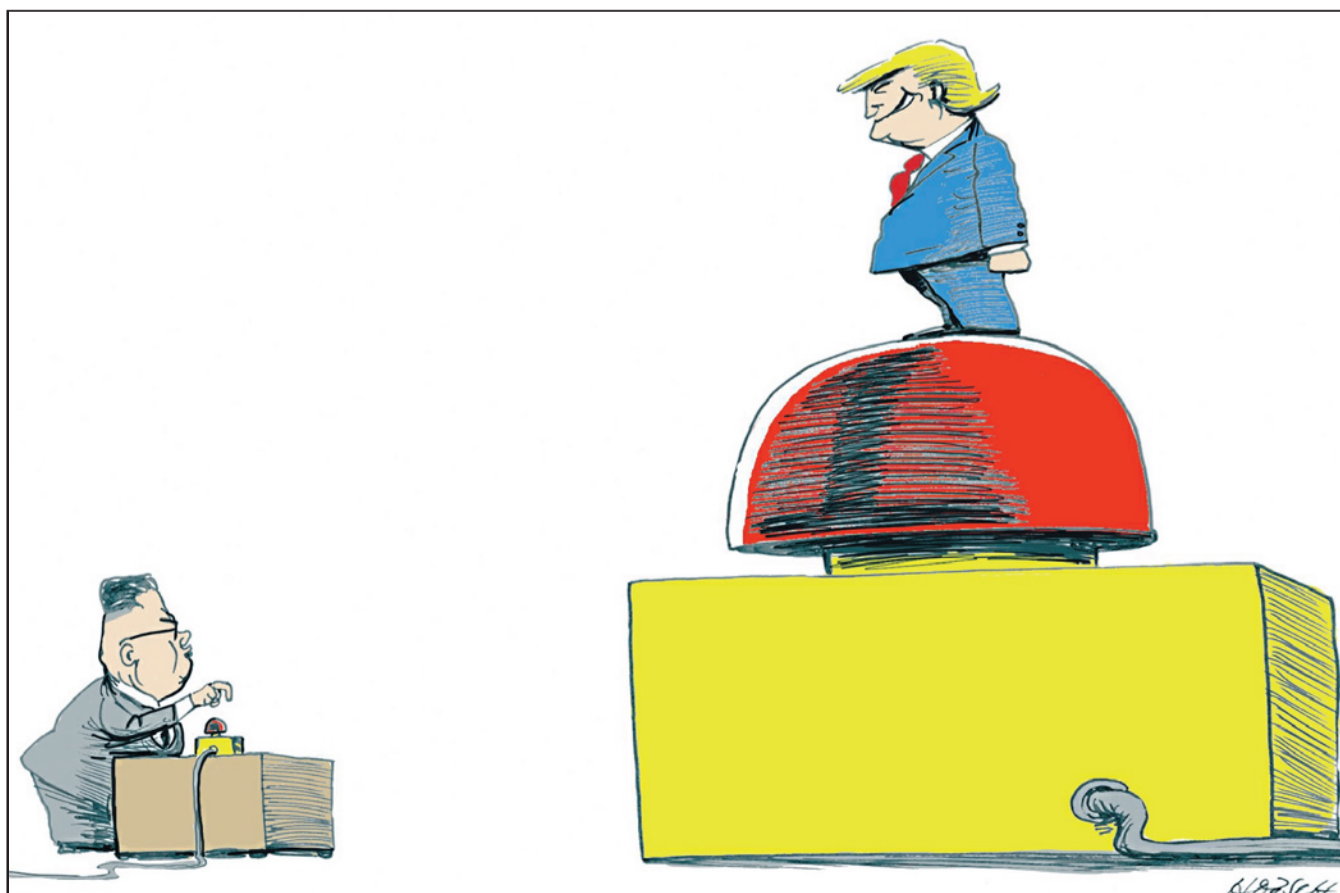
Dem CDU-Abgeordneten Joachim Pfeiffer ist sehr zu danken, dass er eine klare

Abgrenzung zwischen politischen und unternehmerischen Fragen herausarbeitete. Die politischen Weichenstellungen im Rahmen der weitgehend grünem politischem Gedankengut entstammenden EEG-Umlage, die zurzeit laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft 24,2 Milliarden Euro jährlich zu Lasten aller Stromverbraucher beträgt, sind bereits ein harter Eingriff in die unternehmerische Verantwortung für unsere Stromversorgung. Diese Subvention, von unserem damaligen Umweltminister Jürgen Trittin als „eine Kugel Eis im Monat“ verharmlosend verkauft, ist inzwischen zur Dauersubvention geworden. Die mit einer installierten Leistung von insgesamt 97.416 MW einspeisenden Wind- und Solaranlagen verdrängen im-

mer wirksamer die unverzichtbare Stromerzeugung aus Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken, aber leider nur zu Zeiten, in denen der Wind stark weht oder die Sonne wolkenlos scheint. Diese wird daher auch laufend sehr viel teurer, als es bei kontinuierlicher Betriebsweise möglich wäre. Siemens kann es egal sein, mit welcher Art Turbinen es im Geschäft bleibt, denn die derzeitige Energiewendepolitik erfordert zunehmend zwei autarke Stromerzeugungssysteme. Das bringt doppelten Umsatz für die Anlagenhersteller zu Lasten aller Stromverbraucher. Die Zukunft wird erweisen, wie lange diese Strategie für die rund 40 Millionen Stromverbraucher bezahlbar ist.

Helmut Alt, Aachen

SEITENBLICKE



55 Jahre Élysée-Vertrag

RESOLUTION Zum 55. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages (Élysée-Vertrag) wollen der Deutsche Bundestag und die französische Nationalversammlung am 22. Januar in Sitzungen in beiden Parlamenten eine gemeinsame Resolution zur Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen verabschieden. Das hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) mit dem Präsidenten der Assemblée nationale, François de Rugy, vereinbart. Vorgesehen ist, am Jahrestag des historischen Freundschaftsvertrages in Sitzungen in Berlin und Paris, jeweils im Beisein einer Delegation aus dem jeweils anderen Parlament, über einen Antrag abzustimmen, mit dem die Parlamentarier für gemeinsame Positionen in der Europapolitik und eine weitere Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit plädieren. Der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Paris unterzeichnete Vertrag gilt als Meilenstein der bilateralen Beziehungen. Der Vertrag sieht unter anderem regelmäßige Konsultationen vor. *DP* ||

PERSONALIA

>Helmut Schäfer
Bundestagsabgeordneter 1977-1998, FDP

Am 9. Januar vollendet Helmut Schäfer sein 85. Lebensjahr. Der aus Mainz stammende Gymnasiallehrer und spätere Ministerialrat im rheinland-pfälzischen Kultusministerium trat 1964 der FDP bei. Von 1966 bis 1968 amtierte er als stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungdemokraten und gehörte seit 1964 dem rheinland-pfälzischen Landesvorstand seiner Partei an. Seit 1972 – mit Unterbrechungen – war Schäfer Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Von 1987 bis 1998 amtierte er als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Der außenpolitische Sprecher seiner Fraktion von 1979 bis 1987 arbeitete im Bundestag vorwiegend im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1978 bis 2003 gehörte er dem Vorstand der Friedrich-Naumann-Stiftung an.

>Evelin Fischer
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, SPD

Am 9. Januar wird Evelin Fischer 70 Jahre alt. Die Lehrerin und Designerin aus Gräfenhainichen im Kreis Wittenberg wurde 1989 Mitglied des Neuen Forums, verließ dieses aber im Januar 1990 und trat der SPD bei. Sie gehörte danach dem Kreistag Gräfenhainichen an. Im Bundestag wirkte Fischer im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit.

>Bruno Hollnagel
Bundestagsabgeordneter seit 2017, AfD

Am 13. Januar wird Bruno Hollnagel 70 Jahre alt. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer aus Hoisdorf im Kreis Stormarn trat 2014 der AfD bei und amtierte 2016/17 als schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender. Zurzeit ist er dort stellvertretender Landesvorsitzender. Hollnagel ist Autor zahlreicher finanzpolitischer Veröffentlichungen.

>Gregor Gysi
Bundestagsabgeordneter 1990-2000, seit 2005, PDS/Die Linke

Am 16. Januar begeht Gregor Gysi seinen 70. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Berlin, zu DDR-Zeiten Verteidiger zahlreicher Regimekritiker und Ausreisewilliger, trat 1967 der SED bei. 1989 war er ihr letzter Vorsitzender und gestaltete maßgeblich deren Überleitung in die PDS. Danach stand er bis 1993 an der Spitze der Partei. Von März bis Oktober 1990 gehörte Gysi der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an und amtierte als Vorsitzender der PDS-Fraktion. Bis 1998 war er danach Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe und bis 2000 PDS-Fraktionsvorsitzender. Dieses Amt bekleidete er in der nunmehrigen Linksfraktion von 2005 bis 2015, von 2005 bis 2009 zusammen mit Oskar Lafontaine. Gysi ist seit 2005 Direktkandidat des Berliner Wahlkreises Treptow-Köpenick.

>Marianne Birthler
Bundestagsabgeordnete 1990, Bündnis 90/Die Grünen

Am 22. Januar wird Marianne Birthler 70 Jahre alt. Die Wirtschaftskauffrau aus Berlin engagierte sich seit 1986 in der Kirchenopposition der DDR und seit 1988 in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Von März bis Oktober 1990 gehörte sie der ersten frei gewählten Volkskammer an und war Sprecherin der Listenvereinigung „Bündnis 90“. Danach zog sie bis Dezember in den Deutschen Bundestag ein und amtierte als Sprecherin der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90. Von 1990 bis 1992 nahm sie ein Mandat im Landtag von Brandenburg wahr und übte zugleich das Amt der Bildungsministerin aus. 1993/94 war Birthler Bundesvorsitzende der PDS-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. 2000 wurde sie zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR berufen. Den Posten hatte sie bis 2011 inne. *bmh* ||

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. Januar

BUNDESTAG LIVE

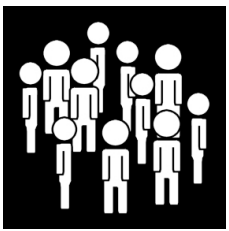
Topthema am 22.1.2018
55. Jahrestages des Élysée-Vertrages
Phoenix überträgt live ab 11 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

leicht
erklärt!

Proteste im Jahr 1968

Wer sind die 68er?



Im folgenden Text geht es um eine Gruppe mit dem Namen: die 68er.

Es geht zum Beispiel um Folgendes:

- Wer waren die 68er?
- Was haben sie gemacht?
- Warum spricht man heute noch über sie?



- Es gab viele Regeln und Verbote.

Zum Beispiel gab es strengere Regeln, wie man sich benehmen sollte.

Und manche Dinge, die heute erlaubt sind, waren verboten.

Zum Beispiel sexuelle Beziehungen zwischen Männern.

Die Bundes-Republik Deutschland vor 50 Jahren

Vor 50 Jahren sah es in der Bundes-Republik Deutschland ganz anders aus als heute.

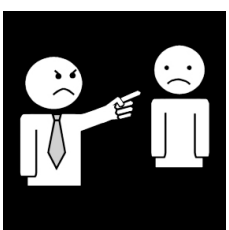
Zum Beispiel:

- Damals war es eine wichtige Sache, zu gehorchen.

Kinder mussten beispielsweise ihren Eltern immer gehorchen. Und Schüler durften ihren Lehrern nicht widersprechen.

- Menschen in Deutschland waren nicht gleichberechtigt.

Frauen hatten zum Beispiel nicht die gleichen Rechte wie Männer.



Viele Menschen waren mit dieser Situation unzufrieden.

Sie fanden:

Es gab zu viele Regeln.

Und es war nicht gut, dass man immer das tun musste, was andere sagten.

Vor allem den jüngeren Menschen ging es so.

Sie wollten, dass sich die Dinge verändern.

Sie hatten verschiedene Ideen, wie das Zusammenleben in der Bundes-Republik Deutschland aussehen sollte.



Aus diesem Grund protestierten sie.
„Protestieren“ bedeutet:
Sie beschwerten sich.
Sie sagten laut ihre Meinung.
Und sie sagten, was sie wollten.
Damit wollten sie ihre Ideen bekannt machen.
Und Veränderungen erreichen.

Der Name „Die 68er“?

Das alles passierte in den Jahren von 1961 bis 1970.

Besonders viele Proteste gab es im Jahr 1968.



Und nach dieser Jahreszahl wurden die Menschen, die damals protestierten, benannt. Darum nennt man sie: die 68er.

Eine Sache ist aber wichtig:

Für die Menschen damals benutzt man zwar den Namen „Die 68er“.

Das bedeutet aber nicht, dass sie alle die gleiche Meinung hatten. Oder die gleichen Ziele.

Zu den 68ern gehörten viele Gruppen. Sie hatten verschiedene Gemeinsamkeiten. Aber sie hatten auch sehr unterschiedliche Meinungen und Ideen.

Proteste gab es damals nicht nur in der Bundes-Republik Deutschland.

Deutschland war zu dieser Zeit in 2 Länder geteilt. Das eine Land war die Bundes-Republik Deutschland. Und das andere Land hieß DDR. Auch in der DDR gab es Proteste.

Und auch in vielen anderen Ländern auf der Welt haben sich damals Protest-Gruppen zusammengetan. Schon früh gab es sie zum Beispiel in den USA.

In diesem Text geht es aber nur um die 68er in der Bundes-Republik Deutschland.



Was wollten die 68er?

Zu den 68ern gehörten also viele verschiedene Menschen.

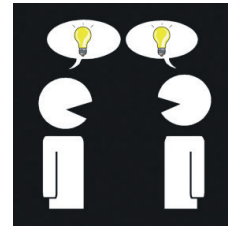
Nicht alle hatten die gleichen Ideen und Ziele.

Manche wollten nur bestimmte Regeln und Gesetze in der Bundes-Republik ändern. Andere wollten die Bundes-Republik ganz abschaffen.

Manche Ideen passten gar nicht zusammen.

Aber einige Ideen wurden von den meisten 68ern unterstützt.

Hier ein paar Beispiele dafür:



Freiheit

Die 68er fanden: Jeder Mensch soll so leben können, wie er will.

Sie waren also gegen die strengen Regeln, die es damals gab.

Oft ging es besonders um sexuelle Freiheit.

Das bedeutet:

Jeder soll in der Sexualität machen können, was er will.

Er darf dabei nur niemandem schaden.



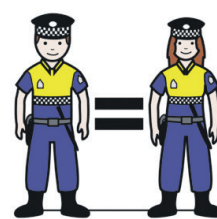
Gleichberechtigt sein

Viele 68er wollten, dass Menschen gleichberechtigt sind.

Das bedeutet:

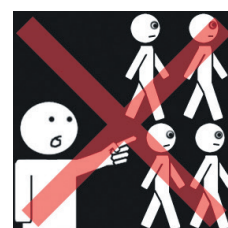
Alle Menschen sollen die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben.

Besonders wichtig war zum Beispiel, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.



Mitbestimmung

Die 68er wollten nicht, dass wenige Menschen bestimmen, was andere zu tun haben.

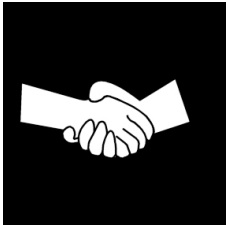


Sie fanden:
Jeder soll zu einem Teil
mitbestimmen können.
Vor allem bei Dingen,
die ihn betreffen.

Zum Beispiel:

Schüler sollten in der Schule mehr
mitbestimmen dürfen.
Und Studenten an der Uni.

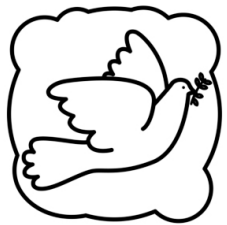
Arbeiter sollten in ihren Betrieben
mehr mitbestimmen dürfen.



Frieden

Viele 68er wünschten sich
eine friedliche Welt.
Also vor allem eine Welt ohne Kriege.

Sie protestierten vor allem
gegen den Vietnam-Krieg.
Vietnam ist ein Land in Asien.
Der Krieg dort ging von 1955 bis 1975.



Sprechen über den National-Sozialismus

In den Jahren 1933 bis 1945 waren in
Deutschland die National-Sozialisten
an der Macht.

Sie machten viele schreckliche Dinge.
Sie ermordeten zum Beispiel sehr
viele Menschen.

Die 68er waren der Meinung:
Über diese Taten wurde nach dem
Jahr 1945 zu sehr geschwiegen.
Sie wollten,
dass man mehr darüber spricht.
Und dass die Schuldigen
bestraft werden.



Umwelt-Schutz

Viele 68er setzten sich
für den Umwelt-Schutz ein.

Und sie waren zum Beispiel gegen
Atom-Kraftwerke.



Wie wollten die 68er ihre Ideen umsetzen?

Die 68er hatten sehr
unterschiedliche Vorstellungen,
wie sie ihre Ziele erreichen sollten.

Darum haben sie auf ganz
verschiedene Arten protestiert.

Zum einen gab es friedliche Proteste.

Zum Beispiel:

- Demos
- Reden, in denen die Ideen erzählt wurden.
- Flug-Blätter
Also Zettel, auf denen die Ideen standen.



Manchmal protestierten die 68er auch
mit ihrem Verhalten oder Aussehen.

Männer ließen sich zum Beispiel die
Haare lang wachsen.

Damals sollte man als Mann seine
Haare eigentlich kurz tragen.

Sie trugen bestimmte Kleidung.
Zum Beispiel kaputte Jeans-Hosen.
Oder abgetragene Jacken.

Sie haben Personen widersprochen,
denen junge Menschen eigentlich
nicht widersprechen sollten.
Zum Beispiel ihren Eltern,
ihren Lehrern oder Politikern.



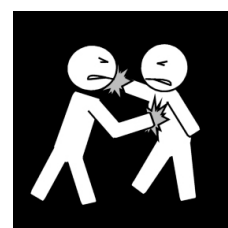
Der Protest war aber
nicht nur friedlich.

Manche von den 68ern
hatten folgende Meinung:
Man darf auch Gewalt benutzen,
um die eigenen Ziele zu erreichen.

Vor allem ab dem Jahr 1967
veränderte sich der Protest.
Ab dann gab es auch immer wieder
Gewalt.

Zum Beispiel:

- Es gab gewaltsame Demos.
Dabei wurden zum Beispiel Steine
geworfen und Autos angezündet.
- In Frankfurt wurden 2 Kauf-Häuser
angezündet.



Warum spricht man heute noch darüber?

Auch heute spricht man noch viel über die 68er.

Dafür gibt es verschiedene Gründe.

1. Folgen bis heute

In den Jahren um 1968 wurden viele neue Ideen entwickelt.

Manche Ideen kamen von den 68ern selbst.

Andere Ideen gab es schon vorher. Aber die 68er haben dafür gesorgt, dass viele Menschen davon erfuhren.

Die 68er konnten die meisten ihrer Ziele nicht erreichen.

Aber die Ideen haben in den letzten 50 Jahren viele Dinge in Deutschland verändert.

Zum Beispiel:

- In Deutschland können die Menschen heute mehr über ihr eigenes Leben bestimmen.
- Männer und Frauen haben die gleichen Rechte.
- Eltern erziehen ihre Kinder heute oft nicht mehr so streng wie früher. Und Eltern und Lehrer dürfen Kinder nicht mehr schlagen.
- Umwelt-Schutz spielt heute eine wichtige Rolle.

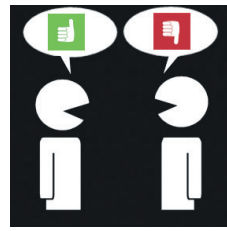
Die 68er haben diese Dinge nicht allein verändert.

Aber sie haben einen Anteil an den Veränderungen.

Vielleicht haben sie sie teilweise beschleunigt.

Und zum Teil haben sie neue Ideen eingebracht.

Deswegen finden viele Menschen: Die 68er waren ein wichtiger Teil in der Geschichte von Deutschland. Und auch heute sind sie noch ein wichtiges Thema.



2. Unterschiedliche Meinungen

Ein anderer Grund, warum oft über die 68er gesprochen wird, ist folgender:

Viele Menschen finden:

Die 68er haben viele gute Dinge für Deutschland erreicht.

Viele Menschen finden aber auch:

Viele Ideen von den 68ern sind heute ein Problem für Deutschland.

Die Menschen haben also sehr unterschiedliche Meinungen zu den 68ern.

Und es wird viel über die Folgen vom Jahr 1968 gesprochen.

Das Jahr 1968 ist 50 Jahre her.

Im Jahr 2018 haben die 68er also so etwas wie einen Jahrestag.

Darum wird man dieses Jahr bestimmt besonders viel über sie hören.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture-alliance / Klaus Rose. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 2-3/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 22. Januar 2018.

